

**Titel** Projekt: Linkswende Sozialdemokratie - Schweriner Programm zur jungsozialistischen Politik im 21. Jahrhundert

**AntragstellerInnen** Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Projekt: Linkswende Sozialdemokratie - Schweriner Programm zur jungsozialistischen Politik im 21. Jahrhundert

### 1 **Vorwort**

2 In diesem Jahr haben wir das 50. Jubiläum der Juso-Linkswende gefeiert. Kaum ein anderes Ereignis hat das kollektive  
3 Bewusstsein unseres Verbandes so geprägt. Auch heute ranken sich noch zahlreiche Legenden und Mythen um den  
4 schicksalshaften Münchener Bundeskongress. Auf diesem hat eine Generation von politisch Aktiven die Weichen für  
5 einen Prozess gestellt, den wir bis heute al dauernden Auftrag empfinden: Uns immer wieder mit der Frage ausein-  
6 anderzusetzen, wie wir Jusos unser Verständnis von Sozialismus, Feminismus und Internationalismus angesichts sich  
7 permanent wandelnder politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Verhältnisse fassen und in konkrete Politik  
8 ummünzen. Gerade in diesem Jahr scheint dies aus unserer Perspektive in besonderem Maße notwendig geworden  
9 zu sein. Nicht nur, weil wir das eingangs erwähnte Jubiläum feiern. Sondern vor allem aufgrund der stürmischen  
10 Krisen der deutschen und europäischen Sozialdemokratie. Sie machen es auch für uns Jusos erforderlich, unsere ei-  
11 genen Positionen zu klären, den Kompass zu justieren und unser Verständnis der konkreten Utopie einer Gesellschaft  
12 der Freien und Gleichen zu schärfen. Dieses Programm ist der Versuch, grundlegende Diskussionen und Positionen  
13 unseres Verbandes zusammenzufassen, dort, wo es notwendig ist, weiterzuentwickeln und zu konturieren. Allein die  
14 Menge der zusammengetragenen Positionen ist Ausdruck eines lebendigen und stets auf programmatische Arbeit  
15 fokussierten Verbandes. Sie spiegeln das Engagement mehrerer Juso-Generationen wider und haben den Anspruch,  
16 ein möglichst vollständiges Bild davon zu zeichnen, wo wir als Verband kurz vor Anbruch der Zwanzigerjahre unseres  
17 Jahrtausends stehen

### 18 **I. Wo wir stehen, was wir wollen**

19 **Wer wir sind:** Wir Jusos richten unser politisches Handeln nach den Maßstäben von Freiheit, Gleichheit und Solida-  
20 rität aus. Die Politik, für die wir kämpfen, ist demokratisch und sozialistisch. Doch der Weg in die Gesellschaft der  
21 Freien und Gleichen ist noch ein langer - in Deutschland, Europa und weltweit! Deshalb kämpfen wir nicht allein. Wir  
22 sind Teil der gesellschaftlichen und internationalen Linken und der SPD in kritischer Solidarität verbunden. Aus der  
23 langen Geschichte unseres Verbandes wissen wir, dass ohne die Gleichzeitigkeit aus emanzipatorischer Bewegung  
24 und Sozialdemokratie kaum Fortschritt möglich ist. Dieses Potenzial zu entfalten, indem wir linke Politik- und Gesell-  
25 schaftsentwürfe sowohl innerhalb der Sozialdemokratie, als auch gemeinsam mit unseren Bündnispartner\*innen  
26 entwickeln und zusammen durchzusetzen versuchen, ist ein zentraler Bestandteil unseres Handelns.

27 **Die Welt, in der wir leben wollen:** Wir wollen die Gesellschaft der Freien und Gleichen. Sie verbindet sozialen,  
28 ökologischen und ökonomischen Fortschritt mit der freien Entwicklung und Entfaltung aller auf Basis ökonomischer  
29 Sicherheit. Die Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse sowie die Humanisierung der Erwerbsarbeit  
30 sind für das Erreichen dieser Ziele zentral. Patriarchat, Zwang, Ausbeutung, Unterdrückung und jede Form der Men-  
31 schenfeindlichkeit bedeuten Unfreiheit. Unfreiheit steht der gerechten Gesellschaft entgegen und ist mit ihr nicht  
32 vereinbar. In der gerechten Gesellschaft ist gleiche Teilhabe an Wohlstand und gleicher Zugang zu gesellschaftlicher  
33 Macht gewährleistet; Geschlecht, Herkunft, soziale Stellung und individuelle Vorlieben gereichen dabei niemandem

34 zum Nachteil. Die gerechte Gesellschaft steht allen offen. Als Internationalist\*innen streben wir sie weder aus altru-  
35 istischen, noch aus egoistischen Motiven an, sondern aus der Erkenntnis heraus, dass nur durch eine internationale  
36 Arbeiter\*innenbewegung und wechselseitige Solidarität die Strukturen des globalisierten Kapitalismus überwunden  
37 werden können, welche Ungleichheiten stets reproduzieren. Unsere gerechte Gesellschaft kennt folglich keine Gren-  
38 zen. Das Streben hin zu einer derartigen Gesellschaft begreifen wir als Demokratischen Sozialismus.

39 **Die Welt, in der wir leben:** Die Welt, in der wir leben, ist weiterhin geprägt von Ungleichheit, Armut und Konflikten.  
40 Sie wandelt sich rasant, doch vielerorts erkennbar nicht zum Wohle eines Großteils der Bevölkerung. Weltweit befin-  
41 den sich Millionen Menschen auf der Flucht, Hunger und Epidemien sind noch immer weit verbreitet, Kinderarbeit  
42 und andere Ausbeutung an der Tagesordnung. Kriege und asymmetrische Konflikte sowie Terror werden von der  
43 internationalen Gemeinschaft nahezu phlegmatisch hingenommen, solange sie sich nicht auf dem Boden westlicher  
44 Industrienationen abspielen oder die Versorgung mit wichtigen Rohstoffen bedrohen. Nicht nur in Teilen des Nahen  
45 und Mittleren Ostens sind infolgedessen faktisch rechtsfreie Räume entstanden, in denen Tag für Tag nach archai-  
46 schem Muster das Recht des Stärkeren über menschliche Schicksale entscheidet. Die Folgen des Klimawandels und  
47 der Raubbau an der Natur vernichten derweil Lebensgrundlagen und mit ihnen Existenzen. Protektionismus nach  
48 innen und Außenhandelsüberschüsse bilden derweil in Deutschland und anderen Industrienationen eine für den  
49 globalen Handel toxische Mischung. Abschottung - erst ökonomisch, später dann militärisch - sowie Ausbeutung und  
50 massenhafte Erwerbslosigkeit sind wesentliche Folgen, die in enger werdender Taktung zu beklagen sind. Die zahlrei-  
51 chen und insbesondere im globalen Süden davon betroffenen Menschen bedürfen unserer Solidarität, indem wir mit  
52 ihnen gemeinsam nachdrücklich für die Einhaltung von Menschenrechten und Arbeitsschutz eintreten, global agie-  
53 rende Konzerne in die Pflicht nehmen und gemeinsam für die Einhaltung der Klimaziele kämpfen. Doch uns stehen  
54 weltweit entgegen, deren rassistisches und nationalistisches Geschäft darin besteht, ihren Wähler\*innen zu vermit-  
55 teln, es würde der ganzen Welt geholfen - nur ihnen nicht. Real existierende lokale Ungerechtigkeiten werden dabei  
56 in Konkurrenz zu anderen lokalen oder gar globalen Ungerechtigkeiten gestellt, der Entsolidarisierung wird das Wort  
57 geredet. Dieser unsere Zeit prägende Antagonismus ist Kern des zu beklagenden Rechtsrucks. Doch Chauvinismen  
58 vermögen die Welt nicht zum Besseren verändern - weder im Norden, noch im Süden.

59 **Wir Jusos in der gesellschaftlichen Linken:** In diesen Zeiten, in denen sich neue Entwicklungen, Umwälzungen und  
60 Megatrends in immer schnellerer Folge verdichten und von vielen Menschen kaum noch nachvollzogen werden kön-  
61 nen, braucht es eine politische Linke, die ohne Hass und Angst Interpretationen und Lösungen anbietet. Eine Linke,  
62 die greifbar macht, dass Teilhabe am globalen Wohlstand, an Frieden und Sicherheit allen zustehen und nur dann  
63 Wirklichkeit werden, wenn Menschen ihre Wut nicht gegeneinander, sondern vielmehr gegen die Ursachen dieser Zu-  
64 stände richten. Eine Linke, die bereit ist nicht mehr nur Symptome zu bekämpfen, sondern sich endlich wieder über  
65 die offensichtlichen Missstände unserer Gesellschaft empört und Lösungsansätze bereitstellt. Eine Linke, die an der  
66 Seite von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und den von Ungleichheit Betroffenen gegen Armut, Ausbeutung,  
67 Demütigung und Verwertungslogik kämpft. Eine Linke, die den langjährigen Klassenkampf von oben mutig annimmt  
68 und demokratischen Widerstand organisiert und anführt. Eine solche Linke muss zahlreiche Aufgaben bewältigen:  
69 Erstens muss sie ihre weitgehend beschreibende Sicht auf die Verhältnisse erweitern und wieder bereit sein, neue  
70 gesellschaftliche Mehrheiten im Diskurs zu erkämpfen. Wenn der Zeitgeist rechts ist, dann kann die Antwort nicht die  
71 Orientierung am Zeitgeist sein, sondern immer nur seine Änderung. Zweitens muss sie neben der Umwälzung der  
72 Verhältnisse nach den Maßstäben ihrer Grundwerte auch willens und in der Lage sein, einen eigenständigen und po-  
73 sitiven Entwurf der Zukunft zu zeichnen. Die Sozialdemokratie ist eine zukunftsbejahende Bewegung. Ihre Erzählung  
74 fußte immer auf der Idee, dass die Zukunft etwas Besseres bringen würde, als das Hier und Jetzt. Real existieren-  
75 de Zukunftsängste sind nicht etwa ein Grund diesen Anspruch aufzugeben, sondern vielmehr die Verpflichtung, die  
76 eigenen Anstrengungen zu intensivieren und damit die Voraussetzungen linker Politik neu zu ordnen.

77 Die Sozialdemokratie ist auch international vielerorts in der Defensive, mancherorts sogar gänzlich vom Erdboden  
78 verschluckt worden. Diesem Umstand müssen wir uns stellen und zum Handeln drängen, denn mit der organisierten  
79 Sozialdemokratie verschwinden in aller Regel auch die Aussichten auf Mehrheiten für linke Politik, was Hoffnungs-  
80 und Perspektivlosigkeit in diejenigen Kreise einsickern lässt, die wir so dringend an unserer Seite brauchen. In ei-  
81 ner Welt, die von globalen Ungerechtigkeitsstrukturen geprägt ist, sind viele politische Antworten notwendigerweise  
82 international zu geben. Niederlagen und Orientierungslosigkeit unserer Mutter- und Schwesterparteien sowie die  
83 Fragmentierung unserer einstmaligen starken internationalen Zusammenschlüsse, sind daher auch unsere Niederlage.  
84 Die deutsche Sozialdemokratie muss ein existenzielles Interesse an der Stärkung ihrer globalen Familie haben. Nicht  
85 in Form eines gemütlichen Lagerfeuers der Selbstbeschäftigung, sondern als schlagkräftige Verbundstruktur, in der  
86 globale Gerechtigkeitsfragen diskutiert, beantwortet und in politische Strategie überführt werden.

87 **Die Partei, in der wir aktiv sind:** Doch die SPD selbst ist in einer besorgniserregenden Verfassung, die niemanden,  
88 der\*die es mit der Sozialdemokratie gut meint, kalt lassen kann. Seit 1998 hat sie 16 Jahre lang in unterschiedlichen  
89 Konstellationen die Bundesregierung gestellt. Während annähernd desselben Zeitraumes hat sich die Wähler\*innen-  
90 schaft der SPD halbiert. Zugleich hat sie ca. 300.000 Mitglieder verloren. Mittlerweile hat die SPD in den meisten Teil-  
91 len Deutschlands nicht einmal mehr die Aussicht, zweitstärkste Kraft zu werden, sondern rangiert weit abgeschlagen  
92 hinter CDU/CSU und den Grünen. In sechs von 16 Bundesländern hat die SPD überhaupt kein Direktmandat bei der  
93 Bundestagswahl gewinnen können, in vieren jeweils nur eines. Besorgniserregend ist auch die Verankerung der SPD  
94 in unterschiedlichen Wähler\*innengruppen. Ihre Wahlergebnisse ähneln sich quer durch alle Milieus, Altersgruppen  
95 und Berufsstände. Was auf den ersten Blick nach Stärke durch Vielfalt ausschauen mag, ist bei näherer Betrachtung  
96 Teil des Problems: Wer alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen anspricht, dem mangelt es erkennbar an Profil. Of-  
97 fenkundig fühlt sich kein bestimmtes Klientel oder Milieu in besonderer Weise von der Sozialdemokratie vertreten.  
98 Für eine Programmpartei ist dies ein unhaltbarer Zustand.

99 **Krise der Sozialdemokratie:** Als ausschlaggebend kann die anhaltende mangelnde inhaltliche Polarisierung zwi-  
100 schen den politischen Lagern angesehen werden. Die Wahl zwischen SPD und Union ließ sich vielfach nicht anhand  
101 politischer Lagerzugehörigkeit, sondern höchstens an einzelnen Sachfragen festmachen. Dieser Effekt wurde zudem  
102 durch die absehbar möglichen Regierungskonstellationen verstärkt. Mit dem erneuten faktischen Ausschluss einer  
103 rot-rot-grünen Koalition war die Große Koalition zuletzt für die SPD die einzige realistische Option, an der Regierung  
104 beteiligt zu sein. Es war daher im Wahlkampf schwer vermittelbar, dass sich die SPD nach der Wahl von der Union  
105 abgrenzen und eine progressive Regierungskoalition würde bilden können. Diese mangelnden Optionen jenseits der  
106 Großen Koalition prägen die Bundestagswahlkämpfe seit 2009 und haben stark zum Eindruck beigetragen, dass die  
107 SPD keine ernsthafte Perspektive für ein linkes Regierungsprojekt darstellen konnte.

108 Der Höhenflug der SPD im Frühjahr 2017 gründete sich auf der Annahme, dass neues Personal in Verbindung mit  
109 einer zumindest vermuteten politischen Kurskorrektur ein Politikangebot bilden würden, welches es wert sein könnte  
110 mit einem stärkeren politischen Mandat ausgestattet zu werden. Stattdessen wurde die SPD am 24. September aber  
111 – wie auch schon bei vorangegangenen Wahlen – hauptsächlich wegen ihrer Sachlösungskompetenz gewählt. Die  
112 politischen Instrumente und Forderungen im Wahlprogramm der SPD

113 stießen ganz überwiegend auf Zustimmung. Doch auch wenn deutlich war, dass eine Mehrheit der SPD-Wähler\*innen  
114 die meisten politischen Forderungen der SPD für richtig hielt, konnten paradoxerweise zugleich vier aus fünf von  
115 ihnen nicht sagen, wie die von der SPD geforderte soziale Gerechtigkeit grundsätzlich zu verstehen sei. Dieser wider-  
116 sprüchliche Befund führt zu der Folgerung, dass es der SPD nicht an politischen Lösungsvorschlägen für Einzelproble-  
117 me, sondern an einem politischen Gesamtkonzept mangelt. Der letzte mehr oder weniger umfassende Gesellschafts-  
118 entwurf, den die SPD präsentieren konnte, war das rot-grüne Regierungsprojekt von 1998-2005, das im Hamburger  
119 Grundsatzprogramm der SPD von 2007 weitgehend seine Entsprechung gefunden hat und welches heute insbeson-  
120 dere mit der sich am neoliberalen Zeitgeist orientierenden Agenda-Politik verknüpft wird. Seit 2005 sind es vor allem  
121 Veränderungen jener Agenda-Politik, mit denen sich die SPD hervorgetan hat; die innerparteiliche Diskussion dreht  
122 sich dabei meist – ob positiv Bezug nehmend oder in Kritik distanzierend – um diesen Teil des rot-grünen Erbes.

123 Dabei ist die Zeit reif, einen neuen Gesellschaftsentwurf zu präsentieren. Weltweit finden tiefgreifende Umbrüche  
124 und gesellschaftliche Umwälzungen statt. Sie führen häufig zu Verunsicherungen und wecken bei Menschen das Be-  
125 dürfnis, sich an Bekanntem festzuhalten. Gleichzeitig bieten diese gesellschaftlichen Umwälzungen – und vor allem  
126 die ihnen zugrundeliegenden Fortschritte – die Möglichkeit, unsere Gesellschaft grundlegend zu verändern und fort-  
127 schrittlicher, das heißt freier und gerechter zu gestalten.

128 Es wäre an der Sozialdemokratie, den Gesellschaftsentwurf für ein überfälliges, umfassendes und neues Fortschritts-  
129 projekt zu formulieren. Die Sozialdemokratie war stets der politische Nährboden für jeden umfassenden gesellschaft-  
130 lichen Fortschritt – sie ist die Partei des Fortschritts. Als solche streitet sie zugleich für die Gerechtigkeit. Sie vertritt  
131 die Interessen derjenigen, die unter den bestehenden Verhältnissen keine Gerechtigkeit erfahren und den besagten  
132 Fortschritt somit als individuelle oder kollektive Bedrohung erleben. Sie streitet für die Menschen, die nicht erhal-  
133 ten, was ihnen zusteht. Sie streitet für diejenigen, die unter diesen Verhältnissen leiden oder unfrei in ihnen sind.  
134 Doch die Versöhnung von Fortschritt und Gerechtigkeit unter eben diesen Prämissen würde voraussetzen, dass die  
135 SPD wieder spürbar parteiisch agiert. Eine Neuauflage dessen, was in der Sozialdemokratie lange Zeit als Klassen-  
136 standpunkt firmierte, ist folglich dringend angezeigt. Es geht um die unmissverständliche Positionierung an der Seite  
137 der abhängig Beschäftigten, der Marginalisierten und der solidarischen Mehrheit. Ohne die deutlich vernehmbare  
138 Skandalisierung herrschender Ungerechtigkeiten wird dies nicht gelingen.

139 Dafür muss auch ein für alle Mal Schluss sein mit demoskopiegetriebenen Politikansätzen. Verschärfungen des Asyl-  
140 rechts, der Verzicht auf substanzielle Vermögensbesteuerung oder auch eine restriktivere Innen- und Sicherheitspo-  
141 litik sind beispielhafte Eckpfeiler einer Politik, die ihren emanzipatorischen Anspruch portionsweise über Bord wirft.  
142 Geben wir den Anspruch auf, Stimmungen in unserem Sinne zu verändern und laufen wir ihnen stattdessen hinter-  
143 her, so verirken wir mittelfristig unsere Daseinsberechtigung als progressive politische Kraft. Außerdem verspielen  
144 wir so die Chance, potenzielle Bündnispartner\*innen von Gewerkschaften bis zur organisierten Zivilgesellschaft eng  
145 an uns zu binden, die auf verlässliche politische Partner\*innen dringend angewiesen sind.

## 146 **II. Unsere Ideen**

### 147 **II.1. Arbeit vs. Kapital – die Soziale Frage neu gestellt**

#### 148 1. Die Arbeitswelt der Gegenwart und Zukunft

149 **Wir sind Teil der Arbeiter\*innenbewegung:** Wir Jungsozialist\*innen sind seit unserer Gründung als Interessenor-  
150 ganisation von „Lehrlingen“ Teil der Sozialdemokratie und Teil der Arbeiter\*innenbewegung. Deswegen ist uns der  
151 gemeinsame Kampf mit den Vereinigungen, die aus der Arbeiter\*innenbewegung entsprungen sind, bis heute beson-  
152 ders wichtig. Insbesondere der gemeinsame Kampf mit den Gewerkschaften prägte und prägt bis heute unsere Ar-  
153 beit. Sie gehören auch in Zukunft zu unseren wichtigsten Bündnispartner\*innen. Nach einer Phase der Entfremdung,  
154 die durch die neoliberale Politik der Agenda 2010 ausgelöst wurde, konnte zwar in den letzten Jahren wieder eine  
155 Annäherung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie und im Besonderen auch zwischen Jusos und Gewerk-  
156 schaftsjugenden beobachtet werden. Das einigende Band zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung  
157 muss in den nächsten Jahren aber noch enger geknüpft werden, um den Kampf gegen die Auswüchse des Kapitalis-  
158 mus und für dessen Überwindung führen zu können. Daran werden wir auf allen Ebenen unseres Verbandes und  
159 der Partei arbeiten. Auch deshalb setzen wir uns dafür ein, die Sozialdemokratie als moderne Partei der Arbeit zu  
160 positionieren!

161 **Die Arbeit ist der zentrale Faktor um den Kapitalismus zu überwinden:** Der Widerspruch zwischen Kapital und  
162 Arbeit besteht auch in der digitalisierten Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts fort und führt weiterhin zu Ausbeutung,  
163 Armut und Kriegen. Arbeit und die Auflösung dieses Widerspruches stehen deshalb im Mittelpunkt unserer Program-  
164 matik. Der Staat hat die Aufgabe, durch die Schaffung von echter Vollbeschäftigung dafür Sorge zu tragen, dass jede\*r  
165 nach seinen/ihren Fähigkeiten an der Gesellschaft teilhaben kann. Dazu gehört unter anderem die Sicherung eines  
166 guten Auskommens. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist für uns keine Alternative. Vielmehr streiten wir für  
167 eine Jobgarantie, die allen eine auskömmliche Arbeit garantiert. Arbeit ist für uns nicht nur die Möglichkeit ein gutes  
168 Auskommen zu generieren, sondern gleichzeitig Garant für gesellschaftliche Teilhabe, die allen Menschen zusteht.

169 **Mitbestimmung (auf unternehmerische Entscheidungen) ausweiten:** Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen  
170 setzt aus unserer Perspektive voraus, dass alle Bereiche des Lebens demokratisiert werden. Die Arbeits- und Wirt-  
171 schaftswelt ist in diese Forderung eingeschlossen. Wir wollen bisherige demokratische Strukturen in Betrieben und öf-  
172 fentlichen Einrichtungen erhalten und stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Einflussmöglichkeiten von Personal-  
173 und Betriebsräten sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen erweitert werden, und wollen die Gründung von  
174 Betriebsräten erleichtern. In Betrieben, in denen kein Betriebsrat existiert, soll trotzdem die Möglichkeit bestehen,  
175 JAVen zu gründen. Durch Unternehmensumstrukturierungen und Standortkonkurrenz ist die Weiterentwicklung der  
176 europäischen und internationalen Mitbestimmung unumgänglich. Die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer\*innen  
177 müssen über die nationalen Grenzen hinaus ausgebaut werden, um dem global agierenden Kapitalismus zu begegnen  
178 und erfolgreich eine betriebliche und überbetriebliche Interessensvertretung gewährleisten zu können

179 Dies sind aus unserer Perspektive aber nur erste Schritte: Um die Wirtschaft weiter zu demokratisieren und gerech-  
180 ter zu gestalten, fordern wir, dass Mitarbeiter\*innen auch an allen unternehmerischen Entscheidungen im Betrieb  
181 mitwirken. Betriebliche Mitbestimmung muss daher auch unternehmerische Mitbestimmung einschließen. Schließ-  
182 lich muss die Ausweitung der unternehmerischen Mitbestimmung in letzter Konsequenz dazu übergehen, die Or-  
183 ganisation und Ausrichtung des Unternehmens gänzlich in die Hände der Beschäftigten zu übertragen. Anders als  
184 Manager\*innen und kapitalistische Unternehmenseigentümer\*innen haben die Beschäftigten nicht nur den Profit  
185 ihres Unternehmens als obersten Zweck im Auge, sondern auch andere gesellschaftliche Ziele. Wir können es uns  
186 nicht länger leisten, dieses Potential ungenutzt zu lassen. Wir streben daher die schrittweise und gemeinwohlorien-  
187 terte Vergesellschaftung von Produktionsmitteln an und wollen unsere gemeinsame Produktion demokratisch und  
188 sozialistisch organisieren.

189 **Die Theorie der indirekten Steuerung als Chance das System zu verändern:** In den letzten Jahrzehnten hat sich  
190 eine neue produktive Kraft entwickelt. Diese neue produktive Fähigkeit drückt sich in erster Linie in neuen Arbeitsor-  
191 ganisationsformen aus, bei denen unternehmerische Funktionen zunehmend von Beschäftigten in Teamarbeit über-  
192 nommen werden. Sie findet ihren Ausdruck aber auch in nicht teamförmig organisierter Arbeit. Innerhalb der kapi-  
193 talistischen Verhältnisse belasten die Unternehmensleitungen die Verhältnisse der Beschäftigten untereinander mit  
194 dem Zweck des Profits. Mittels der Indirekten Steuerung üben sie Druck auf Beschäftigte aus. Die indirekte Steue-  
195 rung äußert sich für die Beschäftigten in erster Linie in Burnout, Arbeitszeitentgrenzung, Stress usw. Dass sich die  
196 Beschäftigten heute mit dem gesellschaftlichen Sinn und den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit und der Produk-  
197 tion auseinandersetzen, wird daran sichtbar, dass sie zunehmend unternehmerische Aufgaben übernehmen. Die  
198 Entwicklung der neuen produktiven Fähigkeiten ist innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse beschränkt. Um sie  
199 weiterzuentwickeln, müssen wir die kapitalistischen Verhältnisse, insbesondere das Privateigentum an Produktions-  
200 mitteln überwinden. Wir können die neuen produktiven Fähigkeiten aber auch nutzen, um unsere Arbeits- und Le-  
201 bensverhältnisse souveräner und freier zu gestalten. Wir wollen unsere Produktivität über die Grenzen/Schranken  
202 des Profits als Maßstab von Produktivität im Kapitalismus hinaus entwickeln. Die Fähigkeit der Beschäftigten, ihre  
203 Arbeit selbstständig zu organisieren und sich mit ihrem gesellschaftlichen Sinn auseinanderzusetzen, können sie we-  
204 gen des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht auf die strategische Ausrichtung des Unternehmens anwenden.  
205 Eine sozialistische und demokratische Organisation unserer Produktion ist daher der nächste notwendige Schritt in  
206 der Weiterentwicklung unserer Fähigkeiten. Dafür ist es notwendig, Reformen politisch durchzusetzen, die auf einen  
207 umwälzenden Umbruch hinarbeiten. Eine wichtige Reform in diesem Sinne ist die Ausweitung der betrieblichen Mit-  
208 bestimmung auf alle unternehmerischen Entscheidungen. Des Weiteren muss das Betriebsverfassungsgesetz umfas-  
209 send verändert werden; dabei muss der Fokus darauf liegen, den Beschäftigten mehr Möglichkeiten zu erkämpfen, in  
210 denen sie die Bearbeitung der eigenen Arbeit an den gesellschaftlichen Anforderungen ausrichten können. Gleich-  
211 zeitig müssen die Unternehmen, in denen es bereits demokratische Entscheidungsfindungen gibt – in erster Linie  
212 sind das genoss\*innenschaftlich organisierte Unternehmen – gestärkt werden und die Bedingungen zur Gründung  
213 genoss\*innenschaftlicher Unternehmen ausgeweitet werden.

214 **Arbeitsmarkt muss sicherer werden:** Prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben sich mittlerweile zu einem weit  
215 verbreiteten Missstand entwickelt. Daran tragen sowohl die neoliberale Wende in der Arbeitsmarktpolitik, an der auch  
216 die deutsche Sozialdemokratie entscheidend beteiligt gewesen ist, als auch Entwicklungen Schuld, die wir gegenwärtig  
217 unter den Stichworten Globalisierung, Digitalisierung und Automatisierung diskutieren. Die verschiedenen Formen  
218 der Prekarisierung von Arbeit bedürfen dringend einer politischen Regulierung, wenn wir der zunehmenden Spal-  
219 tung unserer Gesellschaft entschlossen entgegenzutreten wollen. Das unbefristete Normalarbeitsverhältnis, das nach  
220 Tarifvertrag bezahlt wird, darf nicht Ausnahme sein, sondern muss wieder zum Regelfall werden. Leiharbeit, Werkver-  
221 träge sowie Mini- und Midi-Jobs erweisen sich oftmals als Sackgassen in Erwerbsbiographien und erhöhen das Risiko,  
222 in Armut zu leben. Diese Beschäftigungsformen wollen wir hinter uns lassen und in sozialversicherungspflichtige  
223 Normalarbeitsverhältnisse überführen. Ebenso wollen wir sachgrundlose Befristungen abschaffen, die Sachgründe  
224 einschränken und für die verbliebenen befristeten Beschäftigten eine Befristungsentschädigung einführen. Durch  
225 vereinfachte Regelungen bei der Allgemeinverbindlichkeit wollen wir dafür sorgen, dass künftig wieder flächende-  
226 ckend nach Tarifvertrag bezahlt wird. Als ein zentrales Instrument zur Gestaltung der Lohnpolitik hat sich darüber  
227 hinaus der Mindestlohn erwiesen. Ihn wollen wir stärken und zu einer echten Teilhabe ermöglichenden und **aus-**  
228 **nahmslosen** Untergrenze für die Bezahlung von Lohnarbeit entwickeln. D.h. für uns, dass dieser im Hier und Jetzt,  
229 aber auch im Alter ein Leben fernab von Armut garantieren muss. Zur Lohngerechtigkeit gehört außerdem, dass wir  
230 uns **dafür einsetzen, Vergütungsunterschiede aufgrund des Geschlechtes abzuschaffen.**

231 **Digitalisierung in der Arbeitswelt ist eine Chance:** Die Digitalisierung bringt Herausforderungen mit sich, die umge-  
232 hend gelöst werden müssen, wenn wir sicherstellen wollen, dass der technologische Fortschritt tatsächlich zu einer  
233 Verbesserung der Lebenssituation von Menschen beiträgt. Schon heute steigt durch neue Arbeitszeitmodelle und  
234 den impliziten Zwang zur ständigen Erreichbarkeit die Gefahr der Entgrenzung zwischen Arbeits- und Freizeit. Dem  
235 wollen wir unter anderem durch ein Recht auf Nichterreichbarkeit begegnen. Damit auch die Ruhe- und Nachtzei-  
236 ten durch klare technische Einschränkungen stärker eingehalten werden. Der Datenschutz muss dabei eingehalten  
237 und die Überwachung von Arbeitnehmer\*innen durch den Arbeitgeber bekämpft werden. Die Digitalisierung wollen  
238 wir aber nicht nur als Gefahr wahrnehmen, sondern in erster Linie als Chance. So bietet sie die Möglichkeiten die  
239 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, indem zum Beispiel die Arbeitszeiten flexibler nach den Bedürf-  
240 nissen der Arbeitnehmer\*innen gestaltet werden können. Durch ein Recht auf Homeoffice soll Arbeitnehmer\*innen  
241 die Chance gegeben werden, einen Teil ihrer Arbeit von Zuhause aus zu erledigen. Die Arbeitsmittel sind hier aber

242 genauso von den Arbeitgeber\*innen zu finanzieren. Insbesondere aufgrund der damit einhergehenden Gefahr einer  
243 zunehmenden Entgrenzung der Erwerbsarbeit muss auch bei Heimarbeit darauf geachtet werden, dass tägliche Ar-  
244 beitszeiten nicht überschritten werden. Auch zu Hause geleistete Arbeitszeit muss schließlich gleichwertig anerkannt  
245 und entlohnt werden und darf nicht mit Karriereeinbußen einhergehen. Die in den letzten Jahren, auch im Zuge der  
246 Digitalisierung entstandenen Produktivitätssteigerungen, sollten bei den Arbeitnehmer\*innen ankommen. Deswe-  
247 gen wollen wir die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 25 Stunden. Neue Arbeitsformen wie sie zum Bei-  
248 spiel in der Plattformökonomie entstehen, dürfen nicht dazu führen, dass Arbeitsschutzgesetze aufgeweicht werden.  
249 Personen, die als Solo-Selbstständige in diesen Branchen arbeiten, müssen wieder zurück in die Sozialversicherungs-  
250 pflicht geholt werden, damit sie eine gesetzliche Absicherung vor den Lebensrisiken erhalten. Auch diese Branchen  
251 sollen demokratisiert werden, dafür müssen sich Arbeitnehmer\*innen organisieren können. Deshalb brauchen wir  
252 eine Ausweitung des Betriebsbegriffs im BetrVG.

253 **Ein solidarisches Ausbildungssystem ermöglicht gute Arbeit:** Nicht nur die Arbeitswelt steht vor großen Transfor-  
254 mationen. Auch die Ausbildung wird sich ändern müssen, wenn wir junge Menschen in Zeiten des digitalen Wandels  
255 gut auf ihr Erwerbsleben vorbereiten wollen. Eine gute Ausbildung ist und bleibt aus unserer Perspektive die zen-  
256 trale Voraussetzung für gute Arbeit und ein Leben in Teilhabe. Gerade mit Blick auf die zunehmende Spezialisierung  
257 und Technisierung von ganzen Berufsbranchen setzen wir uns für eine Qualitätsoffensive in der Ausbildung ein.  
258 Wir wollen das Ausbildungssystem der Berufsbilder festigen und Schmalspurausbildungen zurückdrängen. Letztere  
259 fördern die Abhängigkeit von einzelnen Arbeitgeber\*innen und bieten nur selten einen Rahmen, in dem sich Auszu-  
260 bildende umfangreich mit ihrer künftigen Berufstätigkeit auseinandersetzen können. Deshalb setzen wir uns für eine  
261 Mindestausbildungsdauer von drei Jahren ein. Auszubildende sollen außerdem alle Tätigkeiten eines Berufsbildes  
262 von gut ausgebildeten Ausbilder\*innen vermittelt bekommen. Wichtig ist darüber hinaus, dass alle Menschen, die  
263 eine Ausbildung antreten wollen, auch die Möglichkeit dazu bekommen. Deshalb wollen wir eine Ausbildungsplatz-  
264 garantie einführen, die gegenüber dem Staat geltend gemacht werden kann. Ein solidarisches Ausbildungssystem  
265 bereitet aber nicht nur auf eine künftige Tätigkeit vor, sondern muss zudem Ausbildungsbedingungen garantieren,  
266 die ein selbstständiges Leben ermöglichen. Hierfür sind kostenlose Mobilität und bezahlbare Wohnangebote für Azu-  
267 bis ebenso notwendig wie eine angemessene Ausbildungsvergütung für alle Ausbildungsarten, die zum Leben reicht.  
268 Alle in Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten müssen von den Arbeitgeber\*innen übernommen  
269 werden. Da sich inzwischen nicht mal mehr jeder fünfte Betrieb in Deutschland an der Ausbildung von Fachkräften  
270 beteiligt, ist es notwendig, dass auch diese Betriebe zukünftig zur Finanzierung der Ausbildungskosten herangezogen  
271 werden. Wir brauchen deshalb ein Umlagesystem, das alle Betriebe in einen gemeinsamen Fonds einzahlen lässt und  
272 die Ausbildungsbetriebe dadurch entlastet, wie es sie in manchen Branchen schon auf Ebene der Sozialpartner\*in-  
273 nen gibt. Überschüsse aus dem Fonds sollen für die Finanzierung der staatlich geschaffenen Ausbildungsplätze, die  
274 im Zuge der Ausbildungsplatzgarantie notwendig sein werden, Verwendung finden.

## 275 2. Unser Sozialstaatsmodell

276 **Solidarity forever:** Solidarität ist für uns Jusos ein zentraler, handlungsleitender Wert. Eine Gesellschaft, in der das  
277 Recht des Stärkeren überwiegt und jede\*r für sich selbst Sorgen muss, lehnen wir ab. Stattdessen streben wir nach  
278 einer Gesellschaft, in der Menschen füreinander einstehen, in der die Starken mehr schultern und damit jenen unter  
279 die Arme greifen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Ausdruck dieser Solidarität ist aus unserer Perspektive ein  
280 gerechter Sozialstaat. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er allen Menschen auf Augenhöhe begegnet, sie und ihre  
281 Situation nicht stigmatisiert und vor allem Rahmenbedingungen bietet, in denen ein Leben in Teilhabe und ohne exis-  
282 tenzielle Ängste möglich ist. Dabei sind wir uns bewusst, dass die Verhältnisse, in denen wir leben, eine besondere  
283 Herausforderung für Sozialstaatlichkeit darstellen. Das kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem produ-  
284 ziert krasse Ungleichheiten, grenzt aus und ist Ursache für die zunehmende gesellschaftliche Spaltung. Unsere Idee  
285 des Sozialstaats versteht sich deshalb nicht nur als Antwort auf diese Schieflagen, sondern als Instrument, um mit  
286 den Logiken und Funktionsweisen des Kapitalismus zu brechen. Der Sozialstaat muss eine echte Garantie für alle  
287 sein und in jeder Lebenssituation ein menschenwürdiges Leben in tatsächlicher Freiheit ermöglichen. Das heißt für  
288 uns, dass wir nicht nur die Risiken des Lebens absichern, sondern die selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Le-  
289 bens unterstützen wollen. Auch wenn Menschen etwas wagen und vielleicht dabei scheitern, muss der Sozialstaat  
290 als Auffangnetz wirken. Bei Jobverlust, im Krankheitsfall oder wenn sich die Lebenssituation aus welchem Grund auch  
291 immer ändert, ist für uns klar: Niemand kann weniger als das Existenzminimum haben, das ein Leben ohne Angst  
292 und in Würde garantiert und niemand darf aus dem sozialen Sicherungsnetz herausfallen.

293 **Sozialversicherungen zu solidarischer Bürger\*innenversicherung ausbauen:** Wir wollen die Sozialversicherun-

294 gen zu einer universellen Bürger\*innenversicherung ausbauen, in der alle Erwerbsformen berücksichtigt werden.  
295 Dies soll insbesondere für die bestehenden Formen der Gesundheits-, Pflege- und Rentenversicherung gelten. Fer-  
296 ner wollen wir die bestehenden Beitragsbemessungsgrenzen abschaffen, um ein wirklich solidarisches System zu  
297 schaffen.

298 **Für eine Arbeitsversicherung:** Arbeit ist für uns der Schlüssel zu individueller Freiheit und Teilhabe an der Gesell-  
299 schaft. Wir brauchen deshalb einen Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung, die mög-  
300 lichst viele Menschen absichert. Insbesondere neue Beschäftigungsformen, atypisch Beschäftigte oder sogenannte  
301 Solo-Selbstständige müssen in den Schutz der Arbeitsversicherung aufgenommen werden. Anspruch auf die Versi-  
302 cherungsleistung muss früher erworben werden, als es bislang der Fall ist. In Zeiten von unsteten Beschäftigungs-  
303 verhältnissen und Befristungen muss es zur Regel werden, dass auch nach kurzer Anwartschaft Arbeitslosengeld I  
304 gezahlt wird, allen Arbeitnehmer\*innen stehen nach Verlust ihrer Arbeit 12 Monate ALG I zu. Anders als in der Ren-  
305 tenversicherung wollen wir in der Arbeitsversicherung das Äquivalenzprinzip stärken, wer lange eingezahlt hat, dem  
306 steht auch länger etwas von der Arbeitsversicherung zu bis zu 36 Monate. Auch das Statuserhaltungsprinzip wollen  
307 wir wieder als Grundprinzip in der Arbeitsversicherung verankern. Dazu gehört eine entsprechende Bezugshöhe von  
308 70% des Bruttobemessungsentgelts. Außerdem sind immer mehr Menschen auf Aufstockung angewiesen, dagegen  
309 brauchen wir ein Mindestarbeitslosengeld, das über der Grundsicherung liegt. Auch die Zumutbarkeitsregelungen  
310 bei der Weitervermittlung in einen neuen Job müssen sich ändern. Das Ziel muss dabei klar sein: Menschen in stabile  
311 Arbeitsverhältnisse mit vernünftigem Einkommen und einen Job in dem sie tatsächlich arbeiten möchten zu vermit-  
312 teln.

313 **Weiterbildung & ein persönliches Zeitkonto:** Der Wandel der Arbeitswelt birgt viele Herausforderungen, gerade Er-  
314 werbsbiographien, in denen ein Beruf gelernt wird und von der Ausbildung bis zur Rente in einem Betrieb gearbeitet  
315 wird, gehören immer mehr der Vergangenheit an. Wir werden deshalb dafür Sorge tragen, dass Weiterbildung und  
316 Umschulung der gleiche Stellenwert zukommt wie der Schul- und Ausbildung. Dafür werden wir die Arbeitsversiche-  
317 rung brauchen. Aber auch die Betriebe entlassen wir dabei nicht aus ihrer Verantwortung: Weiterbildung im Betrieb  
318 muss aufgewertet und organisatorisch unterstützt werden. Ein Recht auf Weiterbildung muss dabei auch gesetz-  
319 lich ausgebaut werden. Wenn Arbeitsplätze durch den rasanten Wandel und technologischen Fortschritt wegzufallen  
320 drohen, brauchen wir einen Rechtsanspruch auf Umschulung auch bevor der Job tatsächlich weg ist. Außerdem wol-  
321 len wir innerhalb der Arbeitsversicherung ein flexibel nutzbares Zeitkonto einrichten. Pro gearbeitetem Jahr wird ein  
322 Monat zusätzliche Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes angespart. Diese zusätzlich angesparten Zeiten können für  
323 Care-Arbeit, persönliche Weiterbildung, Sabbaticals oder einen flexiblen Übergang in die Rente genutzt werden.

324 **Grundsicherung:** Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Problem, sondern durch das kapitalistische System verur-  
325 sacht. Deshalb ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, einen  
326 Weg aus dieser Situation zu ermöglichen, diese Aufgabe übernimmt zum einen die Arbeitsversicherung. Zum anderen  
327 folgt für uns daraus: Wir brauchen eine Jobgarantie. Damit wird sichergestellt, dass möglichst niemand aus der Lei-  
328 stung der Arbeitsversicherung mehr in die Grundsicherung fällt, sondern durch den sozialen Arbeitsmarkt oder neue  
329 Subventionsmöglichkeiten eine neue Erwerbstätigkeit übernehmen kann. Grundsicherung betrifft dann insbesonde-  
330 re diejenigen, die nicht erwerbstätig sein können. Auch ihnen wollen wir ein Leben ohne existenzielle Ängste und  
331 mit individueller Handlungsfreiheit ermöglichen, dazu gehört die Sanktionsfreiheit und eine Grundsicherung, die ge-  
332 sellschaftliche Teilhabe ermöglicht, dafür muss die Höhe gegenüber heute deutlich ansteigen. Außerdem wollen wir  
333 die Grundsicherung in die Arbeitsversicherung integrieren. Die Finanzierung der Grundsicherung über Steuermittel  
334 bleibt dabei unangetastet.

335 **Kindergrundsicherung:** Armut wird vererbt. Aktuell gilt jedes fünfte Kind in Deutschland als arm und auch die Zahl  
336 der von Armut bedrohten Kinder nimmt jährlich zu. Dass Zukunftschancen, Bildungschancen und Chancen im Er-  
337 werbsleben maßgeblich von den Eltern und deren finanzieller Situation abhängen, ist nicht neu, für uns aber nicht  
338 hinnehmbar. Wir fordern einen Paradigmenwechsel. Kinder gehören raus aus der elterlichen Grundsicherung und  
339 dürfen auch nicht Teil einer Bedarfsgemeinschaft sein. Eine Kindergrundsicherung muss eine existenzsichernde und  
340 mehr Chancengerechtigkeit bietende Lebensgrundlage sein. Eine Anhebung des Kindergeldes, die Anhebung von  
341 Kinderfreibeträgen oder die Erhöhung der Grundsicherungsbeträgen für Erwachsene sind dabei keine ausreichende  
342 Lösung.

343 **Armutsfeste Rente:** Die Fehlentwicklungen in der Rente durch einen neoliberalen Fokus auf die Senkung der Bei-  
344 tragssätze und das Abschieben der Verantwortlichkeit für Altersvorsorge in den privaten Bereich, müssen ein Ende

345 haben. Das gute Leben muss auch im Alter garantiert sein, dafür braucht es eine Stabilisierung des Rentenniveaus  
346 bei 50%. das Rentenniveau muss deshalb wieder konsequent an die Lohnentwicklung gekoppelt werden.

347 Wir wollen außerdem wieder mehr Solidarität in der Rente. Die Beitragsbemessungsgrenzen müssen dafür abge-  
348 schafft werden, während gleichzeitig die maximal erreichbaren Entgeltpunkte gedeckelt werden müssen. Damit füh-  
349 ren wir eine Maximalrente ein. Auch auf steuerliche Zuschüsse können wir, um unserem eigenen Anspruch das gute  
350 Leben auch im Alter zu garantieren gerecht zu werden, nicht verzichten. Versicherungsfremde Leistungen wie eine  
351 Grundrente oder die Mütterrente müssen vollständig steuerfinanziert umgesetzt werden. Um ein Rentenniveau von  
352 50% zu erreichen, können in den nächsten Jahrzehnten auch moderate Beitragssteigerungen notwendig werden.  
353 Bei steigenden Löhnen durch eine deutliche Anhebung des Mindestlohns und Produktivitätssteigerungen, ist dies  
354 für uns vertretbar. Außerdem wollen wir die Rentenversicherung zu einer Versicherung für alle ausbauen. Alle Er-  
355 werbstätigen (u.A. Selbstständige oder Beamt\*innen) sollen Teil der Solidargemeinschaft sein, zur Erweiterung der  
356 Beitragsgrundlage genauso wie um Selbstständigen den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung zuteilwerden zu  
357 lassen. Auch wenn wir die Stabilisierung bei 50% erreichen, gibt es in der heutigen Situation, durch Unterbrechungen  
358 im Erwerbsleben, durch Befristungen oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse die Notwendigkeit eine Mindestrente  
359 für alle steuerlich sicherzustellen. Eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung ist dafür der richtige Weg.

360 **Feministischer Sozialstaat:** Der Sozialstaat muss nicht nur allen Menschen das gute Leben ermöglichen, sondern  
361 dabei auch explizit patriarchale Ungerechtigkeiten in den Blick nehmen. Aktuell sind insbesondere Frauen\* von Al-  
362 tersarmut betroffen und das Risiko durch einen Wandel der Lebenssituation in Armut abzurutschen, ist für Frau-  
363 en\* aufgrund des immer noch bevorzugten Alleinernährer-Modells deutlich erhöht. Care-Arbeit an sich muss durch  
364 gezielte Umstrukturierung zum Beispiel von Elternzeitregelungen oder der Abschaffung des Ehegattensplittings ge-  
365 schlechtergerechter verteilt werden. Um diese Umverteilung der Care-Arbeit zu unterstützen, darf Care-Arbeit und  
366 damit verbundenen Erwerbsunterbrechungen nicht mehr zum Armutsrisiko werden. Ein geschlechtergerechter So-  
367 zialstaat muss diese Unterbrechungen auch in Bezug auf Rentenansprüche oder Ansprüche an eine Arbeitsversiche-  
368 rung berücksichtigen. Auch eine Änderung im Normalarbeitsverhältnis hin zu einer **25-Stunden-Woche** muss Teil  
369 eines feministischen Sozialstaatskonzeptes sein.

### 370 3. Wirtschafts- und Finanzordnung demokratisieren

371 **Demokratisierung der Wirtschaft und Vergesellschaftung der Produktionsmittel:** Die fehlende Demokratisie-  
372 rung der Wirtschaft stellt für uns das größte Demokratiedefizit der Gesellschaft dar. Wir Jusos setzen uns für eine  
373 Wirtschaftsordnung ein, in der nicht nur die einzelnen Betriebe, sondern auch die Entscheidung darüber was und wie  
374 insgesamt von einer Gesellschaft produziert wird, demokratisch und nicht einseitig von den Kapitaleigentümer\*innen  
375 getroffen wird. Wir Jusos halten ein Privateigentum an Produktionsmitteln für unvereinbar mit einer demokratischen  
376 und sozialistischen Wirtschaftsordnung. Die Produktionsmittel müssen denen gehören, die mit ihnen arbeiten oder  
377 in deren Diensten sie stehen. Der Widerspruch von Kapital und Arbeit kann nur dann aufgehoben werden, wenn  
378 Produktionsmittel Gemeineigentum sind und Kapitalist\*innen sich keinen Mehrwert der Lohnarbeitenden mehr an-  
379 eignen. Wir wollen daher die Vergesellschaftung der wesentlichen Produktionsmittel und die Entwicklung einer de-  
380 mokratischen und sozialistischen Organisation der Wirtschaft, die sich daran ausrichtet, was gesellschaftlich sinnvoll  
381 ist und unsere Bedürfnisse befriedigt. Zu den wesentlichen Produktionsmitteln gehören insbesondere:

- 382 1. Grund und Boden;
- 383 2. große Fabriken und ähnliche Produktionsstätten samt der dort eingesetzten Maschinen, Roboter und auto-  
384 matisierten Systeme;
- 385 3. sämtliche der Daseinsvorsorge dienende Strukturen und Systeme, insbesondere Elektrizitäts-, Internet-,  
386 Wasser- und Gasnetze;
- 387 4. große Logistikstandorte;
- 388 5. digitale Plattformen mit Standort in der Bundesrepublik, die zur Vermittlung von Waren und anderen Produk-  
389 ten sowie zur Verarbeitung von persönlichen Daten dienen;
- 390 6. Banken samt ihrer (digitalen) Zahlungsstrukturen;
- 391 7. Kapitalvermögen, die eine festgesetzte Grenze übersteigen



392 Auf dem Weg zu einer sozialistischen Organisation der Wirtschaft wollen wir die Ausweitung der betrieblichen Mitbe-  
393 stimmung auf alle unternehmerischen Entscheidungen schnellstmöglich erreichen. Das schließt insbesondere die de-  
394 mokratische Wahl aller Führungspositionen in Unternehmen seitens der Beschäftigten ein. Dabei ist eine Geschlech-  
395 terquote bindend.

396 **Wohlstand durch gerechte Verteilung und nachhaltiges Wachstum:** Das aktuelle Wirtschaftssystem mehrt zwar  
397 langfristig den Wohlstand der Bevölkerung gemessen am Bruttoinlandsprodukt, versagt jedoch vor der Aufgabe, eine  
398 gerechte Primärverteilung von Gütern herzustellen. Wir setzen uns für ein Wirtschaftssystem ein, das eine möglichst  
399 gleiche und bedarfsgerechte Verteilung des Wohlstandes aus sich selbst heraus gewährleistet. Das existierende Wirt-  
400 schaftssystem ist streng wachstumsorientiert. Ziel eines sozialistischen Wirtschaftssystems muss es ebenfalls sein,  
401 den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu mehren und jeder Generation das Versprechen auf ein besseres Leben  
402 als das der Vorherigen erfüllen. Dementsprechend ist ein sozialistisches Wirtschaftssystem unvereinbar mit postma-  
403 terialistischen Degrowth-Ansätzen. Das Wachstumsversprechen allein gewährleistet jedoch keine besseren Lebens-  
404 verhältnisse. Nur wenn Wachstum unter dem Vorbehalt der ökologischen Nachhaltigkeit, einer gleicheren Verteilung  
405 des Wohlstandes und eines global gerechten Wachstums gestellt wird, also nicht auf der einseitigen Ausbeutung  
406 geringer entwickelter Volkswirtschaften beruht, genügt es sozialistischen Ansprüchen.

407 **Vermögensverteilung steuern:** Ein zentrales Problem des Kapitalismus ist die massive Ungleichheit in der Vertei-  
408 lung von Kapital, welche sich - systembedingt - immer weiter zuspitzt. Sie zu überwinden ist eine zentrale Aufgabe  
409 sozialistischer Politik. Dafür müssen wir Kapital von den Reichen nehmen und dem Gemeinwesen zuführen. Ein Mit-  
410 tel zur Erreichung dieses Ziel ist ein gerechtes Steuer- und Abgabensystem. Die progressive Einkommensteuer muss  
411 beibehalten werden. Sie - und nicht Verbrauchsteuern - gewährleistet, dass mehr beiträgt, wer auch mehr hat. Aber  
412 Einkommen - insbesondere aus abhängiger Beschäftigung - sind im Moment viel stärker an der Finanzierung unse-  
413 res Gemeinwesens beteiligt, als Kapital. Ziel muss sein, das zu ändern. Die großen Vermögen müssen ebenfalls ihren  
414 Anteil in angemessener Höhe zum Gemeinwesen beitragen. Gleichzeitig muss der Ungleichverteilung eine Grenze  
415 gesetzt werden. Denn immer noch sind Vererbungen und Schenkungen und damit die Weitergabe von großen Ver-  
416 mögen zwischen einigen Wenigen, die Hauptursache der zunehmenden Ungleichverteilung von Wohlstand in unserer  
417 Gesellschaft. Wir wollen eine effektive Vermögens- und eine hohe Erbschaftsteuer.

418 **Wettbewerb um die besten Ideen und natürliche Monopole:** Wettbewerb um die besten Lösungen ist die Quel-  
419 le gesellschaftlicher Innovation. Ein demokratisiertes Wirtschaftssystem unterscheidet sich von einer kapitalistischen  
420 Wirtschaft allerdings dadurch, welche Kriterien es für den unternehmerischen Wettbewerb setzt und in welchen Rah-  
421 men es diesen einbettet. Während in kapitalistischen Wirtschaftssystemen der Wettbewerb einseitig dem Kriterium  
422 der Profitabilität folgt und damit stets monopolisierende Tendenzen hat, die dem Ziel einer möglichst innovativen  
423 Wirtschaft wiederum entgegenstehen, muss ein sozialistisches Wirtschaftssystem einen Wettbewerb um die besten  
424 Ideen, statt um die höchsten Profite gewährleisten. Die gesellschaftliche Kapitalbereitstellung für Unternehmen muss  
425 dementsprechend gesamtgesellschaftlichen Kriterien folgen, statt einer reinen Profitorientierung zu dienen. Mono-  
426 pole stehen dem Ziel einer innovationsorientierten Wirtschaft grundsätzlich entgegen. Das Ziel von Wirtschaftspolitik  
427 im Rahmen kapitalistischer Ökonomie ist es daher stets, Monopole zu vermeiden. Bestimmte Märkte haben jedoch  
428 aufgrund hoher Fixkosten eine natürliche Monopol tendenz. Dies ist insbesondere in Teilen der Wirtschaft der Fall, die  
429 die Daseinsvorsorge, insbesondere Infrastruktur und Versorgungsnetze betreffen. Diese Märkte sind sinnvollerweise  
430 zu verstaatlichen oder in anderer Form zu Vergesellschaften, dann jedoch unter besonders starke staatliche Aufsicht  
431 zu stellen, um ausbeuterische Tendenzen zu vermeiden, die hier auch unabhängig von der Eigentümer\*innenschaft  
432 an den Produktionsmitteln auftreten können.

433 **Banken auf ihre ursprüngliche Funktion zurückführen:** Die ursprüngliche Funktion von Banken, als Schnittstelle  
434 zwischen denen, die Geldmittel haben und jenen, die für ihre Unternehmungen Kapital brauchen, ist Voraussetzung  
435 für jedes moderne Wirtschaftssystem. Seit der Existenz des Bankensektors hat er sich jedoch zunehmend von dieser  
436 Vermittlerfunktion fortentwickelt, hin zu einem Instrument, das die Profitinteressen der Kapitalgeber\*innen und der  
437 Eigentümer\*innen maximiert, indem maximal hohe Profite aus Investitionen gezogen werden sollen. Damit schafft  
438 der privatwirtschaftliche Sektor zwar nicht die Voraussetzungen für die krisenhaften Tendenzen des kapitalistischen  
439 Wirtschaftssystems, allerdings verstärkt er die auftretenden Krisen in ihrer Intensität. Auf der Suche nach Profiten der  
440 sich stetig vergrößernden Kapitalmenge bei gleichzeitig sinkender Profitrate wird die Entstehung von Blasen durch  
441 Überproduktion in bestimmten Marktsegmenten durch entsprechende Investitionen unterstützt. Platzen diese Bla-  
442 sen geht dies mit sozial einschneidenden, gesellschaftlichen Konsequenzen einher, wie zuletzt bei der Finanzkrise

443 2007/2008 deutlich gesehen. Ziel eines sozialistischen Finanzsystems ist es, den Finanzsektor in die Funktion der Auf-  
444 bewahrung von Geldmitteln und die Zurverfügungstellung von Kapital für Unternehmungen zu überführen und diese  
445 Entscheidung unter demokratische Kontrolle zu stellen, anstatt einer reinen Profitmaxime unterzuordnen.

446 **Lenkungsfunktion des Bankensektors und Rolle des Zinses:** Unternehmen in einem sozialistischen Wirtschafts-  
447 system benötigen ebenso Kapital wie in einem kapitalistischen. Dieses Kapital kann vom Bankensektor bereitgestellt  
448 werden. Es speist sich aus den gesellschaftlich vorhandenen Geldmitteln. Die Vergabe von Krediten für Unternehmen  
449 darf dabei nicht der Profitmaxime folgen, sondern aus den demokratischen Erwägungen, welche Art von Investitionen  
450 und Unternehmungen gesellschaftlich wünschenswerten sind. Diese Ziele müssen demokratisch von den jeweiligen  
451 Träger\*innen der Banken vorgegeben werden. Damit kann der Bankensektor eine wesentliche Rolle bei der Kontrolle  
452 der gesamtgesellschaftlichen Produktion spielen. Kredite an Unternehmen werden demokratisch bestimmt und dar-  
453 an ausgerichtet, ob die Produkte der Unternehmen gesellschaftlichen Anforderungen genügen. Die Verzinsung ist im  
454 Kapitalismus Ausprägung der Mehrwertaneignung. Er setzt sich zusammen aus der Risikoprämie und den "Kapital-  
455 kosten". Letztere sind Ausdruck der Aneignung fremder Arbeit durch die Kapitalist\*innen. Ein sozialistisches Bank-  
456 und Finanzsystem muss zwar der sicheren und werterhaltenden Aufbewahrung von Geldmitteln auch von Privatper-  
457 sonen dienen, es darf jedoch niemals Kapitalerträge erwirtschaften. Der Zins bei der Kreditvergabe durch Banken  
458 muss sich insofern in seiner Funktion auf die Absicherung von unternehmerischen Risiken und Verwaltungskosten,  
459 die bei den Banken anfallen, beschränken, darf jedoch nicht darüber hinaus gehen. Sobald der Bankensektor einer  
460 Gewinnorientierung folgt, beseitigt er die Voraussetzungen einer sozialistischen Wirtschaft.

461 **Neue Struktur für ein solidarisches Bankensystem:** Von den drei Säulen der Sparkassen, Genossenschafts- und  
462 privaten Banken folgen nur letztere ausschließlich der kapitalistischen Profitmaxime. Hier setzen wir uns langfris-  
463 tig für eine Verstaatlichung des privaten Banksektors und Überführung in ein System nationaler und europäischer  
464 Förderbanken ein, die Unternehmungen, für die große Kapitalmittel benötigt werden, fördern. Sparkassen in kom-  
465 munaler Trägerschaft sind bereits jetzt ein grundsätzlich sozialistisches Strukturelement im deutschen Bankensektor.  
466 Das Sparkassengesetz muss dahingehend verschärft werden, dass der öffentliche Auftrag der Sparkassen zur loka-  
467 len Wirtschaftsförderung verstärkt wird. Vergütungsmodelle für Vorstände, die Anreize schaffen, dass Sparkassen  
468 zunehmend faktisch gewinnorientiert arbeiten, müssen ausgeschlossen werden. Kommunale Satzungen sollen den  
469 öffentlichen Auftrag den örtlichen Verhältnissen entsprechend definieren und dadurch die öffentliche Zweckorien-  
470 tierung sichern. Genossenschaftsbanken sind Ausdruck der demokratischen Selbstorganisation von privaten und  
471 unternehmerischen Kund\*innen. Ihre Stellung muss gestärkt werden. Voraussetzung für die Anlage von Geldmit-  
472 teln und die Kreditaufnahme muss die Mitgliedschaft sein. Somit wird sichergestellt, dass die Genoss\*innen alle die  
473 Möglichkeit der Entscheidung über die Bedingungen und Kriterien haben anhand derer die gegenseitige Zurverfü-  
474 gungstellung von Krediten gewährleistet wird. Insbesondere eignen sich Genoss\*innenschaftsbanklösungen für die  
475 finanzielle Selbstorganisation von Wirtschaftsbranchen, die durch mittelgroßen Unternehmen geprägt sind. Großun-  
476 ternehmen benötigen Kapital, das von einem kleinteiligen Banksystem nicht zur Verfügung gestellt werden kann. An  
477 die Stelle von Großbanken muss ein System staatlicher auf nationaler und europäischer Ebene angesiedelten Förder-  
478 banken treten, die die entsprechende Aufgabe der Finanzierung übernehmen. Die Vergabe von Krediten muss dabei  
479 strikt gesetzlich vorgegebener Kriterien folgen, sodass eine demokratische Legitimation sichergestellt ist.

480 **Eine neue europäische Währungspolitik:** Durch den gemeinsamen Währungsraum und dem damit gemeinsamen  
481 Wechselkurs entstehen zwischen den Ländern enorme Ungleichgewichte von denen Nettoexporteure, also insbeson-  
482 dere Deutschland, extrem profitieren, während Nettoimporteure stark darunter leiden. Um diese negativen Umver-  
483 teilungseffekte zu bekämpfen, wollen wir einen europäischen Finanzausgleich zwischen den Euroländern und setzen  
484 uns für den Abbau der Handelsungleichgewichte hin zu ausgeglichen Leistungsbilanzen ein. Die EZB ist formell allein  
485 dem Inflationsziel verpflichtet. Faktisch handelte sie insbesondere in der Eurokrise an diesem Mandat vorbei um den  
486 Euroraum zu retten. Wir fordern, dass das Mandat der EZB erweitert wird und fortan auch die übergeordneten Ziele  
487 der wirtschaftlichen Konvergenz und das Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung umfasst. Direkte Eingriffe in  
488 die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten, wie im Rahmen der Troika geschehen, müssen hingegen ausgeschlossen  
489 sein. Die Macht der EZB steht in keinem Verhältnis zu ihrer demokratischen Legitimation. Wir fordern, dass das Direk-  
490 torium der EZB als zentrales Entscheidungsorgan der europäischen Geldpolitik vergrößert wird und als solches alle  
491 fünf Jahre vom Europaparlament neu gewählt wird. Die Rolle der nationalen Notenbankpräsident\*innen soll auf die  
492 reine Beratung reduziert werden. Wir fordern, dass der ESM hin zu einem europäischen Währungsfonds umgebaut  
493 wird, der in Schwierigkeit geratene Euroländer durch gezielte Investitionen unterstützt. Es muss Schluss sein mit der  
494 Austeritätspolitik, die Länder in wirtschaftlicher Not noch weiter destabilisiert.

495 **Weltwährungssystem neu aufstellen:** Das aktuelle Weltwährungssystem setzt insbesondere sich entwickelnde  
496 Schwellenländer extremen Währungsrisiken aus, die einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung entgegenstehen.  
497 Insbesondere die Währungen kleinerer Länder sind dabei dem negativen Einfluss von Währungsspekulationen aus-  
498 geliefert. Als Reaktion koppeln diese Länder häufig ihren Währungskurs an große Währungen, wie den Dollar, dem  
499 dadurch faktisch die Funktion einer Leitwährung zukommt, und kleinere Länder zwingt, Devisen anzukaufen, um  
500 die Stabilität der eigenen Währung zu gewährleisten. Wir streben ein Weltwährungssystem an, das unabhängig ist  
501 von spekulativen Schocks und das einer transparenten politischen, statt einer marktbasieren Steuerung unterliegt.  
502 Deswegen fordern wir die Einführung eines multipolaren Wechselkurssystems, das sich als Leitwährung einer synthe-  
503 tischen Währungseinheit bedient, die sich aus den wichtigsten Währungen errechnet und den Wert der Währungen  
504 zueinander festlegt. Den Zentralbanken kommt dabei die Aufgabe zu, diese Werte zu garantieren und damit für sta-  
505 bile Wechselkurse zu sorgen.

#### 506 4. Daseinsvorsorge reorganisieren – was brauchen wir für ein gutes gelingendes Leben?

507 **Daseinsvorsorge in öffentliche Hand:** Wir haben einen umfassenden Begriff der Daseinsvorsorge, der von digitaler  
508 Infrastruktur bis hin zu Sport und Kultur die wesentlichen Bereiche des Lebens umfasst. Die Gewährleistung von Da-  
509 seinsvorsorge gehört für uns zu den sensibelsten und wichtigsten Aufgaben einer Gesellschaft, bei der der Versuch  
510 der Organisation über einen privatwirtschaftlichen, wettbewerbsorientierten Markt besonders fatale, sozial negative  
511 Folgen haben kann. Alle Bereiche der Daseinsvorsorge gehören deshalb in die öffentliche Hand oder müssen den  
512 jeweiligen, besonderen Bedürfnissen entsprechend in der Form vergesellschaftet werden, dass eine rein wirtschaft-  
513 liche Gewinnerorientierung ausgeschlossen ist. Zudem müssen den Bedürfnissen entsprechend partizipative Ansätze  
514 entwickelt werden, damit der jeweilige Bereich der Daseinsvorsorge die wirklichen Bedürfnisse der Nutzer\*innen be-  
515 friedigen kann. Nur so kann die Teilhabe für alle gesellschaftlichen Gruppen gewährleistet werden und unser Leitbild  
516 einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft verwirklicht werden.

517 **Recht auf Stadt & Recht an der Stadt:** Die umverteilenden und absichernden Aufgaben des Sozialstaats müssen  
518 die Grundlage dafür sein, dass in unserer Gesellschaft niemand existentielle Ängste hat. Ein Recht auf Stadt und an  
519 der Stadt bezieht sich nicht auf urbane Räume, sondern auf eine funktionierende Infrastruktur für die Bedürfnisse  
520 des täglichen Lebens, die staatlich organisiert sein muss. Dazu gehören für uns Mobilität, Gesundheitsversorgung,  
521 Wohnraum, Umwelt, soziale Infrastruktur wie zum Beispiel Kinderbetreuung, pflegerische Versorgung, Versorgung  
522 mit allen Gütern, die wir im Alltag benötigen und die Erreichbarkeit von Dienstleistungen. Die Probleme einer mangel-  
523 haften Daseinsvorsorge konzentrieren sich in den letzten Jahren insbesondere in den urbanen und den peripheren  
524 Räumen. Diese Aufgaben wurden in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend an private Akteur\*innen abgegeben.  
525 Damit ging eine verhängnisvolle Verdrängung ökonomisch schwächerer Gruppen aus den Zentren einher, die bis  
526 heute anhält. Genauso wenig wie das Leben in der Stadt Privileg der Wohlhabenden sein darf, darf in ländlichen Räu-  
527 men das Gefühl des Abgehängtseins entstehen. Eine wohlhabende Gesellschaft darf nicht zulassen, dass periphere  
528 Räume entstehen, in denen es am Nötigsten in allen Lebensbereichen mangelt. Für uns geht Daseinsvorsorge aber  
529 noch viel weiter: jede\*r muss unabhängig vom Wohnort teilhaben können an der Stadt und dem gesellschaftlichen  
530 Leben in ihr. Dazu gehören kulturelle und sportliche Angebote, Räume für Kinder und Jugendliche oder individuell  
531 nutzbare Freiräume für alle, aber auch Gestaltungs- oder Mitwirkungsmöglichkeiten an der Stadt gehören dazu. Für  
532 das gute Leben für alle braucht es Investitionen in all das – denn Zukunft gibt es nicht für lau.

533 **Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse:** Gleichwertige Lebensverhältnisse sind für uns eine Frage der Ge-  
534 rechtigkeit. Ein gutes Leben mit allem, was notwendig ist, und mit einem Angebot zur Teilhabe darf es nicht nur für  
535 Menschen geben, die in urbanen Räumen leben oder wohlhabend sind. Auch in immer kleiner werdenden Dörfern  
536 und Gemeinden muss die Versorgung mit dem Notwendigen funktionieren. Jede\*r muss in der eigenen Gemeinde ei-  
537 ne Möglichkeit finden, Geld abzuheben, Post zu verschicken oder am gesellschaftlichen Leben, sei es in den Vereinen  
538 oder in der Gastwirtschaft, teilzuhaben. Aber auch Bedarfe, die deutlich schwieriger abzudecken sind, gehören für  
539 uns dazu: Eine ärztliche Versorgung zu erhalten, im Zweifel durch Landärzt\*innenquoten oder durch fahrende Pra-  
540 xen. Eine Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Dingen des täglichen Lebens muss ebenfalls möglich sein. Von  
541 Kommunen organisierte Verkaufsstände an einzelnen Wochentagen oder Kooperationen von verschiedenen Einzel-  
542 handelsmärkten, genauso wie eingeladene fahrende Händler\*innen, die ein eingeschränktes Sortiment veräußern,  
543 sind für uns dabei mögliche Lösungen.

544 **Recht auf Wohnen:** Niemand darf auf der Straße leben, weil kein Wohnraum zur Verfügung steht. Hier sehen wir  
545 den Staat in der Pflicht. Die freie Wahl des Wohnortes steht dabei unverhandelbar jedem\*r zu, genauso wie die Mög-  
546 lichkeit bezahlbaren Wohnraum zu beziehen. Staatliche Gestaltungsspielräume, das sicher zu stellen, haben durch

547 den neoliberalen Ausverkauf in den letzten Jahrzehnten immer weiter abgenommen. Die Resultate sind in viele Städ-  
548 ten dramatisch. Leerstand, während in der ganzen Stadt Wohnungsnot herrscht, Luxusanierungen in der einen und  
549 Renovierungsbedarf in der anderen Wohnung, Gentrifizierung im einen, fehlende Investitionen im anderen Stadtteil,  
550 der Anteil an preisgebundenen Wohnungen reduziert sich, während Bedarfe zunehmen. Die private Zurverfügung-  
551 stellung von Wohnraum darf als weitgehend gescheitert angesehen werden. Der Versuch der staatlichen Regulierung  
552 des privaten Sektors, z.B. mittels Mietpreisbremsen usw., alleine wird die Missstände nicht beheben. Es braucht eine  
553 180-Grad Wende in der Wohnungspolitik! Die privatwirtschaftliche Organisation und Bereitstellung von Wohnraum  
554 darf nur noch die Ausnahme sein. Unsere sozialistische Wohnraumpolitik begegnet diesen Fehlentwicklungen mit  
555 verschiedenen Instrumenten. Sozialer Wohnungsbau durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften, mit festen,  
556 zeitlich nicht befristeten Quoten für sozial gebundenen Wohnungsbau in allen Neubauten ist dabei ein wesentli-  
557 ches Element. Mietpreisdeckel, mit einer zeitlichen Befristung eines Mietwohnraum-Leerstandes auf maximal drei  
558 Monate, verschärfte soziale Erhaltungssatzungen zum Schutz angestammter Milieus, eine Entfristung der Gewinnbe-  
559 steuerung beim Weiterverkauf von Wohnraum oder die Deckelung der Zahl an Immobilien, die ein Mensch besitzen  
560 darf, können nur Elemente sein, die kurz- und mittelfristig Entlastung bringen. Langfristig muss es das Ziel sein, den  
561 Wohnungsmarkt zu vergesellschaften. Neben dem öffentlichen Wohnungsbau spielt dabei die Stärkung von Wohn-  
562 baugenossenschaften, aber auch die Schaffung der Voraussetzungen für die Enteignung von Großunternehmen auf  
563 dem Wohnungsmarkt gegen die Entschädigung zum Erwerbspreis der Immobilien eine wichtige Rolle. Das Recht auf  
564 Wohnen ist für uns nicht verhandelbar und erfordert beherrschtes staatliches Eingreifen.

565 **Der Boden gehört uns allen:** Ziel demokratisch, sozialistischer Bodenpolitik sollte es sein, das Gemeininteresse in  
566 Abgrenzung zum Einzelinteresse durchzusetzen. Für uns ist deshalb langfristig klar: niemand soll Eigentum an Grund  
567 und Boden haben, dieser gehört in öffentliche Hand. Die Vergabe im Rahmen von Erbbaurechten durch die Kommu-  
568 ne, das Land oder den Bund bietet immer noch ausreichend individuelle Gestaltungsmöglichkeiten. Auch kurzfristig  
569 brauchen wir einen Stopp der massiven Bereicherung durch Eigentum an Grund und Boden und die Spekulationen  
570 damit: eine Bodenwertzuwachssteuer, eine echte Besteuerung des Bodenwertes, keine Umlage solcher Steuern auf  
571 Mieter\*innen. Wir wollen eine kommunale Bodenvorratspolitik, durch eine deutliche Ausweitung kommunaler Vor-  
572 kaufsrechte. Damit können wir endlich wieder einen größeren Einfluss von Kommunen auf Boden- und Wohnungs-  
573 preise gewinnen, aber auch unserem langfristigen Ziel kommen wir damit deutlich näher. Bauleitungsprozesse  
574 müssen vor allem am Gemeinwohl orientierte Ziele beinhalten und dem Grundsatz der Innenentwicklung folgen.  
575 Innenentwicklung ist für uns sowohl aus ökologischer als auch aus sozialer Sicht zentral: Statt immer mehr Men-  
576 schen insbesondere mit geringem Einkommen aus den Innenstadt-Quartieren zu vertreiben und gleichzeitig immer  
577 mehr Wald, Wiesen, Agrarfläche zu reduzieren, müssen Brachflächen entwickelt, Geschossaufstockung umgesetzt,  
578 nachverdichtet oder Leerstand zeitlich befristet werden.

579 **Mobilität für alle überall:** Mobilität ist zentrale Voraussetzung, um gute Arbeit aufnehmen zu können, für indivi-  
580 duelle Freiheit und für gesellschaftliche Teilhabe. Ein sozial gerechtes Mobilitätskonzept in der Kommune oder im  
581 Kreis kann nur tatsächlich für alle zugänglich sein, wenn keine finanzielle Ausgrenzung stattfindet. Unsere Vision ist  
582 es, Verkehrskonzepte zu verwirklichen, die ökologisch und sozial inklusiv den motorisierten Individualverkehr ob-  
583 solet machen und Ideen von autofreien Städten damit verwirklicht werden können. Dazu gehört auch der massive  
584 Ausbau und die Förderung des Fahrradnetzes, so dass diese die Straßen wieder zurückerobern können. Im Fernver-  
585 kehr fordern wir eine bezahlbare Preisstruktur, Mobilität auch über die eigene Stadtgrenze hinweg darf nicht nur  
586 Wohlhabenden möglich sein. Unser Ziel ist ein fahrscheinloser öffentlicher Nah- und Fernverkehr für alle.

587 **Gesundheitsversorgung in öffentliche Hand:** Krank zu werden ist ein Risiko, vor dem niemand geschützt ist. Ei-  
588 ne vollumfängliche Absicherung für dieses Risiko ist deshalb Ziel unseres sozialistischen Gesundheitssystems. Dazu  
589 gehört neben Prävention auch eine individuelle Behandlung und Pflege, die sowohl auf Diagnose als auch auf die ge-  
590 samte Situation des erkrankten Menschen Bezug nimmt. Auch Rehabilitation und die Begleitung zurück in den Alltag  
591 und ggf. an den Arbeitsplatz gehören für uns zur umfassenden Absicherung im Krankheitsfall dazu. Diese Versorgung  
592 muss weiterhin auch wohnortnah möglich sein, der Erhalt von Kliniken insbesondere in ländlichen Räumen ist dafür  
593 unabdingbar. Kliniken gehören für uns in öffentliche Hand. Sie dürfen nicht durch private Unternehmen gewinn-  
594 orientiert betrieben werden, sondern gehören in öffentliches Eigentum und müssen entsprechend der Bedürfnisse  
595 ausfinanziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Leitung von Kliniken sich an der Maxime der bestmöglichen  
596 medizinischen Versorgung orientiert. Dementsprechend muss das medizinische Personal im Zuge der Demokrati-  
597 sierung von Kliniken wesentlichen Einfluss auf strategische Leitungsentscheidungen gewinnen, anstatt diese in die  
598 Hände von Betriebswirt\*innen oder Haushälter\*innen zu legen. Die Gesundheitsversorgung, die wir uns vorstellen,  
599 nimmt den Menschen als Ganzes mit all seinen Bedürfnissen in den Blick, ein System in dem Hauptdiagnose und

600 deren Hauptbehandlungsmaßnahmen zu einer Fallpauschalierung führt, lehnen wir ab. Nicht nur, dass ein solches  
601 Abrechnungssystem, wie es heute existiert, einen extrem hohen Dokumentationsaufwand erfordert, es werden An-  
602 reize zur möglichst frühzeitigen Entlassung gesetzt und gleichzeitig wird es dem tatsächlichen Bedarf des\*r Erkrank-  
603 ten nicht gerecht. Zu einer guten Gesundheitsversorgung gehören für uns alle erforderlichen pflegerischen Maßnah-  
604 men oder Behandlungen. Dazu gehören auch eine individuelle Erhebung des pflegerischen Versorgungsbedarfs, aus  
605 dem sich dann auch Personalbemessung ergeben. Um diesen Paradigmenwechsel in der Gesundheitsversorgung zu  
606 realisieren, brauchen wir die Bürger\*innenversicherung. Also die Ausweitung der Versicherungspflicht im Rahmen  
607 der Bürger\*innenversicherung für alle, unabhängig vom Einkommen. Dadurch wird das Solidaritätsprinzip wieder  
608 zur Grundlage zwischen allen Versicherten und der Leistungsanspruch gilt wieder für alle gleich: Nach Bedürftigkeit.

609 **Pflegeleistungen am Bedarf ausrichten:** Auf Pflege angewiesen zu sein, bedeutet abhängig sein und damit eine  
610 Einschränkung der persönlichen Freiheit. Unsere Maxime in der Pflege ist es, pflegebedürftigen Menschen mittels  
611 individueller Lösungen so lange wie möglich ein Leben in seinem\*ihren angestammten und familiären Umfeld zu er-  
612 möglichen. Dezentralisierte Pflege in "Senioren-WGs" und die Betreuung durch mobile Pflegekräfte mit Zuständigkeit  
613 für bestimmte Stadtviertel sind Lösungen, die sich in anderen Ländern, wie zum Beispiel den Niederlanden nicht nur  
614 als angenehmer für die Pflegebedürftigen, sondern überdies als kostengünstiger erwiesen haben. Gute Pflege geht  
615 mit guter Entlohnung der Pflegenden einher. Damit Menschen trotz Pflegebedürftigkeit gut versorgt werden und  
616 sich gleichzeitig die aktuellen prekären Bedingungen - unter denen Pfleger\*innen arbeiten müssen, ändern, muss  
617 einiges getan werden. Bessere Rahmenbedingungen müssen Pflege so möglich machen, dass Pfleger\*innen ihre  
618 Kompetenzen wieder vollumfänglich anwenden und umsetzen können, dazu braucht es den Ausbau der Vorbehalts-  
619 tätigkeiten und die endgültige Aufhebung der Trennung in Grund- und Behandlungspflege. Die Pflegeversicherung  
620 wird in die Bürger\*innenversicherung integriert und dabei von einer Teil- zur Vollversicherung umgebaut. Pfleger\*in-  
621 nen stellen sicher, dass Menschen im Krankheitsfall oder im Alter optimal versorgt werden, mögliche gesundheitliche  
622 Veränderungen frühzeitig erkannt und behandelt werden, dass Menschen therapeutische Maßnahmen erhalten und  
623 sie währenddessen gut betreut werden. Dafür ist großes fachliches Wissen erforderlich. Es braucht aber auch ge-  
624 sellschaftliche Anerkennung. Diese Anerkennung muss unter Anderem auch durch gute Bezahlung, also in einem  
625 entsprechenden Pflegemindestlohn zum Ausdruck kommen.

626 **Sport und Kultur für Alle:** Kulturelle Angebote wahrnehmen zu können, muss allen Menschen möglich sein. Da-  
627 zu gehört der Erhalt kleiner Einrichtungen, die wohnortnah Zugang zu kulturellen Angeboten ermöglichen genauso  
628 wie eine grundsätzlich stark kommunal subventionierte kulturelle Infrastruktur, die niemanden durch hohe Eintritts-  
629 gelder oder Beiträge ausschließt. Genauso müssen sportliche Aktivitäten für alle zugänglich sein. Infrastruktur wie  
630 Sportplätze, Schwimmbäder oder Sporthallen müssen staatlich betrieben und erhalten werden - in allen Quartie-  
631 ren einer Stadt genauso wie in ländlichen Regionen. Ebenso gehören Räume der Begegnung dazu, die von allen im  
632 Quartier genutzt werden können. Sei es ein öffentlicher Platz, Park oder ein Bürger\*innenraum/haus mit unterschied-  
633 lich nutzbaren Räumlichkeiten. Diese Infrastruktur muss kostenlos nutzbar sein! Zugänglichkeit beschränkt sich aber  
634 nicht allein auf die Frage der kostengünstigen oder kostenlosen Zutrittsmöglichkeit zu kulturellen und sportlichen  
635 Einrichtungen. Kultur, Kunst, Sport und andere soziale Angebote müssen als Produkt unserer Gesellschaft verstan-  
636 den werden, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen sein darf. Dementsprechend setzen wir uns dafür ein,  
637 dass mit privatem Eigentum an Kunst- und Kulturschätzen die Pflicht der Ermöglichung des gesellschaftlichen Zu-  
638 gangs einhergeht. Kunstschatze, die ihr Dasein als Kapitalanlage in Depots oder Zollfreilagern fristen, pervertieren  
639 den eigentlichen Wert von Kunst, der sich durch seine gesellschaftliche Bedeutung ergibt. Das Gleiche gilt für Sport-  
640 ereignisse von gesellschaftlicher Bedeutung. Diese müssen kostenfrei für alle empfangbar sein. Natur erleben oder  
641 Naherholung sind für uns keine Themen, die nur der gehobenen Mittelschicht zugänglich sein sollten. Nicht nur zur  
642 Wiederherstellung der Arbeitskraft, sondern für die individuelle Entspannung, die gesundheitliche Erholung, als Pau-  
643 se vom Alltag oder als Raum für persönliche Freizeitgestaltung: der Zugang zu Parks, Wäldern, Wiesen, Seen und  
644 Flüssen gehört für uns auch zur Daseinsvorsorge. Diese Räume und den Zugang aller Menschen dazu zu gewäh-  
645 ren ist eine staatliche Aufgabe, dazu müssen ausreichend finanzielle und organisatorische Ressourcen bereitgestellt  
646 werden.

647 **Solidarische Finanzierung kommunaler Aufgaben:** Die Demokratie lebt von dem Grundsatz der Subsidiarität.  
648 Entscheidungen, die die Menschen unmittelbar betreffen, müssen unter ihrem direkten Einfluss stehen. Deswegen  
649 kommt den Kommunen eine so entscheidende Bedeutung zu. Das kommunale Selbstverwaltungsrecht wird aber  
650 dann untergraben, wenn einige wenige Kommunen aufgrund von wirtschaftlichen Strukturentwicklungen, auf die  
651 sie nur sehr geringen Einfluss hatten, aber in Form von extrem hohen Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen  
652 profitieren, während viele andere kaum in der Lage sind, ihren Pflichtaufgaben nachzukommen. Darunter leidet die

653 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in allen Ländern funktionierende  
 654 kommunale Finanzausgleichsmechanismen zwischen den Kommunen geschaffen werden. Dabei muss auf besonde-  
 655 re kommunale Herausforderungen Rücksicht genommen werden und der teilweise ruinöse Wettbewerb um minima-  
 656 le Gewerbesteuern beendet werden. Außerdem muss das Besteller\*innenprinzip fortan und rückwirkend implemen-  
 657 tiert werden. In den letzten Jahren wurden häufig Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene getroffen, deren  
 658 finanzielle Last die Kommunen tragen. Zudem betreffen viele in der Sache absolut richtige sozialpolitische Entschei-  
 659 dungen die Kommunen am stärksten, die jetzt schon unter der schlechtesten Einnahmesituation leiden. Für diese  
 660 Aufgaben bedarf es finanzieller Transfers von Bundes- und Landesebene um gleichwertige Lebensverhältnisse für  
 661 Alle zu gewährleisten.

662 **Grundrecht auf Wasser und Energieversorgung:** Wasser wird als Grundlage unseres Lebens von allen Menschen  
 663 benötigt. Die Versorgung mit Wasser muss deshalb öffentlich sichergestellt und demokratisch organisiert werden.  
 664 Das Menschenrecht auf Wasser schließt für uns den privaten Besitz von Grundwasserquellen oder Grundwasser-  
 665 brunnen aus. Ebenso ist die Versorgungsinfrastruktur staatlich zu organisieren.

666 Auch für die Energieversorgung, also Strom oder Gas, gilt für uns dieser Grundsatz. Eine private Zurverfügungstellung  
 667 schließen wir aus, die Energie gehört ebenfalls in öffentliche Hand. Die Art und Weise wie wir als Gesellschaft Energie  
 668 gewinnen/erzeugen wollen, sind für uns keine Privatsache. Eine staatliche Beteiligung an Energiegewinnungstechni-  
 669 ken, Forschung und Energiegewinnungsanlagen ist deshalb fester Bestandteil unserer Daseinsvorsorge Konzepte.

## 670 **II.2. Unsere Vision einer offenen und freien Gesellschaft und der Kampf gegen den (neuen) globalen Autori-** 671 **tarismus**

### 672 1. Unsere Vorstellungen von Demokratie und Staatlichkeit

673 **Demokratischer Staat:** Für uns Jusos muss der Staat immer ein demokratischer Staat sein. Er ist ein Mittel, um  
 674 (gesellschaftliche) Veränderungen durch Politik herbeizuführen. Zwischen individuellen und kollektiven Interessen  
 675 können Widersprüche bestehen. Dies ist einerseits nicht immer aufzulösen, andererseits kein Grund, auf das Prinzip  
 676 von Mehrheitsentscheidungen (bei einer unbedingten Garantie des Minderheitenschutzes) zu verzichten. Ein Staat  
 677 lebt auch von der Akzeptanz durch seine Bürger\*innen. Von allen Möglichkeiten, Entscheidungen für das Gemeinwe-  
 678 sen zu treffen ist nur die Demokratie diejenige, die nicht nur richtige Ergebnisse produziert, sondern es auch schaffen  
 679 kann, alle mitzunehmen. Unser Staat muss demokratisch sein.

680 **Pluralistischer Staat:** Um in modernen Demokratien möglichst viele Meinungen einbinden zu können, ist die Delega-  
 681 tion von Entscheidungsbefugnissen unabdingbar. Aus diesem und anderen Gründen stehen wir hinter der repräsen-  
 682 tativen parlamentarischen Demokratie. Als Parteiendemokratie bildet sie den Wettstreit verschiedener organisierter  
 683 und demokratisch gebildeter Meinungen ab. Für den pluralistischen Staat gilt darüber hinaus, dass in ihm immer  
 684 die Frage gelöst werden muss, in welchen Bereichen individuelle Interessen Vorrang vor Kollektiven haben und um-  
 685 gekehrt. Diese Frage muss ein demokratisch-pluralistischer Staat letztlich auch immer im Einzelfall durch politische  
 686 Aushandlungsprozesse beantworten. Als Grundregel kann jedoch festgehalten werden, dass dort wo sich Staatlich-  
 687 keit und Zivilgesellschaft im Dissens gegenüberstehen, das demokratische Funktionieren eines jeweiligen Staates am  
 688 klarsten messen lässt. Der freiheitliche und gerechte Staat unserer Vorstellung erträgt Widerspruch nicht nur, er för-  
 689 dert ihn, weil wir uns darüber bewusst sind, dass die Grundlage eines pluralistisch-demokratischen Staates nicht von  
 690 diesem Staat selbst, sondern nur durch die Zivilgesellschaft gelegt werden kann.

691 **Selbstkritischer Staat:** Der kritische Staat unserer Vorstellung muss sich selbst der größte Skeptiker sein, deswegen  
 692 beschränkt er die Ausübung des eigenen Gewaltmonopols durch einen breit ausgebauten Rechtsstaat, der dem In-  
 693 dividuum ernsthafte Verteidigungswerkzeuge zur Hand gibt und klare Bereiche benennt, die dem Zugriff des Staa-  
 694 tes absolut entzogen sind. Der Staat muss die Privatsphäre seiner Bürger\*innen achten. Wir stellen allerdings fest,  
 695 dass in den vergangenen Jahren der Überwachungsstaat immer weiter ausgeweitet wurde. Wir wollen staatlicher  
 696 Überwachung engere Grenzen setzen und lehnen alle Bestrebungen zur weiteren Ausweitung der Überwachung von  
 697 Bürger\*innen konsequent ab. Die freie Entfaltung des Individuums kann es nur geben, wenn der Staat auch Nonkon-  
 698 formismus akzeptiert.

699 **Zurückhaltender Staat:** Der zurückhaltende Staat akzeptiert das Bedürfnis von Menschen unbehelligt vom Staat zu  
 700 leben und gewährt bis zu einem gewissen Grad ein Recht auf staatsfernes Leben. Das heißt für uns, dass Menschen,  
 701 die nicht in Konflikt zur aktuellen staatlichen Ordnung stehen, ein Recht darauf haben, vom Staat unbehelligt zu  
 702 leben. Im zurückhaltenden Staat wird daher nicht unverhältnismäßig in die Freiheitsgrundrechte der Bürger\*innen

703 eingegriffen. Sie werden nicht massiv beschränkt, um dem Sicherheitsapparat fast unbeschränkte Eingriffsbefugnisse  
704 zu ermöglichen. Das gilt selbst dann, wenn die gefühlte Sicherheit mancher Menschen von der objektiven Krimina-  
705 litätsentwicklung signifikant abweicht. Die gefühlte Sicherheit darf nicht über den Grad der Beschränkung unserer  
706 Freiheitsrechte entscheiden.

707 **Der Staat dient dem Schutz der Freiheit:** Ein staatenloser Raum ist nicht möglich, da es keinen herrschaftslosen  
708 Raum gibt. Auch ohne einen Staat, wie man sich ihn klassischerweise vorstellen mag, gäbe es Machtasymmetrien  
709 zwischen Individuen und Gruppen von Individuen, die in Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnissen münden  
710 würden und so auch normgebend im obigen Sinne wirken würden.

711 **Staat mit Durchsetzungsinstrumenten:** Für eine emanzipatorische und egalitäre politische Zielsetzung braucht es  
712 den Staat als Schutz- und Durchsetzungsinstrument. Der Staat ist das Mittel, um auf demokratischem Wege nicht-  
713 staatliche Machtasymmetrien abzubauen und zu überwinden. Wir wollen daher eine staatliche Struktur, die alle ge-  
714 sellschaftlichen Gruppen - und gerade solche, die von Machtasymmetrien betroffen sind - einbindet. Die Absenkung  
715 des Wahlalters auf 16 bspw. ist ein wichtiger erster Schritt, hin zur vollständigen Demokratisierung. Jungen Menschen,  
716 Frauen, von Rassismus betroffenen Menschen und solchen mit Behinderungen muss in den Institutionen unserer  
717 Gesellschaft viel mehr Gestaltungsspielraum eingeräumt werden. Das dieses System sich selber schützen muss, be-  
718 deutet konsequenterweise auch, dass sich staatliche Repression gegen nicht-staatliche Akteur\*innen richten muss,  
719 die garantierte Freiheiten einschränken wollen.

720 **Staat im Gleichgewicht:** Der Staat birgt als Institution auch immer die Gefahr selbst Machtasymmetrien zu schaf-  
721 fen. Immer dort, wo Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Minderheitenschutz ausgehöhlt werden und einem einzig  
722 und allein für sich stehenden absoluten Gewaltmonopol weichen müssen, "kippt" der Staat ins Totalitäre. Der jedem  
723 Staat innewohnende repressive Charakter gewinnt die Oberhand und verdrängt jedes emanzipierende Element der  
724 Staatlichkeit. Wir brauchen daher eine bürgernahe, integrative und demokratische Polizei, die gut ausgebildet ist –  
725 gerade auch in Menschenrechtsfragen, gewaltfreier Kommunikation und deeskalierenden Strategien im Rahmen von  
726 Demonstrationen. Das Vertrauen in die Polizei und somit in die Arbeit, muss bei Fehlverhalten durch Kontrollen und  
727 unabhängigen Aufklärungsstellen erweitert und gefestigt werden. Die Grenzen zwischen Polizei und Geheimdiensten  
728 dürfen nicht verschwimmen. Fälle von Polizeigewalt müssen juristisch und rechtsstaatlich vollständig aufgeklärt und  
729 vollzogen werden. Wir wollen keine Schmalspur-„Wachpolizeien“, der Sparkurs bei der Polizei muss beendet werden.  
730 Auch bei der Polizei müssen gute Arbeitsbedingungen vorherrschen.

731 **Staat als gefährliche Notwendigkeit:** Das Staatlichkeit Machtasymmetrien befördert, lässt sich nicht vermeiden.  
732 Die emanzipierende Wirkungsweise hingegen lässt sich befördern und wird in der gesellschaftlichen Entwicklung  
733 dringend benötigt. Deswegen ist Staatlichkeit in ihrer Wirkungsweise aus der Sicht von uns Jusos eine gefährliche  
734 Notwendigkeit.

735 2. Demokratie unter Beschuss – Kampf gegen Rechts etc.

736 **Unser antifaschistisches Grundverständnis:** Antifaschismus ist zentraler Bestandteil unserer jungsozialistischen  
737 Identität. Für uns ist Antifaschismus eine universelle, aber auch aus der deutschen Geschichte heraus eine beson-  
738 dere Verantwortung. Gerade in den letzten Jahren sind organisierte rechte Gruppierungen, wie beispielsweise die  
739 Identitäre Bewegung, oder Parteien wie die AfD, generell in Europa als auch global, mit ihren Nationalismen, Auslän-  
740 derfeindlichkeiten sowie geschichtsrevisionistische Darstellungen erstarkt. Rechtes und faschistisches Gedankengut  
741 sind jedoch keine neuen Erscheinungen der vergangenen Jahre, sondern ziehen sich vor allem durch die deutsche  
742 Geschichte. Besonders die AfD gibt dieser Ideologie zum jetzigen Zeitpunkt ein bürgerliches Erscheinungsbild und  
743 Sprachrohr und reicht auf diese Weise mit ihren Menschenfeindlichkeiten weiter als in den Jahren zuvor in unsere  
744 Gesellschaft hinein.

745 Rechte Gewalt ist jedoch kein Novum oder gar lediglich ein Trend, sondern ein eindeutig wachsendes Problem, wel-  
746 chem wir uns weiterhin entschieden entgegenstellen. Auch wenn Antifaschismus und das Entstehen für eine demo-  
747 kratische, offene, freie und solidarische Gesellschaft zusehends individuell sowie strukturell unter Druck geraten,  
748 steht für uns fest "Keinen Fußbreit dem Faschismus - keinen Millimeter nach rechts".

749 Wir verstehen unser antifaschistisches Engagement als Akt der Verteidigung gegen menschenfeindliche und antide-  
750 mokratische Kräfte jeglicher Art. Wir stellen uns rechten Gruppierungen, insbesondere den ins bürgerliche Spektrum  
751 hinein wirkenden wie der Identitären Bewegung und der AFD, überall entgegen. Ihre Aktionen und Inhalte bleiben

752 niemals unwidersprochen. Wir engagieren uns im Gegenprotest und stellen ihrer rechten Ideologie zu jeder Zeit un-  
753 serer Idee einer solidarischen, offenen und gerechten Gesellschaft entgegen.

754 **Gemeinsam in breiten Bündnissen:** In unserem antifaschistischen Engagement sind wir nicht alleine. Wir organi-  
755 sieren uns in breiten antifaschistischen Bündnissen und organisieren uns gemeinsam mit unseren Partner\*innen im  
756 Kampf gegen Rechts und den Faschismus. Denn wir sind davon überzeugt, dass nur wenn Menschen zusammen-  
757 stehen und Solidarität gelebt wird, faschistischen Kräften ein Ende gesetzt werden kann. Deshalb bringen wir unsere  
758 Entgegnungen, unsere solidarischen, offenen und gerechten Ideen gemeinsam auf die Straße, ins Netz und in die  
759 Gesellschaft.

760 **Feministischer Antifaschismus:** Unser Antifaschismus ist feministisch und unser Feminismus ist antifaschistisch!  
761 Wir denken Feminismus als Querschnittsthema in der Strukturierung unserer antifaschistischen Arbeit. Gerade in  
762 Anbetracht der stärker werdenden organisierten Antifeminist\*innen und ihre Vernetzung und enge Zusammenar-  
763 beit mit der neuen Rechten und europäischen Faschist\*innen werden wir aufzeigen, wo Feminismus für rassistische  
764 Propaganda missbraucht wird. Wir decken den Antifeminismus der Rechten konsequent auf.

765 **Demokratische Bildung gegen den Faschismus:** Antifaschistische Arbeit ist für uns immer auch Bildungsarbeit! Die  
766 generelle politische und historische Bildung junger Menschen und ihre demokratische Erziehung auf allen Ebenen ist  
767 die nachhaltigste Prävention gegen Faschismus. Aber auch demokratische Erwachsenenbildung und die fortschrei-  
768 tende Demokratisierung unserer Gesellschaft soll von uns gefördert werden, damit nachhaltig wehrhafte Strukturen  
769 gegen faschistische und antidemokratische Kräfte gebildet werden.

770 **Antifaschistisch in der Schule:** Demokratie muss man lernen. In den Schulen wollen wir die liberalen Werte unseres  
771 demokratischen Rechtsstaats an die nächsten Generationen weitergeben. Dazu wollen wir alle Schulen demokrati-  
772 sieren und antifaschistische Arbeit zum natürlichen Teil jeder Schüler\*innenmitverwaltung machen. Darüber hinaus  
773 müssen die Gefahren von Faschismus und Totalitarismus damals wie heute in allen Lehrplänen thematisiert und  
774 behandelt werden.

775 **Antifaschistisch auf dem Campus:** Wir pflegen im Kampf und der demokratischen Bildung gegen Rechts beson-  
776 ders die Kontakte zu hochschulpolitischen Akteur\*innen und namentlich den Juso-Hochschulgruppen, die eine be-  
777 deutende Kraft gegen die Umtriebe der Identitären Bewegung, der JA und den rechten Burschenschaften an den  
778 Hochschulen und in den Unistädten sind und sich seit Jahren der politischen Aufklärung über und dem Kampf gegen  
779 studentische Verbindungen verschrieben haben.

780 **Antifaschistisch im Betrieb:** Wir stellen uns rechtsextremistischem und faschistischem Gedankengut immer und  
781 überall entgegen. Sei es im Alltag, in der Freizeit oder während der Arbeitszeit. Rassistischen, xenophoben oder ande-  
782 ren diskriminierenden Äußerungen widersprechen wir klar, egal ob sie von Kolleg\*innen oder Chef\*innen kommen.  
783 Wir unterstützen die Gewerkschaften und Betriebsräte bei ihrer antifaschistischen Arbeit.

784 **Unvereinbarkeitsbeschluss erweitern:** Der Unvereinbarkeitsbeschluss, den die SPD bzgl. Burschenschaftern aus  
785 dem Dachverband der Deutschen Burschenschaft getroffen hat, ist insb. im Lichte der Verstrickungen in die neue  
786 Rechte weiterhin richtig und wichtig. Wir fordern die Erweiterung dieses Beschlusses auf all jene Studierendenver-  
787 bindungen, die durch ihre Struktur und Rituale Nährböden rechter Ideologien sein können und unserem modernen  
788 und emanzipatorischen Weltbild entgegenstehen.

789 **Das rechte Auge öffnen:** In den letzten Jahren ist der Druck von Rechten auf unsere demokratische Gesellschaft  
790 spürbar gewachsen. Darüber hinaus sehen wir uns mit neu formierten Gruppierungen und Strategien der neuen  
791 Rechten konfrontiert, welche bisher massiv unterschätzt werden. Wir können daher die Gefahr, die durch die „Neue  
792 Rechte“ als Bedrohung unserer demokratischen Gesellschaft entsteht, nicht ernst genug nehmen. Einerseits müs-  
793 sen dazu die Verstrickungen zwischen den einzeln agierenden Gruppen innerhalb der neuen Rechten aufgedeckt  
794 und öffentlich gemacht werden. Andererseits braucht es zusätzlich umfassende und langfristige Unterstützung für  
795 Präventions- und Aussteiger\*innenangebote.

796 **Keine Alternativen im Umgang mit der AfD:** Die AfD ist eine antidemokratische und rechtsradikale Partei, mit  
797 der sich jegliche Zusammenarbeit und Annäherung verbietet. Die Radikalisierung und die eindeutige geschichtsrevi-  
798 sionistische und nationalistische Positionierung der AfD durch „den Flügel“ ist nicht mehr zu leugnen. Es steht fest:  
799 Wer AfD wählt, wählt Nazis. Aufgrund dieser nicht anhaltenden Entwicklungen und der Verbindungen rechtsradikaler  
800 Gewalttaten mit der AfD ist es weiterhin dringend geboten diese Partei und ihre Jugendorganisation, die JA, unter  
801 Beobachtung der staatlichen Sicherheitsbehörden zu stellen. Darüber hinaus grenzen wir uns weiterhin mit harter



802 Linie von der AfD ab und entlarven weiterhin ihren Nationalismus und Rassismus in jedem notwendigen Moment. Wir  
 803 fordern von der SPD, sich in diesem kompromisslosen Umgang ebenfalls weiterhin treu zu bleiben. Dies bedeutet,  
 804 dass wir in allen Parlamenten keinen Anträgen rechtsextremer und völkischer Parteien zustimmen und allen ihren  
 805 Kandidierenden eine klare Absage erteilen.

### 806 3. Feminismus – Perspektiven auf unseren gemeinsamen Kampf um Geschlechtergerechtigkeit

807 **Intersektional, Materialistisch und non-binär:** Unser Feminismus will das Patriarchat nicht nur abmildern, wir  
 808 wollen das Patriarchat endgültig überwinden. Deshalb ist unser Kampf in erster Linie einer gegen die materielle  
 809 Diskriminierung der Frau\*, die im Gender Pay/Pension/Leisure Gap sichtbar wird. Ursachen sehen wir darin, dass  
 810 Arbeitsteilung und Geschlecht verknüpft sind: Produktive, „öffentliche“ Tätigkeiten sind in der Regel männlich konno-  
 811 tiert und wertförmig organisiert; reproduktive, häufig „private“ Tätigkeiten sind in der Regel weiblich konnotiert und  
 812 nicht-wertförmig organisiert. Unbezahlte Care-Arbeit im Privaten wird infolgedessen, genauso wie schlecht bezahlte  
 813 professionalisierte Care-Arbeit, immer noch vor allem von Frauen\* geleistet. Daraus resultiert die Trias Fürsorge-  
 814 Weiblichkeit-Armut. Unser Feminismus erkennt diese Realität der strukturellen Diskriminierung von Frauen\* an. Die  
 815 zentralen Kategorien, die unsere Gesellschaft strukturieren sind immer noch binär: Mann und Frau\*. Gleichzeitig  
 816 wissen wir, dass diese Binarität eine konstruierte Einteilung ist, die auch alle Menschen diskriminiert, die sich nicht  
 817 im binären Geschlechtersystem wiederfinden, die trans\*, interident\* oder non gender conform sind. Diskriminie-  
 818 rung aufgrund des Geschlechts ist nur eine der Ebenen auf denen Menschen Diskriminierung erfahren. Herkunft,  
 819 Hautfarbe oder Migrationshintergrund, finanzielle Situation, also Klasse, chronische Erkrankungen oder Sexualität  
 820 sind Ebenen von Diskriminierung. Diese Dimensionen lassen sich nicht simpel addieren, sondern beeinflussen und  
 821 verstärken einander. Unser Feminismus ist deshalb intersektional.

822 **Care-Arbeit endlich aufräumen:** Neuorganisation von Reproduktionsarbeit heißt unter anderem auch, alle heute  
 823 unbezahlte Care-Arbeit als zentrale gesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Dafür muss diese zum Großteil in Er-  
 824 werbsarbeit überführt und damit professionalisiert werden. Dadurch wird eine hochwertige und gut ausgebaute  
 825 Care-Infrastruktur geschaffen, die staatlich organisiert und keinen ökonomischen Zwängen unterworfen sein darf.

826 Auch Care-Arbeit, die im Privaten verbleibt, muss geschlechtergerecht umverteilt werden. Gleichzeitig wollen wir  
 827 individuelle Wahlfreiheit für jede\*n. Dafür müssen wir staatliche Rahmenbedingungen schaffen, zentral ist dabei: die  
 828 steuerliche Bevorzugung vom „Ernährer und Zuverdienerinnenmodell“ abzuschaffen, die verpflichtend paritätische  
 829 Aufteilung der Elternzeit umsetzen und die Arbeitszeitverkürzung auf 25 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich  
 830 durchzusetzen.

831 Geschlechtergerechtigkeit im Berufsalltag: Frauen\* werden im Berufsleben immer noch als potentielle Mütter diskri-  
 832 miniert. Das Argument, dass Frauen\* Kinder bekommen könnten wird verbunden mit der Erwartung, dass damit eine  
 833 Berufspause durch Elternzeit entsteht und im Verlauf durch andere Care-Aufgaben Frauen\* weniger engagiert in der  
 834 Erwerbstätigkeit wären. Bei Einstellung oder Beförderungen, bei der Verteilung von besonderen Aufgaben oder der  
 835 Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung schlägt sich diese Annahme in geringeren Chancen und Benachteiligung  
 836 nieder. Auch diese Tatsache trägt bei zur strukturellen Lohnungerechtigkeit.

837 Der Gender Pay Gap beträgt im Jahr 2019 immer noch 21 Prozent. Selbst bei gleicher Qualifikation und gleicher Stun-  
 838 denzahl verdienen Frauen\* weniger als Männer. Echte Lohngerechtigkeit sieht anders aus. Das Konzept der Freiwillig-  
 839 keit ist in den letzten Jahren hier eindeutig gescheitert. Lohngerechtigkeit wird es nur mit verbindlichen, gesetzlichen  
 840 Regeln geben. Zu diesen verbindlichen Regeln gehört auch ein echtes Recht auf Entgeltgleichheit. Es braucht dafür  
 841 eine gesetzliche Grundlage, auf deren Basis gleiche oder gleichwertige Arbeit auch tatsächlich gleich bezahlt werden  
 842 muss. Für einen Kulturwandel in der Chef\*innenetage braucht es außerdem 50% Frauen\* in Führungspositionen.  
 843 Auch hier bedarf es einer gesetzlichen Regelung, die eine solche Quote für Unternehmen ab einer bestimmten Größe  
 844 vorsieht. Der öffentliche Dienst sollte dabei eine Vorbildrolle einnehmen, aktuell erfüllt er diese nicht. Insbesondere  
 845 Führungspositionen werden nicht paritätisch besetzt und stereotype Berufsbildern wird an viel zu vielen Stellen auch  
 846 bei der Neueinstellung entsprochen. Auch um das zu ändern braucht es eine durchsetzbare gesetzliche Grundlage.

847 **Die männliche Gesellschaft überwinden:** Feminismus geht auch Männer etwas an. Die Geschlechterordnung im  
 848 Patriarchat ist hierarchisch und basiert auf der Unterdrückung der Frau\*. Rollenzuschreibungen beginnen bereits im  
 849 Kindesalter. Während Frauen\* und Mädchen\* durch das Spiel mit Puppen als zukünftige Mütter und Care-Arbeitende  
 850 sozialisiert werden, müssen Männer und Jungen durch das Spielen mit Bauklötzen, Legosteinen oder beim „Kämpfen“  
 851 stereotype Vorstellungen von Männlichkeit unter Beweis stellen. Auch im Schulunterricht werden immer noch Ge-  
 852 schlechterstereotype bestärkt. Insbesondere im Sexualkundeunterricht kommen Themen wie Homosexualität, die

853 Anatomie der Frau\* oder eine kritische Bezugnahme auf das Bild was Pornographie von Sexualität oftmals vermittelt  
 854 kaum vor. Unsere Sozialisation macht uns zu dem was wir sind. Die in unserer Gesellschaft vorherrschende Vor-  
 855 stellung von Männlichkeit ist voller Stereotype und unerreichbarer Verhaltensideale für Männer. Männlichkeit muss  
 856 durch den Mann immer wieder aufs Neue bewiesen werden, um nicht als „weiblich“ abgewertet zu werden. Um diese  
 857 toxische Männlichkeit zu überwinden, müssen wir dafür sorgen, dass Geschlechterstereotype überwunden werden.  
 858 Denn Geschlechterverhältnisse sind patriarchale Machtverhältnisse. Es muss Schluss sein mit den zahlreichen Vor-  
 859 schriften für Frauen. „Geh nicht alleine nach Hause“, „Trink nicht zu viel“, „Sei nicht so vorlaut“, „Dein Rock ist zu kurz“.  
 860 Männer müssen Männlichkeit und Machtverhältnisse reflektieren. Außerdem muss sich etwas daran ändern was wir  
 861 lernen und wie wir aufwachsen. Für die freie und gleiche, menschliche Gesellschaft sind alle Menschen verantwort-  
 862 lich. Es bleibt: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

863 **Schutz vor Gewalt:** Physisch, sexuell, psychisch, emotional, Gewalt gegen Frauen kennt viele Formen. Weltweit sind  
 864 Frauen auf unterschiedliche Art und Weise von Gewalt betroffen. Noch immer herrscht das Bild vom fremden Mann  
 865 im dunklen Park vor, dabei ist häusliche Gewalt, also die Gewalt durch einen (Ex-)Partner, Angehörige, Familie oder  
 866 enge Freunde, in Deutschland am häufigsten. Gewalt gegen Frauen strukturell sowie individuell zu bekämpfen ist  
 867 integraler Bestandteil unseres Feminismus. Dazu gehört ein gesellschaftlicher Wandel, aber eben auch ganz akut  
 868 Hilfe zur Verfügung zu stellen. Ausreichend und ausfinanzierte Frauen\*häuser sind dabei ein wichtiger Schritt, An-  
 869 schlussprogramme müssen entwickelt werden Die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen\* muss insgesamt gestärkt  
 870 werden, nicht zuletzt auch damit der Schritt aus gewalttätigen Beziehungen nicht zusätzlich versperrt wird. Aber auch  
 871 der gesellschaftliche und vor allem mediale Umgang mit den Verbrechen muss sich ändern, noch immer werden Ta-  
 872 ten durch irreführende Bezeichnungen wie „Beziehungs-drama“ verharmlost, Opfer werden für die ihnen zugefügten  
 873 Taten mitverantwortlich gemacht und Täter dabei aus der Verantwortung gelassen. Juristisch muss sichergestellt  
 874 werden, dass Opfer Gehör finden und nicht zusätzlich traumatisiert werden. Wo nötig muss das Strafrecht weiter re-  
 875 formiert werden. Das gilt zum einen für Stalkingopfer, diese sind den Tätern häufig schutzlos ausgeliefert. Daneben  
 876 braucht es auch für Opfer von Gewalt und Hatespeech im Netz wirksame strafrechtliche Regelungen.

877 **Selbstbestimmungsrechte endlich anerkennen:** Noch immer sind Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland il-  
 878 legal und nur unter bestimmten Voraussetzungen straffrei. Das Recht der Frau\* über ihren eigenen Körper zu ent-  
 879 scheiden und eine selbstbestimmte Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Familienplanung treffen zu kön-  
 880 nen, ist dadurch immer noch stark eingeschränkt. Um die Stigmatisierung und Kriminalisierung zu beenden, muss es  
 881 endlich Informationsfreiheit über Schwangerschaftsabbrüche geben und sie müssen raus aus dem Strafgesetzbuch.  
 882 Auch der Zugang zu nicht diskriminierender Sexualaufklärung und der Zugang zu kostenfreien, also kassenfinanzier-  
 883 ten Verhütungsmitteln, gehören für uns zur sexuellen Selbstbestimmung dazu. Darüber hinaus muss umfassende  
 884 Selbstbestimmung auch beinhalten, dass Gesundheitsversorgung diskriminierungsfrei werden muss. Medizinische  
 885 Forschung muss erkrankte Frauen, genauso untersuchen, wie Männer und gegebenenfalls geschlechtsspezifische  
 886 Unterschiede berücksichtigen. Dafür müssen Stereotype Rollenbilder sowohl in der Diagnostik, wie auch in der The-  
 887 rapie abgebaut werden.

#### 888 4. Migration, Flucht und Integration

889 **Globales Recht auf Migration:** Menschen haben in der Menschheitsgeschichte schon immer ihren Lebensort ver-  
 890 ändert. Die Gründe dafür sind vielfältig und alle gleichermaßen nachvollziehbar. Als Jungsozialist\*innen ist uns klar,  
 891 dass der Ort an dem eine Person geboren wird reiner Zufall ist und Ländergrenzen ausschließlich künstlich geschaf-  
 892 fene Konstrukte sind, die die Freiheit der Menschen einschränken. Deswegen stehen wir zu einem Recht auf freie  
 893 Migration. Denn für uns ist klar, dass alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft dort leben können sollen, wo sie  
 894 möchten.

895 **UN-Flüchtlingskonvention erweitern:** Hunger- und Klimakatastrophen sowie Armut müssen als Fluchtgrund in die  
 896 UN- Flüchtlingskonvention aufgenommen werden. Zudem müssen Kriegshandlungen und Menschenrechtsverletzun-  
 897 gen als Fluchtgrund in die UN- Flüchtlingskonvention aufgenommen werden.

898 **Unsere Vision von Humanität:** Es muss eine humanitäre Visafreiheit eingeführt werden. Jeder Grenzübertritt – ob  
 899 auf dem Land-, See und Luftweg – mit dem Ziel, in einem Staat einen Asylantrag zu stellen, muss legalisiert sein.  
 900 Diese Regelung muss die Durchreise einschließen. Die Europäische Union muss mit der Bereitstellung humanitärer  
 901 Visa zur legalen Einreise in die EU und zur Übernahme der Reisekosten beginnen. Bis zum Zeitpunkt einer Einigung  
 902 auf EU-Ebene muss die deutsche Bundesregierung eine entsprechend hohe Anzahl von Visa für die Einreise nach

903 Deutschland zur Verfügung stellen und den sicheren Transport in die Europäische Union organisieren und finanzieren. Die humanitären Visa sind gebührenfrei und unbürokratisch in den Botschaften und Konsulaten zu gewähren. 904  
905 Dafür müssen die nötigen personellen Aufstockungen in den Botschaften so schnell wie möglich umgesetzt werden, 906  
907 um die Wartezeiten zu minimieren. Die Familienzusammenführung von geflüchteten Personen ist umgehend wieder aufzunehmen und ebenfalls schnell und unbürokratisch über die Vergabe humanitärer Visa zu ermöglichen.

908 **Solidarisches Europa:** Migration ist nicht zuletzt ein Ausdruck einer nicht vorhandenen Verteilungsgerechtigkeit. 909  
910 Solange es Ungleichheit gibt, werden Menschen versuchen ihren Lebensstatus zu verbessern. Die jahrzehntelange Ausbeutung von Arbeitnehmer\*innen durch europäische Konzerne, deren Rohstoffhunger sowie eine menschenverachtende neoliberale Wirtschaftspolitik führen dazu, dass die lokale Lebensgrundlage systematisch zerstört wird. Die 911  
912 europäische Grenzschutzagentur FRONTEX muss unverzüglich abgeschafft werden. Sie steht für die menschenrechtswidrige und militarisierte Grenzabschottung der EU. Da die Agentur zudem nicht demokratisch kontrolliert werden 913  
914 kann, bleibt nur die gänzliche Auflösung. Die Wiedereinsetzung einer Europäische Seenotrettungsmission nach dem Vorbild der Mission „Mare Nostrum“ muss umgehend ermöglicht werden und zwar mit zusätzlichen Mitteln und 915  
916 Finanzen. Es ist Aufgabe der Europäischen Union sicherzustellen, dass ihre Außengrenzen nicht zum Massengrab werden. In der derzeitigen Situation ist dies nur mit einer staatlich organisierten Seenotrettung möglich. Die Staaten 917  
918 mit südlicher EU-Außengrenze können die Integration von tausenden Geflüchteten nicht alleine schultern. Die aus Seenot geretteten Flüchtenden müssen auf die europäischen Kommunen verteilt werden, die unabhängig von ihrer 919  
920 nationalen Regierung bereit dazu sind, Geflüchtete aufzunehmen. Diese solidarischen Kommunen müssen von der EU mit Geldern für die Integration der Geflüchteten und mit Mitteln für Infrastrukturmaßnahmen unterstützt werden. 921  
922 Außerdem müssen für Unterbringung, Betreuung und Asylverfahren EU- weite Mindeststandards gelten.

923 **Seenotrettung is not a crime:** Die Kriminalisierung von humanitärer Hilfe auf dem Mittelmeer durch die Bundesregierung und insbesondere das Innenministerium muss beendet werden. Es müssen Sicherheitsgarantien für die 924  
925 im Mittelmeer operierenden NGOs durch die Europäische Union und Deutsche Bundesregierung eingeführt und eingehalten werden. Keine humanitäre Organisation darf dazu gezwungen werden, bewaffnetes Personal an Bord zu 926  
927 nehmen. Es kann unter keinen Umständen gerechtfertigt sein, dass ein Teil der Menschheit ihr Leben riskieren muss, um Grenzen zu überwinden, während ein privilegierter Teil, genauso wie Waren und Kapital, sich grenzenlos bewegen 928  
929 kann. Eine Welt ohne Grenzen ist möglich.

930 **Fluchtursachen bekämpfen:** Wir brauchen eine ehrliche Diskussion über die Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Gerade die SPD muss als Partei der internationalen Solidarität stärker die Wechselwirkung zwischen 931  
932 dem deutschen Engagement im Ausland, gerade in der Handelspolitik sowie bei ihren wirtschaftlichen Beziehungen, und Fluchtbewegungen in die Europäische Union thematisieren. Wir fordern in diesem Zusammenhang nachhaltigen 933  
934 Handel statt Freihandel und ein Ende der Zusammenarbeit mit Autokraten, Diktatoren und Nichtstaatlichen Akteuren, die Geflüchtete an der Einreise nach Europa hindern sollen. 935

936 Aktionistische, von der SPD zumindest mitgetragene Gesetze zur Abschiebung von Geflüchteten im Nachgang von 937  
938 Zeiten mit hohen Flüchtlingsbewegungen, müssen allgemeinen Konzepten der Bekämpfung von globalen Ungleichheiten weichen.

939 **Deutschland als Einwanderungsland ohne Nützlichkeitsprinzip:** Seit Bestehen der Bundesrepublik hat sich sehr 940  
941 klar herausgestellt, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist, in welchem Menschen aus allen Regionen der Erde leben und aus den unterschiedlichsten Gründen neu hinzukommen. Einwanderungshürden nach Nützlichkeitsprinzip wie etwa Punktesysteme lehnen wir strikt ab. 942

943 **Teilhabe und kulturelle Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft schaffen:** Teilhabe und soziale Rechte für 944  
945 alle hier lebenden Menschen, zum Beispiel in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Bildung, sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Insbesondere müssen die Unterstützungsleistungen zum Spracherwerb und der Anerkennung von 946  
947 Ausbildungsabschlüssen dringend verbessert werden. Wir wollen die verschiedenen Kulturen und Talente- bei gleichzeitiger Annäherung sowohl der Menschen mit Migrationshintergrund, wie auch der Aufnahmegesellschaft- als Chance begreifen, um die Gesellschaft vielfältiger und offener zu gestalten. Gesellschaftliches Zusammenleben braucht 948  
949 von allen Teilen der Gesellschaft einen Beitrag, deswegen lehnen wir einseitige Forderungen nach der gesellschaftlichen Integration ab und stellen uns gegen das Prinzip der Assimilation. Solange es keine europäische oder weltweite 950  
951 Staatsbürger\*innenschaft gibt, muss für alle Menschen die Mehrstaatlichkeit ermöglicht und sowohl aktives wie auch passives Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden ermöglicht werden. 952

953 **Diskriminierung entschlossen bekämpfen:** Diskriminierung gehört in der Bundesrepublik zum Alltag von Men-  
954 schen mit Migrationshintergrund. Der Staat muss alles Mögliche tun, um dies zu bekämpfen. Hierzu ist es dringend  
955 notwendig, dass alle staatlichen Ebenen diverser besetzt und strukturelle Diskriminierungen sofort beendet wird.  
956 Dazu braucht es staatliche Förderprogramme für die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund und eine  
957 Initiative um das Problem des Alltagsrassismus anzugehen. Letzteres muss besonders auch in den Lehrplänen the-  
958 matisiert werden, um eine frühe Sensibilisierung mit der Thematik zu erreichen. Ferner, muss auch innerhalb der  
959 SPD ein Konzept für die interkulturelle Öffnung von Parteien erarbeitet werden.

## 960 5. Unsere Rechte im Netz

961 **Das Recht auf digitale Teilhabe:** Der Zugang zum Internet und die damit einhergehende Möglichkeit zu kommu-  
962 nizieren und sich zu informieren, ist für uns Bestandteil der Daseinsvorsorge. Gesellschaftliche Teilhabe kann heute  
963 nicht mehr ausschließlich offline gedacht werden. Deswegen ist es staatliche Aufgabe, überall in der Bundesrepublik,  
964 den Zugang für alle Menschen zum Internet zu gewährleisten. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass auch in ländlichen  
965 Regionen Glasfaseranbindungen bestehen und moderne Netzstandards überall verfügbar sind. Dies ist für uns eine  
966 wesentliche Frage der Gewährleistung gleicher Lebenschancen.

967 **Netzneutralität grundrechtlich verankern:** Wenn das Netz ein Raum der Freiheit, Gleichheit und der Chancen für  
968 alle Menschen sein soll, verträgt sich das nicht mit einer Ungleichbehandlung verschiedener Daten. Deshalb fordern  
969 wir die grundrechtliche Verankerung der Netzneutralität. Es darf keine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Netz geben.

970 **Persönlichkeitsrechte und Datensouveränität:** Persönliche Daten im Internet müssen geschützt werden. Eine Er-  
971 hebung darf niemals ohne vorheriges Einverständnis geschehen. Die Anbieter\*innen dürfen nur solche Daten er-  
972 heben, die für den Zweck der Nutzung erforderlich sind. Der Schutz der Daten muss sich dabei am Wohnsitz der  
973 Nutzer\*innen, nicht am Firmensitz orientieren. Jeder hat das Recht auf Verschlüsselung seiner Daten. Die Weiterver-  
974 wertung und der Weiterverkauf von persönlichen Daten darf auch bei Zustimmung nur beschränkt möglich sein und  
975 muss überwacht werden.

976 **Das Netz als gesellschaftlicher Raum:** Das Internet, insbesondere soziale Netzwerke haben sich in den vergange-  
977 nen Jahren zu einem der wichtigsten Diskursräume moderner Demokratien entwickelt. Die Regeln für diese Räume  
978 setzen die privaten Netzwerkbetreiber\*innen in ihren AGBs. Dabei zeigen sie sich extrem restriktiv gegenüber Nackt-  
979 heit und äußerst liberal gegenüber Hate Speech, Anfeindungen und rechter Propaganda. Alle Rechte, insbesondere  
980 Grundrechte, müssen auch in sozialen Netzen Geltung entfalten. Insbesondere die Meinungsfreiheit steht unter Be-  
981 schuss. Over-Blocking muss verboten werden. Wir wollen soziale Netzwerke als öffentlichen Diskursraum sichern,  
982 in dem Grundrechte nicht privatautonom abbedungen werden können. Langfristig glauben wir, dass der Diskurs im  
983 Netz auf vergesellschafteten Plattformen stattfinden muss.

984 **Straftaten im Netz konsequent verfolgen:** Straftaten im Netz müssen staatlich verfolgt und geahndet werden. Auch  
985 in sozialen Netzwerken kann diese Aufgabe nicht allein von den Betreiber\*innen wahrgenommen werden. Dafür  
986 braucht es ausreichend und gut geschultes Personal bei den Polizeibehörden.

987 **Algorithmen Grenzen setzen:** Algorithmen übernehmen zunehmend Entscheidungen und Auswahlprozesse in un-  
988 serem Alltag. Beispielsweise in Sozialen Netzwerken entfalten sie mit ihrer Funktionsweise enorme Auswirkungen auf  
989 die Diskurse unserer Gesellschaft. Es ist wichtig, dass die Relevanzkriterien der Auswahlalgorithmen valide Quellen  
990 offenkundigen Falschmeldungen vorziehen. Daten, mit denen Künstliche Intelligenz (KI) gespeist wird, bilden unsere  
991 Gesellschaft und reproduzieren so vorhandene Diskriminierung sogar noch unter dem Deckmantel einer vermeint-  
992 lichen Objektivität. Deswegen bedarf es eines Algorithmusgleichbehandlungsgesetzes, welches dies verhindert. Die  
993 Parameter müssen von Algorithmen nachvollziehbar offengelegt werden, um eine gesellschaftliche Debatte darüber  
994 zu ermöglichen. Dadurch kann beispielsweise eine Ungleichbehandlung von Konsument\*innen, etwa durch sich al-  
995 gorithmisch individuell anpassende Preise, aufgedeckt und verboten werden. Durch automatisierte Entscheidungen  
996 stellen sich eine Vielfalt von neuen ethischen Fragen. Nur wenn die Funktion von Algorithmen offen gelegt wird, kann  
997 ein gesellschaftlicher Diskurs über moralische Grenzen überhaupt stattfinden.

998 **Moderner Urheber\*innenrechtsschutz im Netz:** Was für uns für dingliches Eigentum gilt, gilt für uns auch für  
999 digitales. Es soll für möglichst viele Menschen nutzbar sein. Deswegen begrüßen wir eine freie Sharing-Kultur und  
1000 wollen diese ermöglichen. Gleichzeitig wollen wir die Urheber\*innen möglichst direkt entlohnen. Deswegen wollen

1001 wir, dass die Plattformanbieter\*innen gesetzlich gezwungen werden, mit den Urheber\*innen faire Vergütungsverträge abzuschließen. Andernfalls sollen die Plattformunternehmen entsprechend besteuert und eine faire Vergütung der Urheber\*innen staatlich gewährleistet werden. Uploadfilter und ähnliche Zensurmechanismen lehnen wir ab.

### 1004 **II.3. Die Lebensgrundlagen der Zukunft sichern**

#### 1005 1. Dem Klimawandel entschlossen entgegenzutreten

1006 **Klimakrise anerkennen:** Das Klima wandelt sich bereits seit Jahrhunderten. Der menschliche Beitrag zu diesem Wandel hat in den letzten 200 Jahren allerdings deutlich zugenommen. Diese durch den Menschen verursachten Umweltbelastungen und -verschmutzungen haben bereits heute teils irreparable Auswirkungen. Die Folgen beeinflussen die Lebensverhältnisse zahlloser Menschen, aber auch Tiere, Vegetation und letztlich das gesamte Natur- und Ökosystem weltweit sind betroffen. Von Jahr zu Jahr wird die Erde heißer und von Jahr zu Jahr wird der Kampf gegen die Klimaerwärmung drängender. Dementsprechend ist die Umwelt- und Klimapolitik heute umkämpfter denn je. Auf der einen Seite bestreiten reaktionäre Kräfte und rechtspopulistische Parteien den Klimawandel. Auf der anderen Seite werden sich immer mehr Menschen der planetaren Grenzen bewusst und versuchen dem durch individuelles Konsumverhalten gegenzusteuern. Der Kampf derjenigen, die sich der Endlichkeit unserer Ressourcen bewusst sind, insbesondere unserer Generation, wird immer intensiver. Der Klimawandel sowie die Verknappung von Ressourcen sind, wenn wir Wohlstand sichern und Fortschritt ermöglichen wollen, die Herausforderungen unserer Zeit. Demzufolge stellt die Energiewende eine politische Notwendigkeit dar und ist das zivilisatorische Jahrhundertprojekt.

1018 **Transformation als Chance:** Dabei sind Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch: Wenn wir beides zusammen denken, können wir langfristig das Klima schützen, intakte Ökosysteme sichern und Produktions- und Industriestandorte erhalten und ausbauen. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn wir es schaffen die Energieversorgung als zentralen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge wieder in staatliche Kontrolle zu überführen. Die Energiewende muss als ganzheitliches Projekt, das alle Sektoren von Strom, über Wärme und Verkehr bis hin zur notwendigen Infrastruktur in den Fokus nimmt, zusammen denkt und sie als Chance für eine Transformation unserer Wirtschaftsweise begreift, behandelt werden. Wir wollen bezahlbare Energie und Mobilität für alle Menschen. Klassenunterschiede dürfen durch die Energiewende und die Auswirkungen der Klimaveränderungen nicht weiter verschärft werden. Nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung, der vornehmlich in den westlichen Industrienationen lebt, ist für den Großteil des globalen Ressourcenverbrauchs und der globalen Umweltbelastungen verantwortlich. Europa steht hier in der Verantwortung auf das Einhalten der Ziele des Pariser Klimaabkommens zu drängen und die CO2 Reduktion massiv voranzutreiben durch Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Energie, Bauen, Landwirtschaft und Industrie. Um diesen Systemwandel gerecht zu gestalten müssen strukturschwache Regionen unterstützt werden. Zudem brauchen wir eine wertgebundene Handelspolitik auf Augenhöhe zu den Ländern des globalen Südens.

1032 **Erneuerbare Energien ausbauen:** Ein politisches wie gesellschaftlich stark umkämpftes Thema ist dabei die Frage der Energieversorgung und des Umgangs mit fossilen Energieträgern. Die Sozialdemokratie hat hier als Schutzmacht von Arbeitnehmer\*innen sowie als Vorkämpferin für globale Gerechtigkeit eine besondere Verantwortung, die wir als Jusos annehmen wollen. Uns ist bewusst, dass der Wandel im Energiesektor auch ein Wechsel von Marktanteilen ist und folglich auf den erbitterten Widerstand von großen Energiekonzernen stoßen wird. Wir sprechen uns dennoch für eine Energie-Revolution aus, die den Ausbau der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der Folgen des damit einhergehenden Strukturwandels vorantreibt. Deutschland muss mittelfristig seinen Energiebedarf zu 100 % aus erneuerbaren Energien decken. Wir wollen nicht nur konventionelle Energieträger sukzessiv zurückfahren, sondern insbesondere die Förderung des Ausbaus von Wind- und Wasserkraft, des Ausbaus von Photovoltaik und Solarthermie, der geothermischen Energiegewinnung, sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung vorantreiben. Eine Schlüsselrolle kommt hierbei den Speichertechnologien zu; Pumpspeicherwerke, Power-to-X und Wärmespeicher sind nur einige Beispiele, die effizienter sind als Akkumulatoren. Der Kohleausstieg ist für uns Jusos eine absolute Notwendigkeit: Wir halten einen Komplettausstieg aus ihrer Verstromung bis 2030 für erstrebenswert und geboten. Gleichwohl muss der Ausstieg aus der Kohle sozialverträglich organisiert und strukturpolitisch gerahmt werden.

1046 **Energieverbrauch senken:** Der Energieverbrauch in Gebäuden muss gesenkt werden und durch eine Verknüpfung des Strom- mit dem Wärmemarkt müssen Synergien bei der Nutzung erneuerbarer Energien entstehen. Über steuerlich finanzierte Zuschüsse und günstige öffentliche Darlehen können wir eine jährliche Sanierungsquote von mindestens 2,5% erreichen, um so energetischen Sanierung durch Dämmungen, Erneuerungen technischer Geräte, Solarthermie- und Lüftungsanlagen von privaten Gebäuden zu unterstützen. Zur Sanierung öffentlicher Gebäude wollen wir neben einem Fond für Kommunen auch Bürger\*innen Energiespar Contracting-Modelle unterstützen.

1052 **CO2-Bepreisung:** Die CO2-Bepreisung kann einen effektiven Hebel darstellen, um gewünschte Entwicklungen zur  
1053 Einsparung von Treibhausgasen beschleunigen zu können. Wir unterstützen vor diesem Hintergrund im Grundsatz  
1054 die aktuellen sozialdemokratischen Vorschläge für eine höhere Bepreisung, die Verbraucher\*innen nicht zusätzlich  
1055 belastet. Diese Strategie wird jedoch nur aufgehen, wenn neben der Industrie auch die Bereiche Verkehr und Wärme  
1056 in den Fokus genommen werden. Insbesondere der seit Jahren von der CSU verantwortete Verkehrssektor trägt heute  
1057 noch viel zu wenig zu den notwendigen Einsparungen bei und ist auf den sich längst vollziehenden technologischen  
1058 Wandel absolut unzureichend vorbereitet. Das gefährdet nicht nur das Klima, sondern auch die Arbeitsplätze der  
1059 Zukunft.

## 1060 2. Nachhaltige Industriepolitik, Wachstum und technologischer Wandel

1061 **Industrie bewahren:** Wir glauben an die Stabilität möglichst breit aufgestellter Volkswirtschaften. In der Vergangen-  
1062 heit hat es sich als Stärke der Bundesrepublik erwiesen, keine Deindustrialisierungspolitik verfolgt zu haben. Auch  
1063 werden in der Industrie im Durchschnitt höhere und ausgeglichene Löhne gezahlt, die Mitbestimmung und der Or-  
1064 ganisationsgrad ist stärker ausgebaut als in anderen Wirtschaftszweigen. Wir wollen weiterhin fertigende Industrie  
1065 in Deutschland bewahren, gute Arbeitsplätze sichern und soziale und ökologische Standards setzen.

1066 **Technologischen Fortschritt fördern:** Große technische Innovationswellen gehen häufig auf staatliche Anschub-  
1067 förderung zurück. Kurzfristig gewinnorientierte Interessen von Kapitalgeber\*innen stehen häufig im Widerspruch zu  
1068 langfristigen Investitionsentscheidungen. Wir sind der Überzeugung, dass große technologische Richtungsentschei-  
1069 dungen eine gesamtgesellschaftliche Dimension haben und deswegen gesamtgesellschaftlich getroffen werden soll-  
1070 ten. Deswegen setzen wir uns für eine starke staatlich organisierte und finanzierte Forschungsförderung ein. Machen  
1071 private Unternehmen aber mit öffentlichen Geldern Gewinne muss das einhergehen mit einer Beteiligung bei un-  
1072 ternehmerischen Entscheidungen und einer Verpflichtung, Arbeitsplätze zu sichern und faire Löhne zu zahlen. Wir  
1073 fördern bei Ausgründungen aus Universitäten gemeinwohl- und mitbestimmungsorientierte Unternehmensformen.

1074 **Keine Leuchtturmpolitik:** Wir sprechen uns gegen die aktuell praktizierte Förderpolitik von bestimmten industri-  
1075 elen Leuchttürmen oder "europäischen Champions" aus. Wir glauben an die Überlegenheit einer kleinteilig organisier-  
1076 ten und flexiblen Wirtschaft. Deswegen setzen wir auch in der Industriepolitik auf Breitenförderung. Investitionen in  
1077 Forschung und Entwicklung in wesentlichen Industriebereichen, die allen zugutekommen sind besser als eine einsei-  
1078 tige Fokussierung auf bestimmte Unternehmen, die man zu internationalen Monopolisten aufbauen möchte. Auch  
1079 wollen wir nicht die Fusionsregeln lockern, sondern mittels der Europäischen Wettbewerbsbehörde Monopolisie-  
1080 rungstendenzen vorbeugen.

1081 **Grüne Industrie aufbauen:** Wir setzen uns für eine gezielte Förderungsstrategie von grüner Technologie und ent-  
1082 sprechenden Industriezweigen in Europa ein. Im Bereich Energiespeicherung, Energieerzeugung, moderne Antriebs-  
1083 technologien (vor allem auch abseits der Batterietechnologie) liegt die Zukunft und wir brauchen Innovationen um  
1084 unsere Klimaziele zu erfüllen. Deswegen wollen wir diese Bereiche gezielt fördern.

1085 **Industriepolitik in der Fläche:** Viele Bereiche, gerade auch im Osten Deutschlands sind durch Fehlentscheidungen  
1086 in der Vergangenheit weitgehend deindustrialisiert worden, was sich negativ auf die Einkommensverhältnisse und die  
1087 Gesamtentwicklung der Regionen auswirkt. Wir setzen uns für den gezielten Aufbau neuer Industrien, Forschungs-  
1088 zentren, etc. in diesen Regionen ein, um neue Perspektiven für die dort lebenden Menschen zu schaffen.

1089 **Internationale Standards bei Umweltschutz und Arbeitnehmer\*innenrechten:** Wir setzen uns für internationa-  
1090 le Standards in der Industrie bei Umweltschutz und Arbeitnehmer\*innenrechten ein. Niemandem ist geholfen, wenn  
1091 Auflagen durch Off-Shoring umgangen werden. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass möglichst gleiche Standards  
1092 für den internationalen Wettbewerb gelten. Standards müssen europaweit auf ein möglichst hohes Niveau angegli-  
1093 chen werden und die EU muss bei ihrer Handelspolitik Wert auf die Einhaltung der Standards auch bei importierten  
1094 Produkten legen, die für den einheimischen Markt bestimmt sind.

1095 **Industriepolitik braucht einen langen Atem:** Wir setzen uns für eine langfristig orientierte Industriepolitik ein. In  
1096 den vergangenen Jahrzehnten gab es entweder keine oder eine einseitig an den Interessen besonders gut vernetzter  
1097 Lobbyist\*innen orientierte Industriepolitik in der Bundesrepublik. Davon muss Abstand genommen werden. Indus-  
1098 triepolitik muss lange Linien mit demokratischer Legitimation ziehen. Eine progressive Industriepolitik agiert nicht  
1099 einfach ordnungspolitisch und beschränkt sich auf das Setzen von Leitplanken, sie greift aktiv ein und überlässt das  
1100 Feld nicht den Kräften des freien Marktes.

## 1101 3. Digitalisierung für alle

1102 **Digitalisierung gesamtgesellschaftlich nutzbar machen:** Die Digitalisierung ist eine objektive Produktivkraftent-  
 1103 wicklung. Sie ist aus sich heraus weder gut noch schlecht, sondern Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts. Wir  
 1104 wollen diesen Fortschritt im Sinne der Gesamtgesellschaft statt im alleinigen Sinne der Kapitalist\*innen nutzbar ma-  
 1105 chen.

1106 **Monopolisierungstendenzen bekämpfen:** Aufgrund von Netzwerkeffekten haben digitale Märkte eine große Ten-  
 1107 denz zur Monopolisierung. Riesige Plattformmonopolisten vereinigen nicht nur große Kapitalmengen auf sich, son-  
 1108 dern auch erhebliche politische Macht. Häufig verdrängen sie alternative, gemeinwohlorientierte Konkurrent\*innen.  
 1109 Wir setzen uns für eine staatliche Förderung alternativer, nicht gewinnorientierter Plattformunternehmen ein und  
 1110 wollen die Macht der Plattformriesen regulieren. Insbesondere im Bereich der sozialen Plattformen glauben wir, dass  
 1111 Profitorientierung sich mit dem eigentlichen Zweck dieser Unternehmen nicht verträgt und setzen uns für eine Ver-  
 1112 gesellschaftung ein. Die Form der Vergesellschaftung ist dabei differenziert nach Größe und Art des Unternehmens  
 1113 zu bestimmen und kann beispielsweise durch Überführung in öffentlich-rechtliche Träger\*innenschaft, genoss\*in-  
 1114 nenschaftliche Strukturen oder staatliche Leitung geschehen.

1115 **Daten als Werte erfassen:** Daten sind die Währung der Digitalisierung. Gleichzeitig werden sie vielfach in den Un-  
 1116 ternehmensbilanzen noch nicht wertmäßig erfasst und dementsprechend nicht besteuert. Wir setzen uns für eine  
 1117 wertmäßige Erfassung und eine steuerliche Berücksichtigung ein. Das europäische Wettbewerbsrecht muss refor-  
 1118 miert werden, sodass auch der Wert eines Unternehmens in Form von Datensätzen als Bewertungskriterium bei der  
 1119 Übernahme von Firmen herangezogen wird.

1120 **Daten freigeben:** Die Digitalisierung lebt von Daten. Viele dieser Daten sammeln sich bei den Plattformriesen, ver-  
 1121 schaffen diesen einen Vorteil und behindern die Entwicklung anderer Unternehmen. Deswegen fordern wir eine Frei-  
 1122 gabe und allgemeine Zurverfügungstellung anonymer oder anonymisierter Daten um auch kleinen Unternehmen  
 1123 eine Entwicklungschance zu geben. Öffentliche Daten müssen auch - soweit möglich- allen zur Verfügung gestellt  
 1124 werden.

1125 Digitalisierung zur Dezentralisierung und Mitbestimmung nutzen: Die Digitalisierung birgt das Potenzial, Unterneh-  
 1126 mensprozesse transparenter zu machen, Managementaufgaben zu übernehmen und Mitarbeiter\*innen stärker ein-  
 1127 zubinden. Diese Erkenntnisse müssen allen Mitarbeiter\*innen zur Verfügung gestellt werden und zur dezentralen  
 1128 und enthierarchisierten Steuerung von Unternehmen genutzt werden.

1129 **Verwaltungsabläufe digitalisieren:** Die Digitalisierung von Verwaltungen bietet sowohl für Bürger\*innen als auch  
 1130 für die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung große Chancen zur Vereinfachung der Strukturen und Abläufe der  
 1131 angebotenen Dienstleistungen. Verwaltungsabläufe sollen weitgehend digitalisiert werden, um die schnelle digitale  
 1132 Antragstellung zu ermöglichen und damit Barrieren zu senken. Darüber hinaus eröffnet die digitale Verwaltung neue  
 1133 Möglichkeiten der Bürger\*innenbeteiligung in öffentliche Projekte

#### 1134 4. Bildung und Wissenschaft

##### 1135 *Schule*

1136 **Chancengleichheit an Schulen:** Alle Schüler\*innen in Deutschland sollten die gleichen Chancen bei der Bildung  
 1137 haben. Chancengleichheit bedeutet für uns das jede\*r unabhängig von ihrem\*seinem Geschlecht, sozialen Herkunft  
 1138 und evtl. Migrationshintergrund die gleichen Chancen auf Bildung haben sollte. Das sehen wir als unser Grundver-  
 1139 ständnis in allen Lebensbereichen. Die Realität ist jedoch eine andere: Die Herkunft der Familie, der soziale Stand  
 1140 und der Abschluss der Eltern entscheiden immer noch maßgeblich über den Bildungserfolg der Kinder. So haben  
 1141 z. B. Kinder von Akademiker\*innen bessere Chancen ein Abitur zu erreichen als Kinder von Arbeiter\*innen. Auch  
 1142 in den PISA-Studien lässt sich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, evtl. Migrationshintergrund und den  
 1143 Ergebnissen erkennen: Das deutsche Schulsystem gehört laut PISA zu den Ungerechtesten weltweit. Deutschland  
 1144 ist im Punkt Bildung eine Zweiklassengesellschaft. Deswegen ist ein zentrales bildungspolitisches Ziel von uns, den  
 1145 Bildungserfolg weitestgehend von sozialen Faktoren zu entkoppeln.

1146 **Selektives Schulsystem als Ursache für Chancengleichheit:** Unser aktuelles Schulsystem mit der Trennung von  
 1147 Schüler\*innen nach der vierten (bzw. sechsten) Klasse zementiert Chancengleichheit und verbaut Bildungsbiogra-  
 1148 fien. Die Bildungsforschung hat herausgestellt, dass die Trennung nach der vierten Klasse viel zu früh greift. Sie führt  
 1149 dazu, dass bereits in der Grundschule ein hoher Auslesedruck ausgeübt wird, welcher die scheinbare „Begabung“  
 1150 von Schüler\*innen alleine an ihren\*seinen Noten in bestimmten Fächern festmacht. Dieses System sortiert in vie-  
 1151 len Fällen aber nicht nach tatsächlichen Begabungen und Leistungen, sondern ist starr und betrachtet in der Regel

1152 vor allem die familiären Hintergründe. Ausdruck dessen ist, dass es bei gleichen Leistungen immer wieder zu einer  
 1153 Benachteiligung von Schüler\*innen aus sozio-ökonomisch benachteiligten Familien bei der Vergabe von Gymnasial-  
 1154 empfehlungen kommt. Darüber hinaus verstärkt eine Aufteilung nach Schulformen nur die Unterschiede zwischen  
 1155 den Schüler\*innen. Schwächere Schüler\*innen werden abgehängt, während stärkere Schüler\*innen nur bedingt pro-  
 1156 fitieren. Anstatt schwächere Schüler\*innen durch das gemeinsame Lernen gezielt zu fördern, grenzt man diese aus  
 1157 und verhindert somit einen späteren Aufstieg. Dieses Schulsystem verankert bestehende Ungleichheit gleich am An-  
 1158 fang und zementiert bestehende Ungleichheiten. Der Bildungserfolg ist hier maßgeblich von schwer beeinflussbaren  
 1159 Faktoren abhängig. Wir Jusos setzen uns deshalb für die Einführung einer demokratischen Schule für alle ein! Die  
 1160 selektiv-sozialkonservative Schulstruktur aus vor-demokratischen Zeiten gehört überwunden. Nach einer vier- bis  
 1161 sechsjährigen Grundschule fordern wir den Übergang in integrierte Gesamtschulen, die alle Schülerinnen und Schü-  
 1162 ler am Ende der Sekundarstufe I, also nach dem zehnten Schuljahr, zu einem ersten allgemeinbildenden Bildungsab-  
 1163 schluss führen. Dieser Abschluss soll entweder den Weg in eine dreijährige Sekundarstufe II oder in die Berufsbildung  
 1164 ebnen. Dabei ist uns wichtig, dass die Änderungen der Schulstruktur durch demokratische Elemente ergänzt werden.  
 1165 Demokratie darf nicht nur lediglich Lerninhalt mancher Fächer sein, sondern muss im Schulalltag verankert und je-  
 1166 derzeit erfahrbar sein. Alle Mitglieder der Schulfamilie müssen sich in den entsprechenden Gremien der Schule auf  
 1167 Augenhöhe begegnen können. Die Handlungsfelder der Gremien müssen breit angelegt sein, exemplarisch sind hier  
 1168 Lerninhalte oder die Gestaltung der Räumlichkeiten zu nennen. Schüler\*innenvertretungen sind zu stärken.

1169 **Schule für alle = Inklusive Schule:** Die Schule für alle muss aus unserer Perspektive eine inklusive Schule sein, bei  
 1170 der Schüler\*innen mit und ohne sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf gemeinsam unterrichtet werden. Wir  
 1171 Jusos sind uns sicher, dass alle Menschen unterschiedlich sind. Für uns gibt es keinen Grund, einzelne Menschen  
 1172 aufgrund ihrer Andersartigkeit auf eigene Schule zu schicken. Wir begreifen Vielfalt als eine Bereicherung für die  
 1173 Gesellschaft. Von einem inklusiven Bildungssystem profitieren nicht nur Schüler\*innen mit sonderpädagogischem  
 1174 Unterstützungsbedarf, sondern alle. Beim gemeinsamen Lernen geht es nicht nur um kognitive Fähigkeiten, sondern  
 1175 auch um soziale Kompetenzen.

1176 **Bundeseinheitliches Bildungssystem:** Aktuell herrscht zwischen allen Bundesländern ein „Wettbewerb“ um das  
 1177 beste Bildungssystem. Dieser Wettbewerb erzeugt ungleiche Bildungschancen in allen Bundesländern und lässt oft  
 1178 den Standort der Schüler\*innen darüber entscheiden, welche Bildungschancen sie haben. Je nach Bundesland oder  
 1179 gar Wohnort ergeben sich für die Schüler\*innen unterschiedliche Zugänge zu den verschiedenen Bildungseinrich-  
 1180 tungen und Schulkonzepten und dadurch ungleiche Bildungschancen. Vor besondere Schwierigkeiten stellt das fö-  
 1181 deralistische Schulsystem diejenigen Schüler\*innen, die das Bundesland wechseln und plötzlich vor einem komplett  
 1182 anderen System stehen. Diesen Zustand halten wir für nicht tragbar. Aus diesem Grund wollen wir eine Debatte dar-  
 1183 über, ob diese Form eines Bildungssystems noch zeitgemäß ist oder darüber, welche Regeln in einem föderalistischen  
 1184 System gelten müssen, um Chancengleichheit für alle zu garantieren.

1185 **Kompetenzen vermitteln statt reiner Wissensvermittlung:** Der Unterricht ist derzeit vorwiegend geprägt durch  
 1186 reines Auswendiglernen eines isolierten Stoffgebietes. Für uns stehen aber andere Ziele im Mittelpunkt. Anstatt von  
 1187 reinem Fachwissen sollen in der Schule vor allem fächerübergreifende Kompetenzen erworben und gefördert wer-  
 1188 den. Schulische Bildung soll Schüler\*innen die Fähigkeiten und Fertigkeiten mitgeben, damit sie ein selbstbestimmtes  
 1189 Leben führen können. In einer sich immer schneller entwickelnden Gesellschaft steht hier vor allem die Fähigkeit im  
 1190 Mittelpunkt, sich selbst neue Inhalte anzueignen und diese zu nutzen. Zielführendes Arbeitsverhalten und Lernstrate-  
 1191 gien sind Grundlage für Lebenslanges Lernen. Doch nicht nur das inhaltliche und arbeitsorientierte Lernen, sondern  
 1192 auch das soziale Lernen soll in der Schule eine bedeutende Rolle spielen. Zwischenmenschliche Kommunikation,  
 1193 Diskussions- und Kritikfähigkeit, der Umgang mit Niederlagen oder Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit müssen  
 1194 gelernt und erfahren werden.

1195 **Alternative Bewertungsformen – Noten abschaffen:** Differenzierte Rückmeldung und Feedback sind für die Be-  
 1196 obachtung des Lernerfolgs notwendig. Noten tragen wenig zu dieser wichtigen Reflexion des Wissensstandes bei.  
 1197 Objektivität in der Notengebung können Lehrkräfte aufgrund psychologischer Effekte wie der Reihenfolge der korri-  
 1198 gierten Arbeiten auch bei größter Mühe niemals vollständig erreichen. Vor allem bei mündlichen Leistungserhebun-  
 1199 gen scheint die Notengebung oftmals willkürlich und kann kaum nachvollzogen werden. So ist bereits die Glaubwür-  
 1200 digkeit und Verlässlichkeit einzelner Noten massiv eingeschränkt. Die daraus gebildete Gesamtnote stellt dann eine  
 1201 weitestgehend nichtssagende Zahl dar, die weder Rückschlüsse auf den Wissensstand der Schüler\*innen noch auf  
 1202 eventuelle Übungsschwerpunkte ziehen lassen. Sie gaukelt eine Vergleichbarkeit in Zahlen vor, die in Wahrheit nicht  
 1203 besteht. Die Leistungsbemessung in Form von Noten erhöht darüber hinaus stetig den Leistungsdruck, da man als



1204 Schüler\*in weiß, dass jede Einzelnote Einfluss auf die Jahresendnote nimmt. Dauernde Bewertung in der Schule ohne  
 1205 Rücksicht auf die Lebenssituation der Schüler\*innen baut Druck auf und verursacht dauerhaften Stress. Viele Kinder  
 1206 machen ihren persönlichen Wert von der zahlenmäßigen Bewertung ihrer Leistung abhängig. Der Anteil der Kinder  
 1207 und Jugendlichen, die an psychischen Erkrankungen leiden, steigt kontinuierlich. Wir Jusos lehnen den Leistungsdruck  
 1208 in der Bildung ab. Wir sind überzeugt, dass Lernen nur dann einen langfristigen Effekt erzielt, wenn Schüler\*innen  
 1209 dies aus eigenem Antrieb und nicht aufgrund von Druck von außen tun. Leistungsbewertung in Form von Noten  
 1210 lehnen wir deshalb ab. Statt Schüler\*innen auf einer Skala einzuordnen, wollen wir schriftliche Bewertungen und  
 1211 differenzierte Lernfortschrittsgespräche, die von den Pädagog\*innen geführt und dokumentiert werden. Kern der  
 1212 Lernentwicklungsgespräche ist nicht der Vergleich zwischen Schüler\*innen, sondern der individuelle Lernfortschritt  
 1213 in den verschiedenen Themengebieten ebenso wie die Entwicklungspotentiale im jeweiligen Bereich. Aber auch an-  
 1214 dere Kompetenzen, Sozialverhalten, ehrenamtliches Engagement und besondere Fähigkeiten können in dieser Be-  
 1215 urteilung aufgenommen werden. So bekommen die Schüler\*innen und auch deren Eltern einen guten Eindruck der  
 1216 Fortschritte. Gleichzeitig fördern Feedbackgespräche die Selbsteinschätzung der Kinder und es können gemeinsam  
 1217 individuelle Lernziele erarbeitet und vereinbart werden.

1218 **Lehrer\*innenmangel und für Lehrer\*innen(aus)bildung:** Eine gute Bildung braucht gute Rahmenbedingungen.  
 1219 Lehrer\*innen gestalten diese maßgeblich mit und sind selbst ein wesentlicher Faktor bei deren Gestaltung. Gegen-  
 1220 wärtig wird allerdings landesweit der Mangel an Lehrkräften beklagt, der vielerorts das Einhalten regulärer Unter-  
 1221 richtspläne erschwert. Dieser Zustand ist für uns nicht tragbar. Wir fordern die vorausschauende Einstellung von  
 1222 ausreichend Lehrkräften, die über das benötigte Mindestmaß hinausgeht, sodass auch bei Krankheitsfällen oder an-  
 1223 ders bedingten Ausfällen Unterrichtsausfall und übergroße Klassen vermieden werden. Darüber hinaus bringt die  
 1224 sich rasant verändernde Gesellschaft neue Anforderungen an die Lehrer\*innenbildung mit sich. Die Digitalisierung  
 1225 erhält endlich auch an Schulen Einzug, woraus sich auch neue Methoden der Wissensvermittlung ergeben – ein Zu-  
 1226 stand, den die Lehrer\*innenbildung sowohl in der universitären Ausbildung als auch in der Fort- und Weiterbildung  
 1227 weitgehend übersieht. Doch nicht nur im Bereich der Digitalisierung, auch in anderen Themenfeldern fordern wir  
 1228 eine Verbesserung der Lehrer\*innenbildung. So muss die universitäre Lehrer\*innenbildung stärker mit der Praxis  
 1229 verknüpft sein und die Lehrkräfte stärker in der Vermittlung von fächerübergreifenden Kompetenzen und Sozialkom-  
 1230 petenzen schulen und ihnen Erziehungskompetenzen vermitteln. Auch für Lehrer\*innen, die bereits im Berufsalltag  
 1231 stehen, müssen Fortbildungsangebote geschaffen werden, damit sie für die sich stets verändernden Anforderungen  
 1232 gerüstet sind. Aktuell fehlt es aber an Fortbildungsangeboten für Lehrer\*innen. Die GEW kritisiert diesen Zustand  
 1233 schon lange und fordert Investitionen in Qualität und Quantität von Fortbildungsangeboten. Das persönliche Enga-  
 1234 gement und die Motivation der Lehrer\*innen alleine, reicht dafür nicht mehr aus. Es fehlt schlechthin an Angeboten.  
 1235 Wir fordern deshalb die Mittel für Lehrer\*innenfortbildung zu erhöhen, um das Angebot quantitativ und qualitativ  
 1236 zu verbessern. Dies ermöglicht nicht nur ausgebildeten Lehrer\*innen ihre Unterrichtsqualität zu erhöhen, sondern  
 1237 auch Quereinsteiger\*innen. Für diese fordern wir verpflichtende Fortbildungen vor allem in den Bereichen Pädago-  
 1238 gik, Psychologie und Didaktik, sowie Begleitprogramme in den ersten Berufsjahren.

1239 *Hochschule*

1240 **BAföG muss zum Leben reichen:** Das BAföG ist eine sozialdemokratische Errungenschaft, reicht aber aktuell längst  
 1241 nicht zum Leben aus. Immer weniger Menschen beziehen BAföG und das aus unterschiedlichsten Gründen. Die Rück-  
 1242 zahlung und somit die Verschuldung nach dem Studium, die Regelstudienzeit, bürokratische Hürden und letztlich  
 1243 auch externe Belastungen wie Ehrenamt, Nebenjobs oder Pflegetätigkeiten sind nur einige davon. BAföG sollte den  
 1244 Anspruch haben, individuelle Bildungs- und Weiterbildungswege zu ermöglichen und muss deshalb von der Regelstu-  
 1245 dienzeit entkoppelt werden. Es braucht weiterhin eine regelmäßige Anpassung der Frei- und Förderbeträge und lang-  
 1246 fristig eine strukturelle Reform, um die Anpassung an die Lebensrealität der Studierenden auf den Weg zu bringen.  
 1247 BAföG muss außerdem unabhängig vom Einkommen der Eltern gewährt werden, um ein wirklich selbstbestimmtes  
 1248 Lernen zu ermöglichen.

1249 **Bildung muss kostenlos sein:** Wir lehnen **Studien- bzw. sämtliche Bildungsgebühren** aus sozial-, bildungs-, und  
 1250 gesellschaftspolitischen Gründen konsequent ab. Sie verstärken die soziale Selektivität und die Ökonomisierung im  
 1251 Bildungs- und Hochschulbereich und setzen somit bestehende soziale Ungleichheiten fort. Als Jungsozialist\*innen ist  
 1252 es unser Anspruch, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu Bildung haben und Bildung nicht von der sozialen  
 1253 Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern abhängt.

1254 **Entgegen einer Politik der schwarzen Null** – auch im Hochschulbereich: Hinter dem Konzept der schwarzen Null  
 1255 steht ein neoliberales Gesellschaftsverständnis, nach dem ausschließlich Eigeninteressen im Fokus stehen und ei-

1256 ne emanzipatorische, unabhängige Wissenschaft, fernab von Privatisierung nicht möglich ist. Hochschulen dürfen  
1257 keine einzelnen Leuchttürme in der Bildungslandschaft sein, sondern auch immer Spiegel der Gesellschaft. Um die  
1258 Autonomie der Hochschulen und somit die Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit zu sichern, müssen Hochschulen  
1259 grundfinanziert werden, damit Drittmittelerwerb nicht mehr nötig ist. Forschung und Lehre sollten eine Einheit  
1260 bilden. Sie ergänzen und beeinflussen einander gegenseitig. Damit Forschung auf dem aktuellen Stand stattfinden  
1261 kann, muss Studierenden schon während des Studiums die Möglichkeit gegeben werden, eigene Forschungsgruppen  
1262 zu bilden und wissenschaftliches Arbeiten zu lernen.

1263 **Soziale Hochschulen:** Hochschulen sollten allen Menschen offenstehen. Dazu müssen als erstes ausreichend Studi-  
1264 enplätze geschaffen werden und gleichzeitig der Zugang zur Hochschule reformiert werden. Ob Wohnraum, Hoch-  
1265 schulstruktur oder Studienfinanzierung – die Studierendenwerke sind die wichtigsten Anlaufstellen wenn es um sozia-  
1266 le Fragen im Studium geht und müssen sowohl finanziell als auch infrastrukturell gestärkt werden. Soziale Hochschule  
1267 bedeutet auch, dass Studierendenwerke nicht auf Semesterbeiträge angewiesen sind, sondern aus öffentlicher Hand  
1268 finanziert werden. Hierbei muss insbesondere eine demokratische Ausgestaltung auch eine Rolle spielen, um die so-  
1269 ziale Infrastruktur an Hochschulen von und für Studierende gestalten zu können.

1270 Hochschule muss **feministisch** sein. Noch immer liegt die Frauenquote unter den Professuren zwischen 20 und 30  
1271 Prozent und gläserne Decken sowie bestehende Männernetzwerke und intransparente Berufungsverfahren hindern  
1272 vor allem Frauen daran, eine wissenschaftliche Karriere aufzunehmen. Auch Hochschulen sollten einen feministi-  
1273 schen Ansatz verfolgen und frauenspezifische Förderprogramme sowie feste Zielquoten initiieren.

1274 **Demokratische Hochschule:** Demokratische Hochschule bedeutet auch, dass alle Mitglieder der Hochschule die  
1275 gleichen Rechte auf Beteiligung an hochschulischen Entscheidungen erhalten. Die paritätische Besetzung aller Hoch-  
1276 schulgremien ist die Voraussetzung für ein demokratisches Miteinander aller Statusgruppen. Hochschulen sollten  
1277 Orte der Begegnung und des Dialoges sein. Im Vordergrund steht dabei die Befähigung zur kritischen Analyse und  
1278 Weiterentwicklung gesellschaftlicher Lebens- und Arbeitsweisen. Kritische Wissenschaft muss durch die Autonomie  
1279 der Hochschulen sichergestellt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass Hochschulen Diskurse innerhalb der  
1280 Gesellschaft anstoßen und mitgestalten.

## 1281 5. Mobilität

1282 **Mobilitätswende jetzt:** Die Jusos erkennen den unbedingten Bedarf nach einer Wende im gesellschaftlichen und  
1283 globalen Mobilitätsverhalten der Menschen. Wir setzen uns dafür ein, unsere Lebensqualität zu verbessern und eine  
1284 gesunde Umwelt zu erhalten. Dafür werden wir die Elektromobilität bei allen Verkehrsträgern gezielt vorantreiben.  
1285 Als Verband, der sich dem nachhaltigen Denken verpflichtet hat, müssen wir die Mobilität, als essentielles Segment  
1286 des menschlichen Zusammenlebens zukunfts- bzw. umweltorientiert und unseren Ansprüchen gerecht werdend,  
1287 weiterentwickeln. Das gesamte Mobilitätsverhalten des Menschen und die vorherrschenden Denkweisen müssen  
1288 sich dabei verändern und an globalen Nachhaltigkeitszielen sowie einer sozialen Ausgewogenheit ausrichten. Der  
1289 Verkehrs- und Mobilitätssektor zählt zu den größten Verursachern von Umweltverschmutzung überhaupt: In Europa  
1290 allein werden fast ein Viertel aller Emissionen generiert. Im Gegensatz zu nahezu allen anderen Sektoren konnte der  
1291 umweltschädliche Ausstoß seit 1990 nicht reduziert werden und stieg zuletzt wieder an. Wenn die EU ihre eigenen  
1292 Klimaziele bis 2050 erreichen will, muss es schnellstmöglich zu einem Umsteuern im Verkehrssektor kommen. Elek-  
1293 tromobilität und andere alternative Antriebe und Brennstoffe bieten hierfür die besten Lösungsmöglichkeiten, daher  
1294 müssen die notwendigen Rahmenbedingungen gesetzt werden – politisch, regulatorisch, technisch und wirtschaft-  
1295 lich. Die Umsetzung muss sowohl Straße, Schiene, Luft und Wasser betreffen. Gleichzeitig darf der soziale Aspekt  
1296 beim Thema Mobilität nicht außer Acht gelassen werden. So müssen die Ziele und Maßnahmen sozialverträglich  
1297 angegangen und umgesetzt werden. Uns ist klar, dass Teilhabe an Mobilität für jede\*n möglich sein muss. Daher  
1298 sind Schnellschüsse, die gravierende Änderungen von heute auf morgen herbeiführen wollen nicht in unserem Sinn.  
1299 Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen, Privilegierte dürfen nicht in der Position sein, durch ihre Stellung in  
1300 moralische Überlegenheit zu gelangen. Wir sehen deshalb gerade mit der Elektromobilität Chancen, die Mobilität  
1301 sozialer, effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten – aber nur wenn alle Aspekte aufeinander abgestimmt zu-  
1302 sammenwirken.

1303 **ÖPNV statt MIV – in Stadt und Land:** Wir brauchen eine komplette Umstrukturierung des Nahverkehrs. Der mo-  
1304 torisierte Individualverkehr (MIV) muss langfristig durch einen gut ausgebauten ÖPNV abgelöst werden. Damit dies  
1305 gelingen kann, ist der Ausbau einer tatsächlich flächendeckende Versorgung mit einer entsprechend hohen Taktung

1306 unerlässlich. Gleichzeitig muss der ÖPNV weitestgehend elektrifiziert werden. Unser Fernziel ist die autofreie Innen-  
 1307 stadt. Dafür müssen Umweltqualitätszonen eingerichtet werden und es bedarf eines allgemeinen Umdenkens, das  
 1308 Prinzip „Nutzen statt Besitzen“ muss unser aller Handlungsmaxime werden. Der moderne ÖPNV muss E-Mobilität  
 1309 auf Straße und Schiene einbinden: E-Busse, Oberleitungsbusse, Straßenbahnen und S-Bahnen sollen die Menschen  
 1310 in der Stadt und auf dem Land von A nach B bringen. Um all diese Veränderungen zu realisieren, muss der ÖPNV  
 1311 ausfinanziert sein. Gleichzeitig müssen nahtlose Anschlussmöglichkeiten installiert werden, insbesondere Bike&Ri-  
 1312 de und Park&Ride. Dabei darf es auch nicht zur innerstädtischen Übervorteilung für E-Autos kommen – der ÖPNV  
 1313 hat Vorrang. Investitionen in einen nachhaltigen ÖPNV sind immer als Umverteilung zu begreifen. Zugang zu Mo-  
 1314 bilität muss für all möglich sein. Wir wollen kurzfristig eine Ausweitung von Sozialtickets (Azubi-, Schüler\*innen-,  
 1315 Student\*innentickets) unser Ziel bleibt dabei ein fahrscheinloser ÖPNV.

1316 **Schiene vor Straße:** Notwendig ist auch eine Verlagerung großer Verkehrsanteile des Güter- und Personenverkehrs  
 1317 von der Straße auf die elektrifizierte Schiene. Das geht nicht ohne den Ausbau der Schieneninfrastruktur: Mehrspurig-  
 1318 keit der Strecken, mehr und größere Züge, moderne Güterbahnhöfe und Anbindungen an Industriegebiete, kleinere  
 1319 Städte und Ortschaften. Alle müssen sich Mobilität leisten können, auch auf der Schiene. Im Fernverkehr, braucht es  
 1320 deshalb ein Tarifsysteem, dass allen die Nutzung ermöglicht, im Nahverkehr den fahrscheinlosen Zugang. Außerdem  
 1321 braucht es für eine echte ökologische Verkehrswende, die vollständige Elektrifizierung der Schiene., 100 Prozent des  
 1322 Schienennetzes muss mit Oberleitungen ausgestattet sein, aktuell sind es nur 60 Prozent. Um den gesamten Schie-  
 1323 nenverkehr auf elektrischen Betrieb umzustellen, muss der Dieselmotor auch auf der Schiene ein Auslaufmodell sein.

1324 **Umdenken in der Luftfahrt:** Wir brauchen massive Investitionen in den Ausbau und die Forschung für eine Weiter-  
 1325 entwicklung der Luftfahrt. Die Elektromobilität sollte Einzug in den fliegenden Güter- und Personenverkehr erhalten.  
 1326 Dabei müssen innovative Ideen vorangetrieben und umgesetzt werden. Wir wollen eine europäische Kerosinsteuer  
 1327 und die Aussetzung der Luftverkehrssteuer für Elektro- bzw. Hybridflugzeuge. Außerdem ein koordiniertes europäi-  
 1328 sches und internationales Vorgehen bei Investitionsprogrammen.

1329 **Umdenken in der Schifffahrt:** Auch der globale Schiffsverkehr muss nachhaltig neu gedacht werden: kurzfristige  
 1330 Umrüstung und Modernisierung der Flotte, was insbesondere den Umstieg von Schweröl auf Diesel bedeutet. Lang-  
 1331 fristig braucht es allerdings Forschung zu nachhaltigeren Lösungen. Dabei sollten die Chancen der Elektromobilität  
 1332 und von Hybridantrieben genutzt werden.

1333 **Elektroauto, ja aber:** Wir halten eine kurzfristige deutliche Erhöhung des Marktanteils von Elektro-Autos für sinnvoll.  
 1334 Fernziel ist es, ohne konventionell betriebene Autos auskommen. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs  
 1335 sollte dabei reduziert werden. Die Produktion von Elektroautos und elektronischen Antrieben aller Verkehrsträger  
 1336 muss umweltfreundlich und sozialverträglich ausgestaltet sein, sowohl in den Abbauregionen der Rohstoffe, als auch  
 1337 während der industriellen Produktion aller benötigten Bestandteile. Der Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der  
 1338 Produktion elektronischer Antriebstechniken muss gesenkt werden, um die umweltbezogenen Vorteile, die durch  
 1339 den Betrieb von Elektromotoren erzielt werden, nicht durch eine ökologisch und sozial nachteilige Herstellungsweise  
 1340 wieder zu reduzieren. Wir sprechen uns gegen eine einseitige Fokussierung auf batteriegestützten E-Mobilität und  
 1341 für verstärkte Investitionen in den Bereich der Brennstoffzellen-Technologie und Infrastruktur aus.

## 1342 **II.4. Internationalismus vor Herausforderungen - Neujustierung unserer Außen- und Friedenspolitik**

### 1343 1. Neue Wege der Friedenspolitik – Europas Rolle in der Welt

1344 **Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg:** Unser Kampf für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen ist nicht auf  
 1345 eine Nation oder einen Kontinent beschränkt, sondern gilt gleichermaßen allen Menschen dieser Welt. Sozialistische  
 1346 Gesellschaften sind nur international denkbar und müssen sich auf der gemeinsamen Grundlage von allgemeinen  
 1347 Menschenrechten, Meinungsfreiheit und dem Schutz von Minderheiten herausbilden. Voraussetzung für deren Ein-  
 1348 haltung ist eine Welt, die in Frieden existieren kann. Als Jungsozialist\*innen haben wir uns der Militarisierung der  
 1349 Gesellschaft seit jeher entgegengestellt. „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg“ lautet auch heute unser Credo.  
 1350 Die Bundeswehr befindet sich aktuell in Auslandseinsätzen in Afghanistan, im Kosovo, Syrien und im Irak, in Somalia  
 1351 und im Mittelmeer. Alle diese Missionen sind an ein sogenanntes „System kollektiver Sicherheit“, wie etwa die UN  
 1352 oder die EU gekoppelt. Systeme kollektiver Sicherheit sind darauf angelegt, militärische Konflikte zu vermeiden, in-  
 1353 dem sie möglichst viele internationale Partner\*innen in einer gemeinsamen internationalen Organisation verbindlich  
 1354 zusammenbringen. Eine Welt ohne militärische Konflikte konnten diese Systeme kollektiver Sicherheit bislang nicht  
 1355 herstellen. Dass die Frage des „wann“ der nächsten Aufrüstungswelle das „ob“ militärischer Einsätze ersetzt hat, zeigt,  
 1356 wie jahrzehntelange nationalstaatlich ausgerichtete internationale Politik das Bewusstsein der Menschen prägt. Mit

1357 dem Ende des Kalten Kriegs wuchs die Hoffnung auf Abrüstung und das Schaffen einer weltweiten Solidarität der  
1358 Menschen, doch es wurde schnell klar, dass diese Vision nicht ohne Weiteres verwirklicht wird. In Zeiten einer neu-  
1359 en Welle der Aufrüstung tritt der Mangel an linken Entwürfen internationaler Politik besonders deutlich zu Tage. An  
1360 die Stelle einer Strategie der Annäherung, des Dialogs und der gemeinsamen Konfliktlösung ist die Aufkündigung  
1361 internationaler Waffenverträge und der Schlagabtausch über Twitter getreten. Die internationalen Organisationen,  
1362 insbesondere die UN, in ihrer jetzigen Konstitution sind offenbar nicht in der Lage, den Rahmen für dialogorien-  
1363 tierte internationale Kooperation zu liefern. Gesellschaft kann sich nur dort ordnen und organisieren, wo ein Leben  
1364 in Sicherheit gewährleistet ist. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche kann nur dort vollzogen werden, wo die  
1365 Grundbedürfnisse soweit gedeckt sind, dass Teilhabe möglich ist.

1366 **Internationale Organisationen zu Räumen dialogbasierter Konfliktlösung und verbindlicher Entscheidungen**  
1367 **machen:** Auch die Herausforderungen der heutigen Zeit können nicht im nationalen Gegeneinander bewältigt wer-  
1368 den. Die aktuellen Drohgebärden unter den Großmächten, sowie eine undurchsichtige internationale Strategie sei-  
1369 tens einiger unsere Bündnispartner\*innen zeigen besonders deutlich, wie bilateraler Egoismus zur Bedrohung für  
1370 die Weltgemeinschaft wird. Es braucht eine linke Initiative, die sich der Hürden in den internationalen Organisationen  
1371 annimmt, um sie wieder zu den **Schauplätzen** der internationalen und demokratischen Auseinandersetzung zu ma-  
1372 chen. Mit YES und IUSY bringen wir uns bereits konkret in internationale Organisationen ein, wie beispielsweise über  
1373 IUSY in der am UN-Wirtschafts- und Sozialausschuss (ECOSOC) angegliederten United Nations Major Group for Child-  
1374 ren and Youth (UNMGCY). Wir müssen die Dominanz europäischer und eurozentristischer Denk- und Vorgehenswei-  
1375 sen aufdecken, benennen und beseitigen. Internationale Organisationen und Institutionen müssen die verschiede-  
1376 nen historischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in den verschiedenen Regionen der Welt berücksichtigen.  
1377 Noch immer sind Kolonialismus, die Sklaverei, Missionierung und die zahlreichen Verbrechen der Kolonialmächte  
1378 nicht hinreichend aufgearbeitet und entschädigt worden. Wer aus Westeuropa heraus für eine feministische, demo-  
1379 kratische und sozialistische Welt kämpft, muss sich seiner eigenen Privilegien bewusstwerden und die Rolle eines  
1380 stärkenden, solidarischen Verbündeten im Kampf gegen Armut, Entrechtung und Unterdrückung einnehmen.

1381 Aus den aktuellen Schwächen der internationalen Organisationen folgt jedoch auch dass unsere dortige Arbeit nicht  
1382 das einzige Standbein bleiben kann. Die politischen **Orte** zur Lösung internationaler Herausforderungen wiederzube-  
1383 leben, muss zum europäischen Projekt werden. Darüber hinaus gilt es, weitere progressive internationale Bündnis-  
1384 partner\*innen in den Blick zu nehmen und die Kooperation zu traditionell und neu hervorgegangenen progressiven  
1385 Regierungen auszubauen.

1386 Die dahinterstehenden progressiven Parteien dieser Welt müssen es sich zur gemeinsamen Aufgabe machen, inter-  
1387 nationale Räume zu schaffen, in denen verbindliche Entscheidungen getroffen werden. Das Einstimmigkeitsprinzip  
1388 ist hiermit nur in Ausnahmesituationen, wie etwa militärischen Interventionen, tragfähig.

1389 Es wird nicht einfach werden, einen Ausgleich zwischen der Eindämmung transatlantisch zentrierter Perspektiven  
1390 und dem Bedürfnis großer Volksökonomien nach entsprechender Einflussnahme zu finden. Die aktuellen internatio-  
1391 nalen Organisationen scheitern an diesem Spannungsfeld und sind nicht in der Lage effektive und bindende interna-  
1392 tionale Entscheidungen zu treffen, die über eine normgebende Funktion hinaus wirken. Stattdessen haben sie sich in  
1393 wahllosen Substrukturen untergliedert und Mechanismen des Soft Laws verloren, die nicht rechtlich schützen, son-  
1394 dern faktisch Zwang ausüben. Auf diese Weise wird die Forderung nach Demokratie mit der marktwirtschaftlichen  
1395 Ordnung der internationalen und nationalen Produktion gleichgesetzt. Dass die Gründung internationaler Organi-  
1396 sationen mit der Diffusion des Kapitalismus zusammenfällt, ist keine Zufälligkeit. Sie bestätigt vielmehr, dass die  
1397 Organisation der Produktion und die Versorgung der Menschheit der Ausgangspunkt ihrer Politik ist. Genau diese  
1398 Fragen der Verteilung und Versorgung müssen international verbindlich diskutiert werden können. Unsere Parteien-  
1399 familie muss diese Erkenntnis nutzen, um mit neuen Positionen zu der Frage der tatsächlichen, fairen Verteilung von  
1400 Wohlstand international in Erscheinung zu treten und hierzu Verbindlichkeit zu erreichen.

1401 **Nicht die Augen verschließen vor den autoritären Regimen dieser Welt:** Wir können dabei jedoch auch nicht die  
1402 Augen verschließen vor solchen Regimen, denen freiheitliche Demokratien ein Dorn im Auge sind, die Einschränkung  
1403 und Verwehrung von Grundrechten für Frauen\* und LGBTIQ\* mit kulturellen und religiösen Hintergründen zu be-  
1404 gründen versuchen und die den militärischen Konflikt mit der Weltgemeinschaft als Drohgebärde nutzen, wie etwa in  
1405 Saudi Arabien, Nordkorea oder im Iran. Europa muss an dieser Stelle seine Verantwortung in der Welt übernehmen,  
1406 den europäischen Wertekonsens von Freiheit, Gleichheit und Demokratie nach außen tragen und sich gleichzeitig in  
1407 vermittelnde Rollen begeben. Jedem Regime, das Menschenrechte missachtet, steht eine Zivilgesellschaft entgegen.  
1408 Doch diese ist in der Regel nicht einheitlich und umfasst -häufig im Untergrund- auch progressive Bewegungen, die

1409 häufig Repression erfahren. In inter- und multinationalen Abkommen, insbesondere Anti-Waffen-Abkommen und  
 1410 Anti-Atomabkommen, gilt es Ergebnisse zu erzielen, die progressive Bewegungen unterstützen und sich gleichzeitig  
 1411 kompromisslos in grundrechtlichen Fragen zeigen. Ziel dieser Abkommen muss die internationale Demilitarisierung  
 1412 sein.

1413 **Historische Verantwortung:** In der Frage militärischer Auseinandersetzung sehen wir die Bundesrepublik und ihre  
 1414 Streitkräfte vor dem Hintergrund der historischen Realität der von Deutschland verursachten Weltkriege und **der**  
 1415 **Shoa** in einer besonderen Verantwortung. Eine souveräne Bundeswehr kann vor diesem Hintergrund kein von uns  
 1416 angestrebtes Ziel sein. Sie muss in einer Europäischen Armee aufgehen, in der sich die Bundesrepublik einer er-  
 1417 weiterten Staatengemeinschaft gegenübersteht. Dabei stehen wir weiterhin zum Prinzip der Parlamentsarmee, auch  
 1418 auf europäischer Ebene. Nationalistische und Faschistoide Tendenzen müssen in einer möglichen europäischen Ar-  
 1419 mee vom ersten Tag an bekämpft werden, um Verhältnisse wie in der heutigen Bundeswehr von vorne herein zu  
 1420 verhindern.

1421 **Responsibility to Protect:** Gewalt und militärische Mittel sind für uns die Ultima Ratio. Aber obwohl wir versuchen,  
 1422 jedem Konflikt zuallererst friedlich zu begegnen, müssen wir die Existenz von Situationen anerkennen, in denen zivile  
 1423 Mittel der Krisenbewältigung an ihre Grenzen stoßen. Verbrechen gegen die Menschheit können Situationen sein,  
 1424 in denen diese letzte Möglichkeit in Betracht gezogen werden muss. Ein militärischer Einsatz kann jedoch nie der  
 1425 Ersatz für politische Konzepte zur Lösung von Konflikten sein. Er muss immer kritisch begleitet werden. Eine aktive  
 1426 Sicherheits- und Außenpolitik schließt also den Einsatz von Streitkräften nicht grundsätzlich aus. Wir wollen den Ein-  
 1427 satz militärischer Mittel weder herbeisehnen, noch ihn im Ernstfall, sofern er zur Abwendung von Verbrechen gegen  
 1428 die Menschheit notwendig ist, kategorisch ablehnen. Das Konzept der „Responsibility to Protect“, welches durch die  
 1429 Vereinten Nationen erarbeitet wurde, sehen wir durch seine Vielschichtigkeit geeignet, ein Grundpfeiler friedenssi-  
 1430 chernder Außenpolitik zu werden. Es ist in unseren Augen richtig, Staaten zuallererst selbst für ihre Stabilität sorgen  
 1431 zu lassen, und erst im zweiten Schritt die internationale Gemeinschaft zur Akteurin zu machen. Die drei Pfeiler

- 1432 • Responsibility to Prevent
- 1433 • Responsibility to React und
- 1434 • Responsibility to Rebuild

1435 bilden eine verbindliche Grundlage für einen verantwortungsvollen Umgang mit Interventionen jeglicher Art.

1436 **Doppelstrategie stärken, Nationalstaaten überwinden:** Das Konstrukt des Nationalstaates kann zudem erst dann  
 1437 in den Hintergrund treten, wenn es internationale Dynamiken als Regulator abgelöst haben. Interessant ist, dass dies  
 1438 für den Verlauf globalisierter Wirtschaftsströme im großen Umfang bereits der Fall ist. Zur Internationalisierung der  
 1439 Weltgesellschaft muss es unser Anliegen sein die Mitglieder dieser auf die Verbundenheit all unser Anliegen hinzu-  
 1440 weisen, ihre Belange in Kontext zu setzen und die vielen regional begrenzten Proteste zusammenzuführen. Unser  
 1441 Verständnis von internationaler Solidarität ist mit dem politischen Ziel der befreiten internationalen Gesellschaft ver-  
 1442 knüpft. Überall auf der Welt organisieren sich Menschen, riskieren ihr Leben und bilden eine neue Form politischer  
 1443 Protestkultur. Auch dieser internationalen Linken erklären wir uns im Sinne der Doppelstrategie zugehörig.

1444 Auf diese Weise ist der Internationalismus nicht bloß theoretisches Lippenbekenntnis sondern gelebte Solidarität  
 1445 und zukunftsgerichtete Mehrheitsbildung. Unsere Solidarität gilt den Sozialist\*innen aller Länder - mit ihnen wollen  
 1446 wir eine Mehrheit bilden. Hoch die internationale Solidarität!

1447 **Unsere Außenpolitik ist feministisch:** Das Patriarchat unterdrückt Menschen auf der ganzen Erde – Zeit, es zu zer-  
 1448 schlagen! Dabei befinden sich Feminist\*innen in unterschiedlichen Regionen der Welt in verschiedenen Ausgangs-  
 1449 situationen wieder, die wir berücksichtigen müssen, wenngleich der Kampf gegen das Erstarken der Nationalismen  
 1450 und des organisierten Sexismus uns alle eint. Universell gilt jedoch, dass wir Europäer\*innen anstelle der aktuel-  
 1451 len „Entwicklungspolitik“ dort strukturell und finanziell unterstützen müssen, wo Frauen, Nicht-Binäre, Inter- und  
 1452 Trans\*menschen auf der ganzen Welt ihre Befreiungskämpfe führen. Besonders müssen wir dabei die Situation von  
 1453 nicht-männlichen Menschen im Zuge von UN-Einsätzen, in kriegerischen Auseinandersetzungen und auf der Flucht  
 1454 berücksichtigen. Hier gilt es, den Zugang zu Bildung, Versorgung und zu wirtschaftlichen Wohlstand für alle Menschen  
 1455 zu ermöglichen. Progressive und sozialistische Frauen\*bewegungen und LGBTIQ\*-Bewegungen sind für uns natür-  
 1456 liche Bündnispartner\*innen, mit denen wir solidarisch sind. Feminismus ist in der immer noch stereotyp männlich  
 1457 dominierten Diplomat\*innen-Welt nicht nur Querschnittsthema, sondern eine eigene Säule unserer internationalen  
 1458 Arbeit.

1459 2. Ein Europa der Demokratie und Zukunft

1460 **Unsere Vision: Die vereinigten Staaten von Europa** Die EU stellt einen einzigartigen Versuch dar, einen Konti-  
1461 nent politisch zu einen. Dennoch fehlt ihr aufgrund ihrer Konstruktion und ihrer ursprünglichen Intention - Frieden  
1462 durch wirtschaftliche Zusammenarbeit – eine politische Komponente. Um dem entgegenzuwirken, braucht es eine  
1463 grundsätzliche Veränderung der europäischen Verträge. Unsere Europäische Union ist ein föderal organisierter, sou-  
1464 veräner Staat. Sie ist eine parlamentarische Demokratie mit einem zwei-Kammer-System, in dem eine direkt gewähl-  
1465 te erste Kammer mit Initiativrecht und Budgethoheit (Vollparlament) einer regional organisierten zweiten Kammer  
1466 gegenübergestellt ist. Die Exekutive wird ausschließlich vom Parlament bestimmt. Im selben Zuge muss die Europäi-  
1467 sche Judikative gestärkt und der Europäische Gerichtshof zu einem Verfassungsgericht ausgebaut werden. Einer voll-  
1468 wertigen Exekutive und Legislative ist eine starke und funktionierende Judikative entgegenzustellen, deren Aufgabe  
1469 insbesondere der Schutz von Demokratie, Föderalismus, Sozialstaat, Rechtsstaat und antifaschistischem Selbstver-  
1470 ständnis ist. Die Aufgabenverteilung erfolgt nach dem Prinzip der Subsidiarität. Hinter der Auseinandersetzung um  
1471 das Subsidiaritätsprinzip verbirgt sich derzeit allzu oft ein Abwehrkampf gegen eine vertiefte Integration und Verge-  
1472 meinschaftung weiterer Politikfelder. In einem Gemeinwesen wie dem europäischen kann und darf es weder zu einer  
1473 Machtkonzentration auf ein Zentrum kommen, noch darf es zu einem kompletten Hinabrollen der Kompetenzen auf  
1474 die einzelnen Mitgliedstaaten und/oder ihrer Untergliederungen kommen. Wir stehen für ein Europa der Selbst- und  
1475 Mitbestimmung seiner Menschen. Jede Ebene der Demokratie und Verwaltung muss die Aufgaben übernehmen, in  
1476 der sie die meiste Kompetenz aufweist.

1477 **Die EU als Bollwerk gegen nationalistische-autoritäre Kräfte:** Die EU als Fortschrittsprojekt muss sich gegen re-  
1478 aktionäre Tendenzen zur Wehr setzen und das Instrument der Sanktionsmechanismen ausweiten, um Staaten, die  
1479 das Rechtsstaatsprinzip oder Menschenrechte außer Kraft setzen wollen und Rassist\*innen und Nationalist\*innen  
1480 hofieren, in die Schranken zu weisen. Die europäische Sozialdemokratie muss hier Wege finden progressiven Ideen  
1481 Räume zu schaffen, die dazu führen das Gruppierungen des linken Spektrums nicht mehr „nur“ auf der Straße son-  
1482 dern auch wieder im Parlament vertreten sind und ein Gegengewicht zu rechten Kräften aufbauen können. Die EU  
1483 muss Instrumente schaffen, die Raum für zivilgesellschaftliches Engagement garantieren und diesen vor Angriffen  
1484 von rechts durch Mitgliedsstaaten beschützen.

1485 **Unser Europa spart sich nicht kaputt. Es ist solidarisch und gerecht:** Die tiefe soziale und wirtschaftliche Spaltung  
1486 der EU kann nicht durch ein paar Reparaturen behoben werden. Was es vielmehr braucht, ist eine grundsätzliche Um-  
1487 kehr in der europäischen Wirtschaftspolitik – vom neoliberalen Glauben an den Markt hin zu einer an den Bedürfnis-  
1488 sen der Menschen ausgerichteten Wirtschaftsordnung, die wirtschaftliche Ungleichheiten in Europa aktiv bekämpft.  
1489 Sozialer Ungleichheit stellen wir das Prinzip der Sozialstaatlichkeit im Rahmen eines sozialen Europas entgegen. Die  
1490 wichtigste Aufgabe des Sozialstaates ist, allen Menschen in Europa ein menschenwürdiges und existenzsicherndes  
1491 Leben zu ermöglichen. Das bedeutet auch eine Abkehr von jeglicher Austeritäts-, und Sparpolitik der vergangenen  
1492 Jahre. Organisationsformen wie die Troika darf es nicht noch einmal geben. Unser Europa stärkt die Rechte von Ar-  
1493 beitnehmer\*innen. Es setzt verbindliche Sozialstandards durch und kämpft entschlossen gegen Sozialdumping. Wir  
1494 wollen ein Europa der starken Gewerkschaften und der Tarifpartnerschaft. Wir stehen für ein europäisches Streik-  
1495 recht und betriebliche Mitbestimmung in allen Mitgliedstaaten ein. Es investiert in die Zukunft und schafft gleiche  
1496 Lebensbedingungen. Mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auf Zukunftsinvestitionen statt auf  
1497 Haushaltskontrolle fußt, wollen wir sozialen Fortschritt und Prävention vor weiteren Krisen schaffen. Der Kampf ge-  
1498 gen die Jugendarbeitslosigkeit stellt in unserem Europa eine der wichtigsten Herausforderungen dar, weshalb die  
1499 **ungleiche** Verteilung von **Vermögen** infolge von Lohndumping und unharmonischer Unternehmensbesteuerung  
1500 einerseits und einer zu geringen Investitionstätigkeit von Seiten der Staaten sowie der Unternehmen andererseits  
1501 angegangen werden muss. Entsprechend wollen wir mit der Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung glei-  
1502 che Wettbewerbsbedingungen in den Einzelstaaten schaffen. Der Bruch mit dem Dogma des sparsamen Staates und  
1503 die Rückkehr zu antizyklischer Haushaltspolitik korrigiert zudem wirtschaftspolitische Verfehlungen der letzten De-  
1504 kade. Durch Umverteilung von Vermögen von der Unternehmensseite hin zur Haushaltsseite wollen wir zudem den  
1505 Binnenkonsum stärken und damit Arbeitsplätze schaffen.

1506 **Die Natur kennt keine Grenzen- sozial-ökologischer Wandel setzt mehr internationale Zusammenarbeit vor-**  
1507 **aus:** Für uns stehen soziale und ökologische Missstände in einem starken Zusammenhang. Denn in der Bekämpfung  
1508 von Beidem – der wachsenden sozialen Ungleichheit und der ökologischen Selbstgefährdung der Gesellschaft – sehen  
1509 wir die zentralen politischen Herausforderungen unserer Zeit. Fortschritt – als eine Verbesserung dieser Missstände  
1510 – kann es für uns nur geben, wenn Wachstum immer gleichzeitig sozialen und ökologischen Zielen dient.

1511 Gleichzeitig müssen wir konstatieren, dass nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung vom, auf Kosten der Umwelt  
 1512 und zu Lasten großer Teile der Bevölkerung, produzierten Reichtum profitiert. Dieser Teil der Weltbevölkerung lebt  
 1513 vornehmlich in den westlichen Industrienationen, welche für den Großteil des globalen Ressourcenverbrauchs und  
 1514 der globalen Umweltbelastungen verantwortlich sind.

1515 Europa steht hier in der Verantwortung auf das Einhalten der Ziele des Pariser Klimaabkommens zu drängen und  
 1516 die CO2 Reduktion massiv voranzutreiben durch Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Energie, Bauen, Landwirt-  
 1517 schaft und Industrie. Dabei dürfen die Regionen, die im Zuge der Transformationsprozesse seit den 1990er Jahren  
 1518 bereits unter hoher Arbeitslosigkeit, einem starken Niedriglohnsektor und einer kaum vorhandenen öffentlichen In-  
 1519 frastruktur leiden, nicht noch weiter belastet werden. Für uns ist klar: international Agierende Konzerne tragen die  
 1520 Hauptverantwortung für den CO2-Ausstoß, daher muss es die Europäische Union sein, die reguliert und sanktioniert.  
 1521 Dabei muss auch bedacht werden, dass ein immer größerer Teil der umweltschädlichen und menschenverachten-  
 1522 den Geschäftstätigkeiten auf Grundlage von Freihandelsabkommen mit Ländern des Globalen Südens stattfinden  
 1523 kann. Wir fordern daher eine wertgebundene Handelspolitik auf Augenhöhe ein, in der die Prinzipien der Sustainable  
 1524 Development Goals, insbesondere die Wahrung von Menschenrechten, Arbeiter\*innen-Rechten und Umweltschutz-  
 1525 standards, kompromisslos eingehalten werden. Dafür ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, stärker mit unseren  
 1526 demokratisch-sozialistischen und progressiven Partner\*innen vor Ort in Kontakt zu treten, um deren Forderungen  
 1527 und Bedürfnisse mehr politisches Gewicht zu geben.

1528 **Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik forcieren, damit Europa sich als echte Friedensmacht eta-**  
 1529 **bliert:** Die globalen Krisen und Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit stellen die europäische wie deutsche Au-  
 1530 ßenpolitik vor enorme Herausforderungen: Bemühungen, das globale Miteinander durch multilaterale Absprachen  
 1531 und vor dem Hintergrund demokratischer Prinzipien zu gestalten, stoßen auf zahlreiche Widerstände und vermehrt  
 1532 auf nationale Egoismen, die Demokratie, Menschenrechte und Frieden gefährden. Die russische Eskalationsdomi-  
 1533 nanz, die jüngst in der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim mündete, markiert eine deutliche Zäsur. Auch die  
 1534 neuen Töne aus Washington sind eine Herausforderung. Gewissheiten, die den politisch Handelnden in Europa und  
 1535 der Bundesrepublik in den Jahrzehnten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Orientierung und Richtung gegeben  
 1536 haben, verlieren an Kraft.

1537 Die Europäische Union muss angesichts dessen ihre politische und strategische Rolle auf internationalem Parkett neu  
 1538 definieren, ohne dabei aus den Augen zu verlieren, dass in einigen ihrer Mitgliedsstaaten ebenfalls Kräfte erstarken,  
 1539 die sich eine Rückkehr zum Nationalstaat und dem Leitbild der illiberalen Demokratie verschrieben haben. Vor allem  
 1540 die Absage der USA an ihre tradierte Rolle als ordnungspolitische Großmacht, die sich der Verteidigung der liberalen  
 1541 Demokratie und der Wahrung von Menschenrechten verschreibt, erfordert von der EU, dass sie mehr Verantwortung  
 1542 übernimmt und sich parteiisch auf die Seite universell geltender Rechte stellt. Angesichts der vielfältigen globalen  
 1543 Herausforderungen müssen wir die EU zudem in die Lage versetzen, gegenüber ihren internationalen Partner\*innen  
 1544 mit einer Stimme sprechen zu können.

1545 Europas wirtschaftlicher Profit darf nicht auf dem Rücken der Menschenrechte erwirtschaftet werden. Das übergeord-  
 1546 nete Ziel muss sein, auf eine weltweite koordinierte Abrüstungspolitik hinzuwirken und dabei auf europäischer Ebene  
 1547 mit gutem Beispiel voran zu gehen. Wir sehen es daher als zwingend an, dass mit der schrittweisen Umwandlung der  
 1548 nationalstaatlichen Streitkräfte in eine europäische Friedenstruppe im Rahmen einer europäischen Sicherheits- und  
 1549 Verteidigungspolitik parallel eine Umstrukturierung der Rüstungsindustrie wie auch der -exportpraxis durchgeführt  
 1550 wird. Für eine Friedensmacht, die Europa sein möchte, sind Rüstungsexporte moralisch nicht vertretbar. Es ist daher  
 1551 jeglicher Export von Rüstungsgütern in Staaten außerhalb der EU zu unterbinden. Die Produktion von Rüstungsgütern  
 1552 und Waffen muss zudem in die öffentliche Hand und darf nicht länger der Privatwirtschaft überlassen werden.

### 1553 3. Internationales Wirtschaften - Fair- statt Freihandel

1554 **Internationaler Handel:** Wir befürworten internationalen Handel. Insbesondere zwischen vergleichbar starken Part-  
 1555 ner\*innen, bietet er die Möglichkeit zum gegenseitigen Wohlstandsgewinn und kann zu Frieden, einem besserem  
 1556 Verständnis füreinander und Annäherung führen. Zölle lehnen wir grundsätzlich als Mittel zur staatlichen Einnah-  
 1557 mengengenerierung oder zur einseitigen Förderung einer merkantilistischen Agenda ab. Freier Handel ist für uns jedoch  
 1558 kein Selbstzweck. Handelspolitik ist für uns auch Gestaltungsinstrument für internationale Beziehungen und kann aus  
 1559 Gründen des Umwelt- oder Verbraucher\*innenschutzes, sowie übergeordneten sozialen und ökonomischen Zielen  
 1560 eingeschränkt werden.

1561 **Ausbeuterische Handelspolitik mit Ländern des globalen Südens beenden:** Insbesondere im Bereich des Exports  
 1562 von Agrarprodukten schaden stark subventionierte europäische Produkte Entwicklungsländern vor allem auf dem  
 1563 afrikanischen Kontinent. Wir lehnen eine verzerrende Subventionierung von für den Export bestimmten Produkten  
 1564 ab. Die vielen ökonomisch schwächeren Ländern durch Handels- und Investitionsabkommen aufgezwungene Frei-  
 1565 handelspolitik belässt diese Länder in ökonomischer Abhängigkeit zu entwickelten Industriestaaten und hemmt sie in  
 1566 ihrer Entwicklung. In der Vergangenheit haben Deutschland und die EU eine Vielzahl von Abkommen mit AKP-Staaten  
 1567 (Afrika-Karibik-Pazifik) abgeschlossen, die einseitig eigene Kapitalinteressen verfolgen. Wir fordern die Aufkündigung  
 1568 dieser asymmetrischen Abkommen. Insbesondere vor dem Hintergrund der jahrhundertelangen Kolonialisierung ist  
 1569 es für viele der betroffenen Staaten nicht sinnvoll an einem gemeinsamen und unregulierten Markt mit westlichen  
 1570 Industriestaaten teilzunehmen. Ihnen muss die Gelegenheit gegeben mit Schutzzöllen die heimischen Wirtschafts-  
 1571 strukturen zu schützen und aufzubauen.

1572 **Zölle nein, aber:** Der EU muss es möglich sein, in bestimmten Märkten Zölle oder nichttarifäre Handelshemmnisse  
 1573 zur Durchsetzung von Menschenrechten, arbeitsrechtlicher Mindeststandards (bspw. ILO-Kernarbeitsnormen), Zie-  
 1574 len der Geschlechtergerechtigkeit, ökologischer Standards und zum Schutz vor Dumpingpreisen zu erlassen. Dabei  
 1575 dürfen keine höheren Anforderungen an importierende Länder gestellt werden als heimischen Unternehmen aufer-  
 1576 legt werden. Einfuhrverbote dürfen bei besonders schwerwiegenden Verstößen oder aus Verbraucherschutzgründen  
 1577 ebenfalls ergehen. In besonderen Ausnahmefällen dürfen auch zeitlich begrenzt Zölle als ultima ratio zum Schutz hei-  
 1578 mischer Arbeitsmärkte erlassen werden oder zur Regulierung dysfunktionaler internationaler Märkte.

1579 **Handelsboykotte:** Die Erfahrungen mit Handelsboykotten als Instrument der Außenpolitik sind gemischt. Sie dürfen  
 1580 für uns nur äußerstes Mittel sein, das bei massiven Menschenrechtsverstößen zur Anwendung kommt und bedürfen  
 1581 der regelmäßigen zeitlichen Überprüfung. Grundsätzlich glauben wir, dass internationale Boykotte Annäherung eher  
 1582 erschweren und ziehen zielgenauere Maßnahmen, die bestimmte Gruppen, statt pauschal ganze Länder treffen,  
 1583 umfassenden Boykotten vor.

1584 **Ausnahme für die Daseinsvorsorge:** Von Handels- und Investitionsabkommen jeglicher Art müssen Bereiche der  
 1585 Daseinsvorsorge oder bestimmte Märkte mit hoher kultureller Bedeutung ausgenommen sein. Wir betrachten diese  
 1586 Bereiche als besonders sensibel und der staatlichen Regulierung in herausgehobener Weise unterliegend. Hier ist  
 1587 freier und internationaler Wettbewerb tendenziell schädlich und greift in grundsätzliche, demokratische Selbstbe-  
 1588 stimmungsrechte der Demokratien ein. Ebenso müssen andere Leistungen, die in den Ländern von staatlicher Seite  
 1589 erbracht werden, ausgenommen sein.

1590 **Ablehnung von Schiedsgerichtsbarkeit:** Wir lehnen die Einführung von Schiedsgerichten in den häufig Handelsab-  
 1591 kommen flankierenden Investitionsschutzabkommen ab. Internationale Handels- und Investitionsstreitigkeiten sol-  
 1592 len vor einer neu zu schaffenden, supranationalen Gerichtsbarkeit geklärt werden, die bspw. bei den Vereinten Natio-  
 1593 nen anzusiedeln ist und Streitigkeiten dieser Art in transparenten und öffentlichen Prozessen auf Basis demokratisch  
 1594 gesetzter Normen zu entscheiden hat.

1595 **Reform der Welthandelsorganisation:** Grundsätzlich bekennen wir uns zu einer Handelspolitik, die auf multilatera-  
 1596 le Verständigung statt auf unilaterale Machtpolitik setzt. Die WTO hat sich in der Vergangenheit teilweise als dysfunk-  
 1597 tional, teilweise als einseitiges Instrument zur Durchsetzung der Interessen der entwickelten Industriestaaten erwie-  
 1598 sen. Wir fordern deshalb ihre Auflösung und eine Übertragung der Aufgaben entsprechend der oben aufgeführten  
 1599 Prinzipien auf eine bei den Vereinten Nationen anzusiedelnde Agentur für Handelsfragen. An den Entscheidungen  
 1600 sollen auch internationale Gewerkschaftsverbände beteiligt werden. Dabei müssen die Länder, die in der Vergangen-  
 1601 heit stark durch die Industrie- und Handelspolitik der westlichen Welt benachteiligt wurden oder unter Spätfolgen des  
 1602 Kolonialismus leiden, ein größerer Einfluss eingeräumt werden.

#### 1603 4. Unser Friedensprojekt: Das Willy Brandt Center

1604 Wir wollen internationale Solidarität praktisch leben. Das Willy Brandt Center in Jerusalem ist für uns nicht nur ein Ort,  
 1605 an dem wir Begegnung, Austausch und Verständigung gemeinsam mit unseren Partner\*innen im Nahen Osten ge-  
 1606 stalten und seit über zwanzig Jahren praktizieren, auch im Konkreten jungsozialistischen Internationalismus auch im  
 1607 Konkreten greifbar machen. Aus der militärischen Vergangenheit Deutschlands, der Verantwortung des Ersten und  
 1608 Zweiten Weltkrieges sowie der Shoa heraus bildet sich unsere Solidarität mit dem Staat Israel. Ein solidarisches Band  
 1609 verbindet uns aber auch mit den progressiven Kräften der palästinensischen Gesellschaft. Avoda Youth Israel, Meretz  
 1610 Youth Israel und die Shabibeh Fatah begreifen wir als unsere engen Partner\*innen. Doppelte Solidarität, gegenseitige  
 1611 Anerkennung und die Schaffung einer umfassenden Friedensordnung im Sinne einer Zwei-Staaten-Lösung sind dabei



1612 die Leitplanken unseres Engagements. Die Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität bringen junge Menschen  
 1613 in diesem Projekt zusammen, um im begrenzten Rahmen unseres Projektes an einem Beitrag für eine friedenspoli-  
 1614 tische Lösung des Nahostkonfliktes zu arbeiten. Gerade in sich veränderten und weiter wandelnden internationalen  
 1615 politischen Rahmenbedingungen hat sich das Willy Brandt Center als Teil unserer internationalistischen Arbeit eta-  
 1616 bliert. Unser jungsozialistisches Verständnis von Politik ist immer international und das WBC bietet auch weiterhin in  
 1617 unserem Verband Anknüpfungspunkte, um über die konkrete Verständigung vor Ort hinaus wirken zu können.

1618 Feministische Friedensarbeit ist dabei ein großer Bestandteil, der in den letzten Jahren große Erfolge gezeigt hat.  
 1619 Internationalistische, feministische Arbeit kann über Staatsgrenzen hinaus bisherige gesellschaftliche Ordnungen,  
 1620 denen wir ablehnend gegenüberstehen, nachhaltig in Frage stellen. Feministische Bewegungen waren ebenso immer  
 1621 international ausgerichtet. Gerade Solidarität unter Frauen\* bietet die Möglichkeit ein anhaltendes, solidarisches  
 1622 Miteinander in Nahost und darüber hinaus zu etablieren.

### 1623 **III. Strategische Konsequenzen für unseren Verband und die SPD**

#### 1624 **III.1. Strategische Konsequenzen für uns Jusos**

1625 **Jusos müssen der linke, inhaltliche Motor der SPD sein:** Wir Jusos sind der linke Richtungsverband innerhalb der  
 1626 SPD. Wir sind Teil der Parteilinken, die wir zukünftig organisieren und anführen wollen. In dieser Funktion werden  
 1627 wir in den nächsten Jahren insbesondere Debatten anstoßen, die einen Weg über das aktuelle kapitalistische System  
 1628 hinaus aufzeigen. Dafür ist es unsere Aufgabe die innerverbandliche Bildungsarbeit zukünftig weiter auszubauen und  
 1629 unser Engagement in Kooperationsprojekten mit weiteren linken Akteur\*innen innerhalb und außerhalb der Sozial-  
 1630 demokratie, wie etwa der SPW oder dem Institut Solidarische Moderne zu stärken sowie neue Felder zu erschließen.

1631 **Kritisch-solidarisches Verhältnis zur SPD:** Das kritisch-solidarische Verhältnis zur Mutterpartei prägt die Jusos seit  
 1632 ihrer Linkswende vor 50 Jahren. In dieser Tradition ist es unsere Aufgabe die Mutterpartei solidarisch bei der Erlan-  
 1633 gung von gesellschaftlichen Mehrheiten für sozialdemokratische Grundüberzeugungen zu unterstützen. Gleichzeitig  
 1634 wollen wir die Politik und die Ausrichtung der SPD im jungsozialistischen Sinne verändern und sowohl intern, wenn  
 1635 nötig aber auch in der Öffentlichkeit, Kritik an Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen äußern, um der Partei  
 1636 einen Weg hin zu sozialistischer Politik aufzuzeigen.

1637 **Machtfrage innerhalb der SPD stellen:** In den letzten Jahren haben wir als Jusos einige inhaltliche Erfolge in der  
 1638 Programmatik der SPD erringen können. Neben den inhaltlichen Kämpfen um eine progressivere Ausrichtung der  
 1639 SPD muss es darüber hinaus aber auch ein Mittel der Wahl sein, linke Kräfte aus unserem Verband in Verantwortung  
 1640 innerhalb der SPD zu bringen. Deswegen müssen wir Personen mit linken Positionen, welche die Inhalte der Jusos  
 1641 vertreten, in der Partei sichtbar machen und flächendeckend dafür vorbereiten innerhalb der SPD Führungsposi-  
 1642 tionen einzunehmen.

1643 Wir wollen einen verbindlichen Juso-Platz in den geschäftsführenden Vorständen der SPD. Dieser ist auf Vorschlag  
 1644 der jeweils zuständigen Juso-Gliederung zu wählen. Zugleich muss gewährleistet werden, dass junge Menschen durch  
 1645 die Aufstellung auf guten Listenplätzen oder in aussichtsreichen Wahlkreisen tatsächlich in die Lage versetzt werden,  
 1646 in die Parlamente bis hin zum Deutschen Bundestag einzuziehen. Eine Juso-Quote kann hierfür eine angemessene  
 1647 Lösung sein.

1648 Die inhaltlichen Kehrtwenden vergangener Juso-Generationen geben uns hierbei Anlass, Funktionsweisen von Sozia-  
 1649 lisationsprozessen innerhalb von Führungsgremien und Fraktionen kritisch zu beleuchten. Wir müssen verhindern,  
 1650 dass diese Prozesse dazu führen, dass Jungsozialist\*innen nach ihrer aktiven Juso-Zeit die inhaltliche sozialistische  
 1651 Grundausrichtung abhanden kommt.

1652 **Außerparlamentarisches Standbein der Jusos stärken:** Wir Jusos sind innerhalb der gesellschaftlichen Linken ei-  
 1653 ne\*r der wichtigsten Akteur\*innen in der Bundesrepublik und beschränken unser Engagement nicht auf die Arbeit  
 1654 innerhalb der Sozialdemokratie, sondern wollen im Rahmen der Doppelstrategie auch Teil gesellschaftlicher Bewe-  
 1655 gungen sein und in diese hineinwirken. In breiten gesellschaftlichen Bündnissen kämpfen wir seit unserer Gründung  
 1656 vor über 100 Jahren für unsere Ziele an der Seite vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen. Dabei haben wir in den  
 1657 letzten Jahren insbesondere die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsjugenden ausbauen können. Dieses Enga-  
 1658 gement müssen wir aber dringend ausbauen. Wir wollen im Hinblick auf zivilgesellschaftliche Bewegungen und deren  
 1659 Forderungen den Transmissionsriemen zwischen sozialen Bewegungen, Beschäftigten und ihren Arbeitskämpfen so-  
 1660 wie den politischen Parteien bilden. Dafür ist es wichtig, dass wir an gesellschaftlichen Bewegungen teilhaben, uns  
 1661 in ihre Kämpfe einbringen und ihre Forderungen aufgreifen. Insbesondere in neuen sozialen Bewegungen wie etwa

1662 Fridays for Future oder Unteilbar müssen wir als politischer Jugendverband in der Bundesrepublik noch viel stärker  
 1663 vertreten sein und insgesamt unser umweltpolitisches und antifaschistisches Profil sichtbarer machen. In außerparla-  
 1664 mentarischen Bewegungen, bei denen antisemitische Tendenzen vorzufinden sind, versuchen wir die Akteur\*innen,  
 1665 die ein solches Gedankengut in die Bewegung tragen, herauszudrängen und positionieren uns klar dagegen. Wie wir  
 1666 mit solchen Situationen konkret umgehen, entscheiden wir bei jeder Bewegung individuell.

1667 **Feministische Kämpfe in den Fokus nehmen:** Wir Jusos sind Feminist\*innen. Die tatsächliche Gleichstellung ist un-  
 1668 ser Ziel. Wir leben im Kapitalismus und wir leben im Patriarchat. Wir streiten für den Systemwechsel und wir streiten  
 1669 für die Überwindung des Patriarchats. Dabei geht es in erster Linie um einen politischen Kampf der für uns keine  
 1670 geringere Priorität hat. Gleichzeitig ist uns diese Überzeugung Auftrag für die Arbeit in den eigenen Strukturen. Un-  
 1671 sere Mitgliedschaft ist mehrheitlich männlich, diesen Zustand wollen wir ändern. Gelebter Feminismus bedeutet für  
 1672 uns deshalb mehr Frauen\* für das Engagement bei uns empowern und unsere Strukturen im Hinblick auf die Ge-  
 1673 währung gleicher Beteiligungsmöglichkeiten und ihre die Zugänglichkeit zu hinterfragen. Auch die Repräsentation  
 1674 ist dafür zentral. Sowohl in der Mutterpartei als auch in unserem Verband müssen Frauen\* und ihre Engagement  
 1675 in Diskussionen, auf Podien und in der Öffentlichkeitsarbeit sichtbar sein. Darüber hinaus wollen wir uns in der fe-  
 1676 ministischen Bewegung einbringen und einen größeren Beitrag dazu leisten diese Kämpfe in die Partei erfolgreich  
 1677 einzubringen.

### 1678 **III.2. Strategische Konsequenzen für die SPD**

1679 **Sozial-ökologische Wende als Zukunftsprojekt der Sozialdemokratie:** Die Sozialdemokratie muss nach knapp 30  
 1680 Jahren neoliberal geprägter Politik in der Bundesrepublik und weiten Teilen Europas für eine Kehrtwende kämpfen  
 1681 und ein sozial-ökologisches Zukunftsprojekt ausrufen. Die ersten Schritte in diese richtige Richtung, die durch eine  
 1682 Abkehr von der Agendapolitik - zum Beispiel durch den Entwurf des Sozialstaatspapiers oder auch durch die ange-  
 1683 strebte Wiedereinführung der Vermögenssteuer- gemacht wurden, müssen konsequent zu Ende gegangen werden.  
 1684 Um ein Gesamtkonzept dafür zu entwickeln wie eine solidarische Gesellschaft aussehen kann, welche die planetaren  
 1685 Grenzen achtet, müssen wir jetzt einen neuen Diskussionsprozess für ein sozialistisches Grundsatzprogramm der  
 1686 SPD beginnen. Damit einhergehend muss die Sozialdemokratie auch ihre Bildungskonzepte so gestalten, dass wieder  
 1687 mehr Mitglieder von sozialdemokratischen Bildungsprogrammen erreicht werden, um die Grundlagen für zukünftige  
 1688 Debatten zu legen.

1689 **Sozialdemokratie als Führungskraft der gesellschaftlichen Linken positionieren:** Die SPD muss ihren Anspruch  
 1690 die politische Linke in der Bundesrepublik anzuführen wieder neu stellen. Dies gelingt nur, wenn sie eine neue Of-  
 1691 fenheit gegenüber den wesentlichen Akteur\*innen der gesellschaftlichen Linken ausstrahlt und auch bereit ist neue  
 1692 linke Debatten darüber zu eröffnen, wie Alternativen zum aktuellen Wirtschaftssystem aussehen könnten. Teil davon  
 1693 muss es aber auch sein, in sozialen Bewegungen wieder stärker präsent zu sein. Darum muss dringend die Mobilisie-  
 1694 rungskraft und die Kampagnenfähigkeit so ausgebaut werden, dass es für SPD-Mitglieder wieder ganz normal wird  
 1695 in Bündnissen mitzuarbeiten und auch an Großdemonstrationen teilzunehmen.

1696 **Linke Regierungsbündnisse anstreben – Große Koalition beenden:** Linke Politik braucht auch linke Bündnisse  
 1697 zur Umsetzung. Dass sich linke Politik in Regierungsbündnissen mit den konservativen Parteien nicht bzw. nur in  
 1698 winzigen Schritten umsetzen lässt, hat sich dabei in den letzten drei Großen Koalitionen seit 2005 gezeigt. Die damit  
 1699 einhergehenden Kompromisse waren oft so weit von einer sozialdemokratischen - geschweige denn sozialistischen  
 1700 Politik - entfernt, dass viele Menschen in diesen Jahren der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt haben. Ebenso hat  
 1701 sich durch die nicht mehr deutlich werdenden Unterschiede zwischen der Sozialdemokratie und den Konservativen  
 1702 auch ein Feld für rechtsradikale Gruppierungen wie die AfD eröffnet. Für uns ist klar, dass es die SPD in den nächsten  
 1703 Jahren dringend als tonangebende, linke Kraft in der Bundesrepublik braucht, die entweder gemeinsam mit Links-  
 1704 partei und Grünen eine fortschrittliche Mitte-Links-Regierung oder mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus der  
 1705 Opposition heraus den Kampf für eine fortschrittliche Politik anführt. Denn gemeinsam mit den Gewerkschaften, So-  
 1706 zialverbänden und neuen sozialen Bewegungen ist die SPD aus der Opposition heraus ein starker Machtfaktor, der  
 1707 progressive Politik deutlich klarer vorantreiben kann, als in fortdauernden "Notbündnissen" mit den Konservativen.  
 1708 Deswegen muss die große Koalition umgehend beendet und zukünftig - womöglich - verhindert werden.